

ÖKOSTEUERNEWS 38 – FEBRUAR 2006

NACHRICHTEN UND DISKUSSIONSBEITRÄGE ZUR ÖKOSOZIALEN FINANZREFORM

FÖRDERVEREIN ÖKOLOGISCHE STEUERREFORM (FÖS) E.V.

G R E E N B U D G E T G E R M A N Y

Landsbergerstr. 191 D-80687 München www.foes.de und www.eco-tax.info
Fon +49-89-520113-13 Fax +49-89-520113-14 eMail foes@foes.de

In Zusammenarbeit mit Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) e.V.

Wir sind auf Spenden unserer Leser dringend angewiesen. Unser Spendenkonto:

GLS Gemeinschaftsbank e.G., BLZ 430 609 67, Konto 804 371 3000, IBAN DE87430609678043713000.
ISSN 1611-4035

Inhalt dieser Ausgabe

1.	EINFÜHRUNG	2
2.	FÖS-VERANSTALTUNGEN + MITGLIEDERVERSAMMLUNG.....	2
3.	ENERGIEPOLITIK.....	4
4.	ÖKOSTEUER IN DER EU	8
5.	EMISSIONSHANDEL.....	12
6.	KLIMASCHUTZ.....	13
7.	ENERGIEEFFIZIENZ	20
8.	VERKEHR.....	23
9.	ERNEUERBARE ENERGIEN UND BIOKRAFTSTOFFE.....	29
10.	LÄNDERBERICHTE.....	35
11.	DEBATTE	38
12.	LINKS + PUBLIKATIONEN	41
13.	VERANSTALTUNGEN.....	45
14.	JOBS UND PRAKTIKA	47

1. EINFÜHRUNG

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde des FÖS,

neues Jahr, neues Logo! Nach den vielen Veränderungen in 2005 hat sich auch der FÖS ein neues Design gegeben. Mit neuem Logo (siehe www.foes.de) und demnächst neu gestalteter Webseite werden wir Informationen und Positionen zur Ökologischen Steuerreform bald noch besser verbreiten können. Allen Spendern und Unterstützern dafür herzlichen Dank! Auch inhaltlich aktualisieren wir unsere Themen weiter – ohne unsere Grundposition einer umfassenden Ökologisierung des Steuer- und Finanzsystems zu verlieren.

In diesem Jahr besteht die Aufgabe insbesondere darin, die geplante Mehrwertsteuererhöhung, wenn schon nicht zu verhindern, so doch durch eine alternative Finanzierung aus dem Bereich der Ökologischen Finanzreform nicht im geplanten Maße notwendig werden zu lassen. Mit der Vorlage des Referentenentwurfs des Bundesfinanzministeriums zur Umsetzung der EU-Energiesteuer-Richtlinie in deutsches Recht liegt dafür ein guter Anknüpfungspunkt vor.

Dank einer vom Umweltbundesamt unterstützten Veranstaltungsreihe in den neuen EU-Mitgliedsstaaten sorgen wir mit Konferenzen in Budapest, Malta, Tallinn, Prag und Ljubljana für frischen Wind, ebenso wie mit unseren anderen internationalen Aktivitäten.

Mit einer größeren Zukunftstagung zur Weiterentwicklung der ÖSR in Deutschland am 5./6. Mai 2006 stellen wir uns auch der aktuellen politischen Debatte – Öko- oder Mehrwertsteuer? – in Deutschland. Die Ankündigung finden Sie unter den FÖS-Veranstaltungen. Die Kooperationsveranstaltung mit der Heinrich-Böll-Stiftung bildet auch den Rahmen für unsere diesjährige Mitgliederversammlung am 6. Mai zu der Sie herzlich eingeladen sind. Denn auch 2006 braucht der FÖS ihre Unterstützung:

Viel Vergnügen bei der Lektüre!

Christian Meyer, FÖS-Redaktion

2. FÖS-VERANSTALTUNGEN + MITGLIEDERVERSAMMLUNG

„Öko- statt Merkelsteuer? – Zur Weiterentwicklung der Ökologi- schen Finanzreform“ 5. bis 6. Mai 2006, HBS-Berlin

Die Jahreskonferenz des FÖS findet diesmal in Berlin in Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung statt. Thema ist die Weiter- und Fortentwicklung der Ökologischen Steuerreform in Zeiten einer großen Koalition.

Der ursprüngliche Ansatz der Mehrwertsteuererhöhung von Angela Merkel hatte erstaunliche Ähnlichkeiten mit einem Kernprojekt von Rot-Grün: „Indirekte Steuern erhöhen – Lohnnebenkosten senken“. Damit forderte die damalige Opposition ein wirtschaftliches Programm, dessen Wirkungsmechanismus sie bei der rot-grünen Ökologischen Steuerreform jahrelang verteufelt hatte und nun mit der Umsatzsteuer anwenden wollte, wie bereits einmal im Jahr 1998 als die Mehrwertsteuer um einen Prozentpunkt angehoben wurde, um die Rentenversicherungsbeiträge stabil zu halten.

Doch es blieben zwei Unterschiede: Während die Mehrwertsteuer weitgehend wahllos jedes Produkt und jede Dienstleistung verteuert, belastet die Ökoststeuer – zumindest in der Theorie – gezielt umweltschädliche Aktivitäten und belohnte energieeffiziente Innovationen.

Der zweite Unterschied war die 100prozentige Aufkommensneutralität: Alle Ökoststeuerbefürworter mussten 1998 schwören, jeden Cent über die Senkung der Sozialversicherungsbeiträge zurückzugeben.

Zeit für uns, eine vollständige Bilanz über dieses ökonomisch-ökologische Kernprojekt von Rot-Grün zu ziehen. Was hat die Ökoststeuer bewirkt? Wo ist die Kritik geblieben und wo besteht Weiterentwicklungsbedarf?

Und könnte eine Fortentwicklung der Ökologischen Finanzreform vielleicht sogar helfen, die ungeliebte Mehrwertsteuererhöhung zu entschär-

fen und die Ökologisierung der sozialen Marktwirtschaft entscheidend voranzutreiben?

Diese Fragen wollen wir auf der zweitägigen Konferenz in Berlin diskutieren.

Das genaue Programm mit allen Referenten finden Sie Anfang März hier:

<http://www.foes.de/3aktuelles/veranstaltungen.html>

FÖS-Mitgliederversammlung am 6. Mai 2006

Im Anschluss an die Konferenz „Öko- statt Merkelsteuer? – Zur Weiterentwicklung der Ökologischen Finanzreform“ findet am Samstag, den 6. Mai von 17 bis ca. 20 Uhr die jährliche FÖS-Mitgliederversammlung statt. FÖS-Mitglieder erhalten noch eine separate Einladung. Neue Mitglieder sind herzlich willkommen.

<http://foes.de/downloads/beitrittsformular.doc>

Übrigens bietet der FÖS für Studierende seit letztem Jahr die Mitgliedschaft zu einem ermäßigten Beitrag von 30 € an.

Konferenz über die Ökologische Steuerreform in Ungarn Budapest, 24. Februar 2006

Auf Anregung des FÖS findet zusammen mit unserem ungarischen Partner der Umweltorganisation „Levegő Munkacsoport“ eine Konferenz über die „Ökologische Steuerreform in Ungarn“ am 24. Februar in Budapest statt. Die Konferenz wird der ungarische Parlamentspräsident Szili Katalin eröffnen und es werden Vertreter aller Parteien ebenso referieren, wie das Bundesumweltministerium, der Präsident der ungarischen Industrie und Handelskammer, des Unternehmerverbandes und natürlich des FÖS. Die Sprache der Konferenz ist englisch-ungarisch.

http://www.foes.de/downloads/2006_02_24Budapest.pdf

Die eintägige Konferenz wird freundlicherweise vom Bundesumweltministerium und dem Umweltbundesamt unterstützt.

Kontakt:

Levegő Munkacsoport

[Mailto:deli@levego.hu](mailto:deli@levego.hu)

Webseite: <http://www.levego.hu>

„Wie Ökosteuern und Erneuerbare Energien zukunftsfähige Arbeitsplätze schaffen!“

München, 24. April 2006

Konferenz mit Johannes Lackmann, Präsident des Bundesverbandes Erneuerbare Energien und Dr. Anselm Görres, Vorsitzender Förderverein Ökologische Steuerreform e.V. anlässlich des 20. Jahrestages von Tschernobyl und dem Aufbruch ins Solarzeitalter.

Die Steinzeit endete nicht, weil es keine Steine mehr gab. Wir sind nicht vom Pferd aufs Auto umgestiegen, weil es kein Heu mehr gab, um die Pferde zu füttern, sondern weil wir den Verbrennungsmotor erfanden. Warum gehen wir nicht ins Solarzeitalter, wo uns täglich die Sonne kostenlos unendlich viel Energie schenkt? Die fossilen Energieträger Öl, Kohle und Gas haben zwei wesentliche Nachteile: sie sind endlich und ihre Verbrennung erzeugt klimaschädliche Emissionen – mit erheblichen Folgeschäden und Kosten. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien ist darum nicht nur sinnvoll, sondern gesamtwirtschaftlich auch vorteilhaft. Die Ökologische Steuerreform verteuert die umweltschädlichen, alten Energien und gibt damit den Verbrauchern Anreize, Energie zu sparen, rationeller einzusetzen und auf neue Energien umzusteigen.

Wir laden Sie herzlich diese Fragen mit dem Präsidenten des Bundesverbandes Erneuerbare Energien, Johannes Lackmann, und dem Vorsitzenden des Fördervereins Ökologische Steuerreform, Dr. Anselm Görres, zu diskutieren.

Gregor Louisöder Umweltstiftung, Briener Str. 46, München, Montag, 24. April 2006, 18:00 Uhr.

Hier finden Sie das [Programm dieser Konferenz](#).

Ökologische Abgaben und Steuern in der Schweiz und in Europa, Bern 1. Juni 2006

Neue ökologische Abgaben und Steuern lösen in der Schweiz immer wieder heftige Diskussionen aus. Die Erfahrungen der europäischen Länder zeigen, dass diese sehr wirksam und effizient sind und dem aktuellen wirtschaftlichen Trend nach mehr Markt gerecht werden. Gerade die Besteuerung von Energie wirkt sich positiv aus auf Klimaschutz, Innovation, Wirtschaft und Arbeitsplätze. Die Tagung zeigt, welche Erfahrungen die Schweiz mit marktwirtschaftlichen Instrumenten gemacht hat und wo sie im Vergleich zu den europäischen Ländern steht. Zudem wird thematisiert, welche positiven Auswirkungen sich für die Schweizer Wirtschaft und Umwelt durch ein rasches Handeln ergeben würden.

Zielpublikum: PolitikerInnen, Mitglieder von Behörden und Verwaltungen, VertreterInnen der Wirtschaft und von Verbänden, Medien.

Für den FÖS nimmt Dr. Anselm Görres als Referent der Veranstaltung von pusch – praktischer Umweltschutz Schweiz teil.

<http://umweltschutz.ch/agenda/>

Weltökosteuerkonferenz in Ottawa 2006

Die Universität von Ottawa ist Gastgeber der „Seventh Annual Global Conference on Environmental Taxation“ vom 22. – 24. Oktober 2006. Das Schwerpunktthema der weltgrößten Ökosteuerkonferenz ist die Übersetzung von Theorie in Praxis. Die Konferenz ist ein Forum für Wissenschaftler insbesondere aus den Bereichen Recht, Ökonomie, Politik, Ökologie sowie für Vertreter von Verbänden, Institutionen aus dem Bereich fiskalischer oder ökonomischer Instrumente zur Verbesserung der Umwelt.

Weitere Informationen zur Konferenz gibt es unter: <http://www.environmental-tax-conference.uottawa.ca>

3. ENERGIEPOLITIK

Neues Stromsteuergesetz will das Privileg der Heizung mit Braun- oder Steinkohle beenden.

{Bernward Janzing, taz vom 13.2.2006} Nach dem Willen von Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) soll bereits ab August auch für Kohle und Koks eine Energiesteuer erhoben werden. Das geht aus einem Gesetzentwurf vor, der voraussichtlich am 8. März im Kabinett beraten werden soll. An die Stelle des deutschen Mineralölsteuergesetzes rückt dann ein neues Energiesteuergesetz. Dieses war aufgrund von Vorgaben der EU notwendig geworden.

Umweltpolitiker hatten schon lange gefordert, die faktische Subventionierung der Kohle, die sich aus der Steuerbefreiung ergibt, zu beenden. Entscheidender als die Mehreinnahmen sind dabei die Überlegungen, einerseits die Steuersystematik zu vereinheitlichen, und zudem eine ökologisch bedenkliche Energie zurückzudrängen. Die Beträge, die der Bund aus der Kohlesteuer erwartet, sind ohnehin gering: In diesem Jahr geht das Finanzministerium von 15 Millionen Euro Mehreinnahmen aus. 2006 sollen es 35 Millionen sein. Da man davon ausgeht, dass die Lenkungswirkung der Steuer Erfolg hat, rechnet der Bund nachfolgend mit abnehmenden Jahresbeträgen.

Betroffen von der Steuer ist nur ein geringer Anteil der Haushalte. Bundesweit gibt es laut Statistischem Bundesamt nur noch rund 450.000 Wohnungen, die noch mit Braunkohle und 117.000 Wohnungen, die mit Steinkohle und Koks beheizt werden. Gemessen am Bestand von 35,1 Millionen Wohneinheiten macht das einen Anteil von nicht einmal 2 Prozent aus. Die Gasheizung liegt heute in Deutschland mit 48 Prozent an erster Stelle, es folgen Öl- (31 Prozent) und Fernwärmeheizung (14 Prozent).

Mit dem neuen Energiesteuergesetz wird zudem auch im Kraftwerkssektor Gleichheit zwischen Gas und Kohle geschaffen. Denn Erdgas, das in Kraftwerken verbrannt wird, wird künftig steuerfrei sein, so wie es Kohle und Uran seit jeher sind. Für den Bund sind damit Mindereinnahmen von

30 Millionen Euro in diesem Jahr und 80 Millionen in den Folgejahren veranschlagt.

Auch bei der Besteuerung von Autokraftstoffen soll es Änderungen geben. Für Erd- und Flüssiggas beim Einsatz im Fahrzeug, sollen ab 2016 pro Megawattstunde 31,80 Euro statt der heutigen 13,90 Euro an Steuern erhoben werden. Das entspricht - auf den Energiegehalt des Benzins umgerechnet - etwa einem Preisanstieg bei Treibstoff von 18 Cent je Liter.

Energiesteuern gehören unter das Verursacherprinzip

[Kommentar Berward Janzing, taz vom 13.2.2006] Endlich wird aufgeräumt. Bislang ist Energiebesteuerung in Deutschland eine Konstruktion ohne Systematik. Wer seine Wohnung mit Erdgas beheizt, bezahlt Mineralölsteuer; wer aber Kohle verbrennt, tut das steuerfrei. Auch Kraftwerke, die Gas verstromen, müssen bislang für den Brennstoff Steuern bezahlen, außer wenn sie hocheffizient sind. Wer Kohle verfeuert oder im Atomkraftwerk Uran verstromt, kommt jedoch ohne vergleichbare Abgaben davon.

Die Ungereimtheiten sind historisch gewachsen und somit zumindest erklärbar - doch zeitgemäß sind sie längst nicht mehr. Vom geltenden Steuerrecht gehen die falschen ökologischen Signale aus. In Zeiten, in denen die Klimaveränderungen immer deutlicher sichtbar werden, ist es absurd, dass der Staat im Wettbewerb zwischen Gas und Kohle der deutlich schmutzigeren Kohle auch noch fiskalisch unter die Arme greift. Dass außerdem der Kohlebergbau im Land heftig subventioniert wird, ist zwar gleichermaßen absurd, aber eine ganz andere Geschichte - sie muss von der Besteuerung der Energieträger separat diskutiert werden.

So kann das neue Energiegesetz nur der Anfang sein auf einem Weg, dessen Ziel die konsequente Besteuerung jedes Energieverbrauchs aufgrund seiner Umweltauswirkungen ist. Denn eine vernünftige Energiesteuer kann nur jene sein, die es mit dem Verursacherprinzip ernst nimmt: Jede Energiequelle wird entsprechend ihren Langfrist-schäden belastet, seien es Kohlendioxidemissionen oder Container mit Strahlenmüll.

Im ersten Schritt werden nun Gas und Kohle zumindest einmal gleichgestellt. Wer weiß, dass es unter den fossilen Energieträgern nichts Schmutzigeres gibt als die Kohle, der muss aber weitere Schritte vorsehen: Jedes Kohlebrikett, das künftig in den Ofen wandert, hat eine saftige ökologische Strafsteuer verdient. Zumal es für jeden, der mit Feststoffen heizen will, längst die saubere und klimafreundliche Alternative Holz in unterschiedlichen Formen gibt. Nein, kein Gejammer: Oft muss dazu noch nicht einmal der Ofen umgebaut werden..

Der Weg zur grünen Konsolidierung

[Kilian Bizer und Michael Thöne, Politische Ökologie 97-98, 2005] Die Schuldenberge sind hoch. Um sie abzutragen sollten umweltschädliche Ausgaben wie Steinkohlesubventionen oder Pendlerpauschale gestrichen werden. Aber Sparen alleine reicht nicht aus. Mit Steuern auf Energie- und Flächenverbrauch lässt sich das Staatssäckel ökologisch sinnvoll auffüllen.

Lesen Sie hierzu Näheres unter: http://www.foes.de/downloads/poe97-98_Bizer_Thoene.pdf

Für eine neue Strategie in der Energiepolitik

[Prof. Dr. Norbert Walter, Deutsche Bank Research, 26.01.2006] Alle reden darüber. Immer mehr sorgen sich. Die Wirkungen zeigen sich allerorten. Doch von einer Strategie sieht man weit und breit nichts. Fast alle reden nur - wie bisher auch schon.

Beim Thema Energie sind ökonomische, ökologische und Sicherheitsaspekte zu bedenken. Und wer den technischen Fortschritt nicht mit bedenkt, springt wegen der langen Planungs- und Verwertungszeiten für Energieprojekte zu kurz. Zum Befund: Energie ist - nicht zuletzt wegen des dynamischen Wachstums in energieintensiv produzierenden Schwellenländern - sehr knapp. Dies zeigen die rapiden und anhaltenden Preissteigerungen bei Öl und Gas. Aber auch die geringen Erweiterungsinvestitionen bei fossilen Energien, der faktische Stopp beim Bau von Kernkraftwerken, jedenfalls in Deutschland, die nur punktuelle

Ausweitung von Kapazitäten bei erneuerbaren Energien spielen eine Rolle. Zudem gibt es noch immer Länder, die nicht einmal die Weltmarktpreise für Energie auf die Nutzer durchschlagen lassen. Und die Umweltkosten der Nutzung von Energie werden nur in einem Teil der Welt den Verbrauchern belastet (Emissionszertifikate, Mineralölsteuern).

In dieser angespannten Situation, in der noch keineswegs alle Folgen der gestiegenen Rohölpreise verdaut sind, droht weiteres Ungemach: Besonders wegen des Streits über die nuklearen Aktivitäten des Iran droht die Versorgungssicherheit für Öl und Gas in ernste Gefahr zu geraten: Wegen der denkbaren Unterbrechungen iranischer Öllieferungen, aber auch wegen möglicher Störversuche für die Öltransporte durch den Iran an der Straße von Hormuz. Und dieser Unsicherheitsherd ist nur einer von vielen. Schmerzhaft wurde zum Jahreswechsel die europäische Abhängigkeit von russischem Gas und politisch gefährdeten Pipelines sichtbar.

Im umfassenden Interesse wäre es, wenn wir an allen Hebeln, die uns zur Verfügung stehen, anpacken. In vielen Feldern ist Deutschland in einer durchaus respektablen Position. In anderen gilt es Sackgassen zu verlassen. Mit der Kombination aus Ökosteuer und Handel von Emissionszertifikaten sollten wir Energiesparen und Kosteneffizienz weiter voranbringen. Wir sollten vergleichsweise sichere Kernkraftwerke nicht vor dem Ende ihrer wirtschaftlichen Nutzungsmöglichkeiten abschalten. Wir sollten erneuerbare Energien nicht nur im eigenen Land voranbringen, sondern als Erfolg bringendes Geschäftsmodell international verwirklichen (Windparks in Patagonien und der Wüste Gobi). Wir sollten der Dezentralität der Energieversorgung durch Nutzung der Biomasse entsprechen. Wir sollten Innovationen für den Energieträger Wasserstoff interdisziplinär und im Zusammenwirken von Wirtschaftssektoren (Energie, Auto, Anlagenbau) anregen. Und wir Deutschen sollten Energiepolitik mindestens zu einer europäischen Strategie machen, wenn nicht einer globalen Anstrengung.

Grüne beschließen Programm zur sicheren Energieversorgung im 21. Jahrhundert

[Pressemitteilung Bündnis 90/Die Grünen, 16.01.2006] Als Antwort der bündnisgrünen Bundestagsfraktion auf die aktuelle Energiedebatte haben Bündnis 90 / Die Grünen auf ihrer Fraktionsklausur ein 14-Punkte-Programm für eine sichere Energieversorgung beschlossen. Der russisch-ukrainische Streit habe in der Großen Koalition erneut die Debatte um die Atomenergie entfacht, kritisieren die Grünen.

Neben Wirtschaftsminister Glos hätten fast alle Ministerpräsidenten aus unionsgeführten Bundesländern der im Koalitionsvertrag vereinbarten Fortsetzung des Atomausstiegs widersprochen und längere Laufzeiten für Atomkraftwerke gefordert. Der hessische Ministerpräsident Roland Koch habe dann das wahre Ziel der Union zu verkündet: Mit seiner Forderung, dem AKW-Neubau Tür und Tor zu öffnen, habe er die Katze aus dem Sack gelassen und den Atomkonsens in Frage gestellt. Die Grünen hingegen betonen, dass Atomenergie keinen Beitrag für mehr Versorgungssicherheit leisten können und weltweit an Bedeutung verliere.

Energieeinsparung als Brücke zum Zeitalter der erneuerbaren Energien.

„Im 21. Jahrhundert muss es um die intelligente Nutzung knapper Ressourcen, den Schutz der Erdatmosphäre und um Zukunftstechnologien wie die erneuerbaren Energien gehen. Verschwenderische, hochsubventionierte und riskante Großtechnologien bieten keine Perspektive für die Zukunft“ heißt es in dem Grünen-Papier. In wenigen Jahrzehnten könne die gesamte Energieversorgung auf Basis erneuerbarer Energien sicher gestellt werden. „Wir Bündnisgrünen haben in unserer Regierungsverantwortung damit begonnen, wichtige Bausteine für eine nachhaltige Energieversorgung auf den Weg zu bringen: von der Ökosteuer bis zum Atomausstieg, von der Förderung des Wettbewerbs auf den Strom- und Gasmärkten zum Erneuerbare-Energien-Gesetz, vom Emissionshandel bis zur Altbausanierung, von der Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung bis zur Steuerfreiheit für Bioenergien. Da, wo es nicht schnell genug voran ging, etwa beim Abbau der Steinkoh-

lesubventionen oder größeren Anstrengungen für die Altbausanierung und die Kraft-Wärme-Kopplung, hat die SPD auf der Bremse gestanden“ so die Grünen.

14-Punkte-Programm für eine sichere Energieversorgung

Bündnis 90 / Die Grünen fordern die neue Bundesregierung auf, den Weg der Energiewende konsequent fortzuführen und wollen diesen Ansatz durch eigene Gesetzesvorschläge und Anträge konstruktiv und kritisch begleiten. Zu den 14 Forderungen zählen unter anderem die Einführung des Energiepasses für Gebäude, eine Gesetzesvorlage zur Wärme aus erneuerbaren Energien, ein Gesetz zur Biogaseinspeisung und eine bessere Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung. Darüber hinaus wollen die Grünen den Emissionshandel wirksamer ausgestalten, fordern eine nationale Strategie zur Energieeffizienz und einen Klimaschutzfonds für Effizienzmaßnahmen sowie eine Aufstockung des CO₂-Gebäudesanierungsprogramms. Mehr Mittel für das Gebäudesanierungsprogramm hatte die Bundesregierung in ihrer Kabinettsklausur Anfang Januar beschlossen.

Das 14-Punkte-Programm für eine sichere Energieversorgung kann auf der Internetseite des Abgeordneten Hans-Josef Fell heruntergeladen werden als PDF-Dokument unter: <http://www.hans-josef-fell.de/energie/energie.php>

Atomkraft ist nicht der Ausweg

[Frankfurter Rundschau, 09.01.2006] Der Präsident des Umweltbundesamtes, Andreas Troge, über den Emissionshandel und die neue AKW-Debatte.

Frankfurter Rundschau: Herr Professor Troge, die Betreiber von Kraftwerken und großen Industrieunternehmen müssen seit einem Jahr sicherstellen, dass sie genügend Lizenzen für ihre Treibhausgas – Emissionen haben. Funktioniert der Emissionshandel denn wie erhofft?

Andreas Troge: Wir sind auf gutem Weg. Die Unternehmen haben das neue Klimaschutzinstrument angenommen. Darauf weisen etwa die Pläne für neue, effizientere Kraftwerke hin, die weniger CO₂ ausstoßen. Dadurch werden CO₂-Lizenzen

frei, sie können verkauft werden, was den Unternehmen ordentlich Geld bringt. Allein in Deutschland wurden seit dem Start Anfang 2005 fast 20 Prozent der ausgegebenen Lizenzen transferiert. Das zeigt: Bei einer Reihe Unternehmen gibt es genügend Spielraum für Maßnahmen zur Emissionsminderung.

Die alten Strukturen leben aber weiter. RWE zum Beispiel baut neue große Kohlekraftwerke. Die pusten dann die nächsten Jahrzehnte ordentlich CO₂ in die Luft.

Richtig. Aber das ändert nichts am Gesamtrahmen. Der Treibhausgas – Ausstoß muss auch zukünftig weiter sinken, wie im Kioto-Protokoll festgelegt. Mit dem Emissionshandel ist der Klimaschutz stärker in das Blickfeld der Unternehmensleitungen und auch der Finanzmärkte gerückt. Der CO₂-Ausstoß hat nun einen Preis, der in die Investitionsentscheidungen mit eingeht.

In den kommenden zehn, 20 Jahren wird der Kraftwerkpark in Deutschland modernisiert. Damit baut sich gewissermaßen ein Sockel des CO₂-Ausstoßes für die nächsten 40 Jahre auf.

Es ist klar: Der Emissionshandel wird in jedem Fall einen deutlichen Schub zu moderneren effizienteren Kraftwerken bringen. In wie weit er auch Anreize gibt, dass die Unternehmen auf Brennstoffe mit geringerem CO₂-Ausstoß umsteigen, hängt entscheidend von der Ausgestaltung der Zuteilungsregeln für die zweite Handelsperiode ab, die von 2008 bis 2012 geht. Der Gesetzgeber hat es in der Hand: Legt er anspruchsvolle Regeln fest, profitiert das Klima.

Die Unternehmen haben die CO₂-Lizenzen Anfang 2005 umsonst zur Verfügung gestellt bekommen. Trotzdem sind die Tonnen-Preise an den CO₂-Börsen stark angestiegen. Ist das gerechtfertigt?

Der Preis an den Börsen richtet sich nach Angebot und Nachfrage und spiegelt letztlich die Knappheit des Gutes Emissionsberechtigung wider. Diese Knappheit hängt selbst wiederum wesentlich von der Stromnachfrage und dem Stromangebot ab.

Die Stromkonzerne begründen die hohen Strompreise auch mit den Kosten für die CO₂-Zertifikate. Ist das korrekt?

Nein – in dieser Allgemeinheit nicht. Reale Kosten entstehen nur für die Zertifikate, die sie wirklich zukaufen müssen. Angesichts der weiter steigenden Stromnachfrage entsteht jedoch eine zusätzlich Nachfrage nach Zertifikaten. Das sehen wir seit einiger Zeit.

Also haben die Konzerne doch Recht.

Diese Argumentation gilt nicht für die weit überwiegende Zahl der Kraftwerke, die die Zertifikate umsonst erhielten. Sie machen schlicht erhöhte Gewinne, weil die Stromnachfrage steigt.

Kritiker sagen: Die kostenlose Zuteilung ist eine ungerechtfertigte Subvention.

Der Emissionshandel findet bisher nur in Europa statt. Die EU hat sich daher auf die kostenlose Ausgabe der Zertifikate verständigt, um die Unternehmen nicht zu benachteiligen. Mittelfristig sollten aber alle Kosten für die Belastung der Umwelt in den Produktionskosten auftauchen. Der Staat sollte die Lizenzen dann gegen Entgelt anbieten. Dies lässt sich durchaus wettbewerbsneutral ausgestalten, indem die Unternehmen an anderer Stelle entlastet werden.

Laut EU-Richtlinie könnte die Bundesregierung für 2008 bis 2012 zehn Prozent der Zertifikate versteigern. Das wäre nicht nur für den Finanzminister verlockend...

Dies könnte in der Tat der Einstieg sein. Das Aufkommen daraus – nach heutigen Börsenpreisen rund eine Milliarde Euro pro Jahr - sollte man zum Beispiel als Investitionszuschuss für zusätzliche Energieeffizienz-Maßnahmen einsetzen. Damit nutzt das Geld denen, die es aufbringen.

Die Unternehmen müssen ihre Emissionen bis 2007 nur geringfügig senken, von 501 Millionen Tonnen auf 499. Das heißt: Verkehr und Haushalte werden stärker belastet, damit das Kioto-Ziel erreicht wird. Das ist eine Schiefelage – oder?

Wie viel die Sektoren beitragen müssen, hat der Bundestag 2004 entschieden. Sicher können Stromerzeuger und andere CO₂-intensive Branchen mehr für die Verminderung des CO₂-Ausstoßes tun. Sie haben dies der Bundesregierung im Jahr 2002 ja auch ausdrücklich zugesagt.

Freilich dürfen wir auch die Bereiche Verkehr und private Haushalte nicht aus ihrer Verantwort-

ung entlassen. Die Industrie fordert von der Politik, die Ziele für die zweite Handelsperiode bis 2012 zu lockern. Hat sie gute Argumente?

Das wäre genau das falsche Signal!

In einigen EU-Ländern muss die Industrie aber kaum Reduktionen bringen. Auch in anderen EU-Staaten gibt es Branchen, die deutlich weniger Zertifikate als gewünscht erhalten haben. So müssen etwa schwedische Energieversorger bis 2007 mit 20 Prozent weniger Lizenzen auskommen.

Außerdem: Auch die anderen EU-Staaten müssen sich an ihre Kioto-Ziele halten. Das führt dazu, dass viele bis 2012 von ihren Unternehmen viel stärkere Minderungen verlangen müssen als bisher. Deutschland hat ein Stück des Weges dann bereits geschafft.

In der aktuellen Debatte erfährt die Atomkraft eine Renaissance. Wirtschaftsminister Glos kämpft für sie. Hat er Recht?

Wir führen leider eine einseitige Debatte. Gefragt wird meist nur: Woher kommt unsere Energie? Aber eine vermeintliche Versorgungssicherheit darf nicht auf Kosten von Umwelt und Gesundheit gehen. Auf Atomkraft zu setzen, ist nicht der Ausweg. Es hemmt Innovationen, wenn die Atomkraftwerke länger am Netz bleiben. Der notwendige Trend zu einer stärker dezentralisierten Energieversorgung, bei der Strom und Wärme in Kraft-Wärme-Kopplung erzeugt werden und in der mehr erneuerbare Energien Platz finden, würde erheblich verzögert.

Die Alternative?

Wir müssen darauf schauen, wie wir die Energie nutzen, die wir haben. Deutschland als innovative Industriennation könnte hier viel effizienter sein. Und das ohne Wohlstandsverlust.

4. ÖKOSTEUER IN DER EU

EVP-Fraktionschef im Europaparlament regt Ökosteuern an

[BRF, 23.12.2005] Der Fraktionschef der konservativen EVP-Fraktion im Europaparlament Hans-Gerd Pöttering hat die Einführung einer europa-

weiten Ökosteuer angeregt. In einem Hörfunk-Interview sagte der als nächster Vorsitzender des Europaparlaments gehandelte Pöttering, das ständige Feilschen um die europäischen Beiträge auf den Gipfeltreffen müsse ein Ende haben. Stattdessen müsse es Eigeneinnahmen der EU geben. Eine Möglichkeit wäre, so der christdemokratische Europaparlamentarier, die in Deutschland geltende Ökosteuer in der gesamten EU einzuführen.

Schüssel bringt EU-Steuer auf Flugbenzin und Finanztransaktionen ins Gespräch

[Alexander Hagelüken, Süddeutsche Zeitung, 19.01.2006] Das Europaparlament riskiert eine Machtprobe mit den EU-Regierungen, um mehr Mitsprache beim Haushalt zu gewinnen. Eine große Mehrheit der Abgeordneten lehnte am 18. Januar den Etat für 2007 bis 2013 ab, den die Regierungschefs im Dezember nach monatelangem Ringen beschlossen hatten. Die Parlamentarier kritisierten vor allem die Ausgabenkürzungen bei Bildung, Forschung und Außenpolitik. Einige Abgeordnete forderten, neue Finanzquellen zu erschließen. „Wir brauchen eine EU-Steuer“, sagte der CSU-Haushaltsexperte Markus Ferber der „Süddeutschen Zeitung“. (...)

Zunehmende Einigkeit scheint es zwischen Regierungschefs und Abgeordneten darüber zu geben, die EU-Finanzierung künftig anders zu regeln. „Der Basar von Daressalam ist transparenter als das Gefeiße der Regierungschefs“, sagte der CSU-Parlamentarier Ferber. Um Haushaltskrisen zu vermeiden, solle sich die EU aus einer bisher rein national erhobenen Steuer finanzieren. „Dafür kommt zum Beispiel die Tabaksteuer in Frage“, sagte Ferber, dessen Partei noch bei der Europawahl 2004 jede EU-Steuer kategorisch abgelehnt hatte. „Allerdings muss klar sein, dass die Bürger nicht zusätzlich belastet werden.“

Schüssel wiederholte seinen Appell, neue Finanzquellen zu erschließen. „Es geht nicht, dass wir aus den ohnehin knappen Haushalten der Mitgliedstaaten immer mehr ausschneiden. Europa braucht eine stärkere Eigenfinanzierung“, sagte er. Schüssel brachte Steuern auf internationale Finanztransaktionen und auf Flugtickets oder Kerosin ins Spiel. Er versprach, nach dem Scheitern

der Verfassungsreferenden in Frankreich und den Niederlanden bis Ende Juni eine „Wegskizze“ zur Zukunft Europas vorlegen zu wollen. In der Debatte bis dahin gehe es um die Identität der Union. Man müsse fragen, was Europa zusammenhalte und welche Grenzen es habe. Die Abgeordneten votierten mit breiter Mehrheit dafür, die Verfassung nicht aufzugeben.

Parlament will EU-Steuer einführen

[Rheinpfalz, 22.01.2006] Im Europaparlament findet die Idee einer eigenen Steuer für die EU immer mehr Anhänger. Sie soll nach Aussagen diverser Politiker für mehr Transparenz sorgen, den Bürger aber nicht zusätzlich belasten. Die Steuer soll statt bisheriger Zuwendungen eingeführt werden.

Eine EU-Steuer sei „vernünftig“, sagte der Fraktionschef der Sozialdemokraten im EU-Parlament, Martin Schulz, den „Lübecker Nachrichten“. Ingo Friedrichs, Vizefraktionschef der Konservativen, plädierte ebenfalls dafür, dass sich die Europäische Union künftig aus einer europaweiten Steuer finanziere.

Der schleswig-holsteinische Europa-Abgeordnete und Haushaltsexperte Reimer Böge (CDU) verspricht sich dadurch „mehr Transparenz“ für den Bürger. Allerdings dürften den Bürgern keine neuen Lasten aufgebürdet werden, forderten die Politiker übereinstimmend.

„Diese Steuer würde anstatt bisheriger Zuwendungen eingeführt“, sagte Böge. Während Schulz dabei vor allem die Tabaksteuer und die Abgaben auf Flugbenzin im Auge hat, schlägt der CSU-Abgeordnete Friedrich vor, einen Teil der Ökosteuer abzuzweigen.

EU-Bevölkerung steht in punkto Energiepolitik hinter Österreich

[Österreichische EU-Ratspräsidentschaft, 23.01.2006] Beim 23. Januar 2006 erstmals unter dem Vorsitz von Landwirtschaftsminister Josef Pröll in Brüssel stattfindenden EU-Agrarministerrat stand auf Initiative Österreichs die Präsentation des Biomasse-Aktionsplans durch die EU-Kommission im Mittelpunkt. Dieses Thema könnte aktueller nicht sein, begründet der ös-

terreichische Ratsvorsitzende. Einerseits hat die Erdgas-Krise zwischen Russland und der Ukraine zu Jahresbeginn deutlich die Importabhängigkeit der Europäischen Union gezeigt, andererseits kletterte der Rohölpreis erst am vergangenen 27. Januar wieder einmal auf die Marke von knapp 66 Dollar je Barrel. „Europa ist vor diesem Hintergrund dringend gefordert, seine Energiepolitik zu evaluieren“, so Pröll.

Eine zum Jahreswechsel, also unmittelbar vor der Erdgas-Krise in acht EU-Mitgliedstaaten – Slowenien, Tschechien, Frankreich, Deutschland, Großbritannien, Spanien und Österreich – vom Fessel GfK Austria durchgeführte Telefonumfrage mit 1.000 Interviews pro Land bestätigt eindrucksvoll, dass die Bevölkerung in der Energiepolitik-Frage hinter Österreichs Anliegen steht. So teilt eine überwältigende Mehrheit aller Befragten die Sorge, dass fossile Treibstoffe wie Erdöl und Erdgas weiteren Preissteigerungen unterworfen sein werden. Nur wenige befürchten hingegen, dass dies auch bei erneuerbaren Energieträgern wie Biomasse oder Windkraft der Fall sein wird.

Erneuerbare Energieträger stärker fördern – Atomenergie weniger beliebt:

Bei der Befragung, welche Energieform in der EU zukünftig stärker unterstützt werden sollte, wurde zudem deutlich, dass quer durch alle Mitgliedsstaaten eine klare Präferenz für erneuerbare Energieträger wie Wasser- und Windkraft sowie Biomasse besteht. Beispielsweise die in Österreich Befragten wollen zu 85 Prozent die Wasserkraft verstärkt gefördert sehen, zu 79 Prozent die Biomasse und zu 80 Prozent die Windenergie, womit das Land im Spitzenfeld liegt. Bei Erdöl, Erdgas und Kohle liegen die Werte vergleichsweise niedrig. „Und gestatten Sie mir an dieser Stelle – diesmal als österreichischer Minister – auch den Hinweis, dass in keinem der befragten Länder ein besonderer Enthusiasmus für die Förderung der Atomenergie besteht“, betonte Pröll beim Agrarministerrat. Am wenigsten Zustimmung findet die Atomenergie in Spanien, wo nur 4 Prozent diese Energiequelle gefördert sehen wollen und gleich dahinter Österreich mit nur 8 Prozent Zustimmung. Die höchsten Werte wurden in Großbritannien mit 29 Prozent und Deutschland mit 27 Prozent erzielt, was im Vergleich zu den mittleren

Prozentsätzen der erneuerbaren Energieträger noch immer gering ist.

Mit Biomasse-Aktionsplan Schritt in richtige Richtung

„Offensichtlich ist es so, dass die Bevölkerung eine deutliche Präferenz für einen breiten Energiemix hat, wobei erneuerbaren und nachwachsenden Energieträgern eine starke Bedeutung zukommt. Der politische Schluss, den ich aus diesen Daten ziehe, ist, dass wir mit dem Biomasse-Aktionsplan einen Schritt in die richtige Richtung setzen. Wir sollten das darin enthaltene Ziel einer Verdoppelung des Biomasse-Einsatzes bis 2010 mit aller Kraft verfolgen“, so Pröll. Derzeit beträgt der Anteil der Biomasse an der Energieaufbringung in Europa 4 Prozent. Der Aktionsplan sieht eine Steigerung von 69 Mio. t Öläquivalent auf 185 Mio. t bis 2010 vor.

Europa zu größerer Unabhängigkeit in Energieversorgung führen:

Weiters betonte Pröll, dass die österreichische Ratspräsidentschaft die Frage der „EnergieZukunft Europa“ in allen relevanten Ratsformationen – Landwirtschaft, Umwelt und Energie – vorantreiben und auch im Juni beim Europäischen Rat behandeln werde. „Ziel soll es sein, Europa zu größerer Unabhängigkeit in der Energieversorgung zu führen und dabei Schritt für Schritt eine Wende hin zu einer nachhaltigen und umweltverträglichen Aufbringung zu vollziehen“, betonte der Minister.

EU prüft Energiezuschüsse für Gartenbaubetrieb

[Matthias Krauß, Lausitzer Rundschau, 28.01.2006] Brandenburgische Gartenbauunternehmen sind von Rückzahlforderungen für Beihilfen bedroht. Wie Agrarminister Dietmar Woidke (SPD) auf eine parlamentarische Anfrage mitteilte, haben sie einen Ausgleich für höhere Energiekosten erhalten. Dagegen hat die Europäische Kommission ein Prüfverfahren eingeleitet

Seit Einführung der Ökosteuer Ende der 1990er-Jahre gibt es laut Minister die Regelung zur teilweisen Rückerstattung der Steuer für Bauern, die in Gewächshäusern wirtschaften und Heizöl, Erdgas oder Flüssiggas zur Heizung benötigen. Die-

ser Ausgleich sei notwendig gewesen, „um einer Benachteiligung deutscher Gartenbaubetriebe im internationalen Wettbewerb entgegenzuwirken“.

Hätte man darauf verzichtet, dann würden die Heizkosten um 30 Prozent über denen anderer EU-Staaten gelegen haben, argumentiert Woidke. Das wäre „für viele Betriebe Existenz bedrohend gewesen“. Die jetzige Regelung gelte noch bis Ende 2006.

Doch kann der frömmste Gemüsebauer nicht in Frieden Beihilfen kassieren, wenn es der EU nicht gefällt. Wie der Minister sagt, wird die EU-Kommission innerhalb von 18 Monaten eine Entscheidung zu der Frage treffen, ob die Beihilfen mit dem europäischen Recht vereinbar sind. Sollte sich die Unvereinbarkeit herausstellen, „so müssen die Beträge von den Begünstigten zurückgefordert werden“.

Die Beihilfen wurden laut Woidke seit dem Jahr 2001 ausgezahlt. Im Jahr 2005 sei dabei eine Summe von rund 450 000 Euro zusammengekommen, die an insgesamt 350 Unternehmen geflossen ist, 120 waren davon Gartenbauunternehmen (Zierpflanzen- und Gemüseanbau). Bei Zierpflanzenzüchtern stehen in Brandenburg etwa 51 Hektar Anbaufläche unter Glas, im Gemüseanbau sind es laut Woidke 37 Hektar. Diese Unternehmen konnten für jeden Liter Heizöl 4,1 Cent vom Fiskus zurückholen. Für jede Kilowattstunde Erdgas betrug die Erleichterung 0,3 Cent und für jedes Kilogramm Flüssiggas 3,9 Cent. Bundesweit sind Woidke zufolge die Gartenbauunternehmen um 15 Millionen Euro entlastet worden. Von den eventuellen Rückzahlungen betroffen sind Unternehmen mit von Woidke geschätzten 1200 Arbeitskräften. Derzeit können jedoch Ausmaß und Auswirkungen „nicht quantifiziert werden“.

Der Minister weist darauf hin, dass Investitionen mit dem Ziel der Energieeinsparung förderfähig sind. Dazu zähle der Neubau energiesparender Gewächshäuser, verbesserte Energieerzeugung und Wärmeisolation, moderne Steuer- und Regeltechnik sowie Maßnahmen der besseren Raumausnutzung in Gewächshäusern. Die sei unter anderem Gegenstand des Agrarinvestitionsprogramms.

EU-Minister treten für alternative Energie ein

[Cornelia Bolesch, Süddeutsche Zeitung, 24.01.2006] Die Energiekrise eröffnet neue Chancen und Einkommensmöglichkeiten für Europas Bauern. Die EU-Landwirtschaftsminister unterstützten am 23. Januar 2006 einen Biomasse-Aktionsplan der EU-Kommission, die aus Holz, Abfällen und Pflanzen verstärkt alternative Energieträger machen will. Der österreichische Agrarminister Josef Pröll bewertete die EU-Pläne als „Triebfeder“ für die Wärme- und Stromerzeugung jenseits von Öl und Gas. Agrarkommissarin Mariann Fischer Boel sprach von einer „großen Chance“.

Wenn Bauern zu Energielieferanten würden und somit Europas Abhängigkeit von teuren Ölimporten verringerten, würde das auch zu einem „besseren Image“ der europäischen Landwirtschaft beitragen, meinte die dänische Kommissarin. Im Rahmen der jüngsten Agrarreform hat die Kommission bereits spezielle Subventionen für den Anbau von Energiepflanzen wie Raps oder Weizen vorgesehen. Pro Hektar zahlt Brüssel 45 Euro. Das Geld im Etat reicht insgesamt für 1,5 Millionen Hektar. Im Jahr 2005 haben Europas Bauern laut Auskunft der Kommission auf einer Fläche von 500.000 Hektar Energiepflanzen angebaut.

Zur Förderung von Bio-Kraftstoff will die Kommission im Februar einen eigenen Aktionsplan vorlegen. Zusammen mit dem verstärkten Einsatz von Holz und Abfällen zur Erzeugung von Strom und Wärme soll die alternative Energie in fünf Jahren etwa acht Prozent des europäischen Bedarfs decken. Teure Energie-Importe könnten damit von 48 auf 42 Prozent gedrückt werden. Heute liefert Biomasse etwa vier Prozent der in Europa benötigten Energie. Ein Umsteuern der europäischen Energiepolitik würde nicht nur dem Klimaschutz helfen, sondern, laut zahlreicher Studien, auch 250.000 bis 300.000 Arbeitsplätze in ländlichen Regionen schaffen.

Der neue EU-Ratsvorsitzende Pröll lehnt Veränderungen in der Agrarpolitik im Rahmen der Verhandlungen über einen neuen EU-Etat ab. Die europäischen Bauern hätten seit zehn Jahren eine Reform nach der anderen erlebt. Nun sollten sie in

Ruhe gelassen werden, meinte Pröll, zumindest bis 2013, wenn die geltenden Direktzahlungen auslaufen. Eine nationale Ko-Finanzierung der Agrarausgaben lehnte Pröll mit dem Hinweis ab, dass dies unweigerlich zu einem Subventionsgefälle zwischen reichen und armen EU-Staaten führen würde.

5. EMISSIONSHANDEL

Neue Regeln für EU- Mitgliedstaaten: Ausnahmen für große Energiekonzerne müssen abgeschafft werden

[BUND., 01.2006] Zu Beginn dieses Jahres hat die EU-Kommission neue Regeln für die Zuteilung der CO₂-Emissionsrechte an die Industrie und Energiewirtschaft für die Emissionshandelsperiode 2008-2012 veröffentlicht. Der Bundesumweltminister muss die sogenannten NAP-Guidances bei der Aufstellung der Zuteilungsregeln bis zum 30. Juni 2006 berücksichtigen. Die EU-Kommission unterstützt die Forderungen des BUND in zentralen Punkten: Eine nachträgliche Korrektur der Zuteilung wird nicht mehr erlaubt. Die Optionsregel, die zurzeit vor allem von großen Energiekonzernen zu Lasten anderer Unternehmen ausgenutzt wird, muss deshalb abgeschafft werden. Außerdem muss das nationale Klimaschutzprogramm überarbeitet werden. Denn nur mit zusätzlichen Maßnahmen wird es gelingen, die Klimaschutzziele in den Bereichen Haushalte und Verkehr zu erreichen.

http://www.bund.net/lab/reddot2/pdf/eu_emissionshandel.pdf

<http://www.europa.eu.int/comm/environment/climat/emission.htm>

Klimaschutz in Nadelstreifen

[Michael Streck, taz, 03.02.2006] Umweltschützer geißelten den Emissionshandel lange als Ablasshandel für die Industrie. Jetzt zeigt er erste Erfolge. Ein Einblick in ein luftiges Metier.

Benedikt von Butler handelt mit Luft. Genauer, mit dem Recht, sie aufzuheizen. Dieses Emissi-

onsrecht ist eine ziemlich abstrakte Angelegenheit, und dennoch derzeit das ungewöhnlichste Produkt auf dem internationalen Finanzparkett. Und vielleicht die schärfste Waffe gegen den Klimawandel.

Von Butler sitzt vor vier Bildschirmen. In weißem Hemd, mit schmaler Brille und verschmitztem Blick. Er ist Broker für CO₂e.com, eine Firma, die auf Emissionshandel spezialisiert ist und Unternehmen zusammen bringt, die Kohlendioxidrechte entweder verkaufen oder kaufen wollen. Auf dem Tisch steht ein Schaltpult, wie in einem Tonstudio mit dutzenden Knöpfen und einem Mikrofon – eine Standleitung zu Kollegen und Händlern. Mit seinem Blackberry, einem Kultgerät unter Börsianern, kann von Butler e-mailen und telefonieren, dennoch liegt auch ein Mobiltelefon noch daneben. Eine Nachbarin spricht Italienisch, von woanders dringt Spanisch und Französisch herüber. Um ihn herum in der hektischen Großraumentage flackern Zahlenreihen und Diagramme über unzählige Monitore. Auf einem großen TV-Plasmaschirm läuft Golf, und der sattgrüne Rasen strahlt etwas Beruhigendes aus.

Weiter:

<http://www.taz.de/pt/2006/02/03/a0194.1/textdruck>

Studie zum Emissionshandel im Verkehr: Emissionshandel im Verkehr sollte an der Treibstoffbereitstellung ansetzen

[Zeitschrift Umwelt, 12.2005] Wie der bisher auf Kraftwerke und Industrieanlagen beschränkte Emissionshandel in der Europäischen Union künftig sinnvoll auf den Verkehr ausgeweitet werden könnte, wurde in einem Vorhaben untersucht, das nunmehr abgeschlossen wurde. Das UFOPLAN-Vorhaben „Emissionshandel im Verkehr“ (FKZ 202 14 198) konzentrierte sich auf einen Ansatz, der die Menge kohlenstoffhaltiger Treibstoffe für den Verkehr begrenzt (so genannter Up-Stream-Ansatz). Im Vordergrund des Vorhabens standen die praktischen Umsetzungs- und Gestaltungsoptionen eines solchen Zertifikatssystems, das vor allem geringere Transaktionskosten als alternative Ansätze erwarten lässt.

<http://www.oekosteuer.de/downloads/EhandelVerkehr.pdf>

6. KLIMASCHUTZ

US-Energiepläne: Neo-Öko George W. Bush

[Spiegel-Online, Hasnain Kazim, 02.02.2006]
Leere Rhetorik oder Wende in der amerikanischen Energiepolitik? Wegen der horrenden Preise droht US-Präsident George W. Bush dem Nahen Osten, die Ölimporte drastisch zu reduzieren- und erklärt, künftig auf alternative Energien zu setzen.

Hamburg – Irak-Krieg, Atomstreit mit Iran, Anschläge auf Ölanlagen in Nigeria – nichts davon dürfte die schlechte Laune von Autofahrern an Tankstellen aufheitern. In den USA, dem Land mit dem höchsten Pro-Kopf-Erdölverbrauch in der Welt, verderben solche Nachrichten erst recht die Stimmung. Da nützt auch der Hinweis nichts, dass Benzin in den USA mit etwa 2,50 Dollar pro US-Gallone, also umgerechnet 66 Cent (0,55 Euro) pro Liter, für deutsche Verhältnisse noch immer spottbillig ist.

Für die US-Bevölkerung scheint klar zu sein: Was auch immer fern der amerikanischen Heimat passiert, es hat Einfluss auf den heimischen Benzinpreis. Also spricht der US-Präsident aus, was seine Bevölkerung denkt: Die Abhängigkeit vom Öl aus dem Nahen und Mittleren Osten muss schleunigst beendet werden. Bis 2025, sagte der US-Präsident jetzt, sollen die Öleinfuhren aus der Golfregion um 75 Prozent reduziert werden.

Klaus Matthies, Energieexperte am Hamburgischen WeltWirtschafts Institut (HWWI), hält nicht viel von diesen Plänen. „Eine Erfolgsmeldung ist das nicht“, sagt er gegenüber SPIEGEL ONLINE, „schon gar nicht aus einem Land, das drei Prozent der Weltbevölkerung stellt, aber auf dessen Konto ein Viertel des weltweiten Ölverbrauchs geht.“ 75 Prozent Reduzierung klinge nach viel, „aber es geht ja nur um die Einfuhren aus Nahost, und die machen nur 22 Prozent der US-Importe aus“. Absolut gesehen sei das viel zu wenig, um als Wende in der US-Energiepolitik bezeichnet zu werden, meint Matthies. Außerdem: „Der Verbrauch soll ja nicht gedrosselt werden. Die USA kaufen das Öl einfach woanders ein statt im Nahen und Mittleren Osten.“

Eine echte Erfolgsmeldung, sagt Energiefachmann Matthies, „wäre, wenn Bush das Energiesparen voranbringen würde, beispielsweise durch höhere Mineralölsteuern. Damit würde er zwar die Verbraucher quälen, aber energiepolitisch wäre das richtig“.

Erfolge in der Energiepolitik braucht Bush dringend. Erst Ende Januar geriet der hohe Ölverbrauch jenseits des Atlantiks wieder in die Schlagzeilen, als Hunderttausende armer US-Bürger im Norden des Landes ihre leeren Heizöltanks angesichts von Rekordpreisen nicht mehr füllen konnten. Gerade in den USA aber ist der Heizölbedarf wegen der Leichtbauweise aus Holz und oft schlechter Isolierung besonders groß. Bushs Lieblingsgegner, Venezuelas sozialistischer Präsident Hugo Chavez, nutzte die Gelegenheit für eine demütigende Geste: Er ließ in den USA billiges Heizöl verteilen.

Suche nach neuen Quellen in Alaska

Tatsächlich ist Bush auf der Suche nach neuen Ölquellen. Am liebsten wäre ihm die Erhöhung der seit Jahren rückläufigen Förderung im eigenen Land. Seit 1995 wird deshalb in den USA darüber gestritten, ob Bohrungen in einem Naturschutzgebiet in Alaska zugelassen werden sollen oder nicht. Bushs Amtsvorgänger Bill Clinton war vehement dagegen, Bush aus dem Ölstaat Texas, selbst im Ölgeschäft erfahren, dafür. Erst im Dezember scheiterte der Präsident im Senat trotz Republikanermehrheit mit seinem Vorhaben, Bohrungen im „Arctic National Wildlife Refuge“ in Alaska zuzulassen. Schätzungsweise zehn Milliarden Barrel Öl werden dort vermutet, die Förderung sollte 2015 beginnen.

Dass Bush ausdrücklich die Importe aus dem Nahen und Mittleren Osten erwähnt, wo etwa drei Viertel aller Ölreserven liegen, ist auch politisch begründet: Dort liegen die Krisenherde, die die USA derzeit am meisten beschäftigen. Dass der amerikanische Regierungschef damit die Opec-Mitglieder vor den Kopf stößt und auch Freunde wie Saudi-Arabien düpiert, stört ihn offensichtlich nicht.

Aber der Bush-Administration geht es zumindest nach offizieller Verlautbarung nicht nur um die Suche nach neuen Ölquellen. Ein Papier aus dem

Weißes Haus nennt die Weiterentwicklung der Energiegewinnung aus Kohle, Solarenergie und Windenergie drei „vielversprechende“ Optionen. In allen drei Bereichen will Washington Gelder für die Forschung erhöhen.

„Schritt in die richtige Richtung.“

„Ich bin zwar skeptisch, dass die Verdopplung der Ausgaben von derzeit acht auf dann rund 16 Milliarden US-Dollar ausreichen wird“, sagt Friedemann Müller von der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin im Gespräch mit SPIEGEL ONLINE. „Gleichwohl bin ich überzeugt, dass Bush einen Schritt in die richtige Richtung macht.“

Zwar habe es in den USA seit dem Independence-Programm unter Präsident Richard Nixon, nach der ersten Ölkrise in den siebziger Jahren, immer wieder Bestrebungen gegeben, sich von ausländischem Öl unabhängiger zu machen. „Aber jetzt, wo auch noch China und Indien verstärkt Öl nachfragen, spitzt sich die Situation wirklich zu.“ Steuererhöhungen, sagt Müller, seien in den USA „nicht durchsetzbar“. „Schauen Sie sich doch die Ökosteuer in Deutschland an. In den USA stößt man noch viel früher auf Grenzen. Eine Lösung für das Energieproblem ist das nicht.“

Das Papier aus dem Weißen Haus sieht zudem vor, die Entwicklung von alternativ angetriebenen Automobilen voranzutreiben – eine kleine Sensation in dem Land, in dem die meisten Automobile pro Kopf verkauft werden. „Ich sage Ihnen, lasst uns ein paar Autos bekommen, die mit anderem Brennstoff als dem aus Öl fahren“, sagte Bush der Nachrichtenagentur AP. Aus Biomasse hergestelltes Ethanol sei so ein Brennstoff, heißt es in dem Papier, außerdem Wasserstoff. Grundsätzlich sollten Fahrzeuge effizienter im Verbrauch werden. „Bush geht es in erster Linie um die Versorgungssicherheit“, sagt Müller. „Der Klimaschutz kommt quasi durch die Hintertür.“ Dennoch sieht Müller die Entwicklung positiv: „Wenn die USA die treibende Kraft bei einer solchen Entwicklung werden, dann stehen sie den Europäern am Ende noch die Show.“

2005 wärmstes Jahr seit der Wetteraufzeichnung

[VCD-Pressemitteilung, 26.01.06] Nach Angaben der US-Weltraumbehörde NASA war 2005 weltweit das wärmste Jahr seit Beginn der Wetteraufzeichnung vor mehr als hundert Jahren. Die NASA-Forscher machen wie die meisten Klimawissenschaftler die starke Zunahme der Treibhausgasemissionen für den Temperaturanstieg verantwortlich. Angesichts der ökologischen und ökonomischen Folgen der weltweiten Erwärmung fordert der Verkehrsclub Deutschland e.V. (VCD) wirksame Maßnahmen, um den Kohlendioxidaußstoß des Verkehrs zu reduzieren.

Michael Gehrman, VCD-Bundesvorsitzender: *Bei aller Winterkälte, die uns im Moment in Deutschland frieren lässt, dürfen wir nicht vergessen, dass die globale Temperatur seit Jahrzehnten steigt. Das hat zur Folge, dass extreme Unwetter weltweit zunehmen und das ökologische Gleichgewicht aus den Fugen gerät. Deshalb müssen wir den Klimaschutz in allen Bereichen forcieren, auch in der Verkehrspolitik.“

Um den Energieverbrauch und damit den Ausstoß von Treibhausgasen im Verkehrssektor spürbar zu reduzieren, sei mehr Energieeffizienz oberstes Gebot. Im Automobilbereich hätten freiwillige Selbstverpflichtungen der Autoindustrie die notwendige Energieeinsparung nicht bewirkt. Daher fordert der VCD die Einführung eines verbindlichen CO₂-Grenzwertes für Pkw. Wie im Bereich der Schadstoffe gebe es damit klare Vorgaben für die Hersteller, die dann endlich in den Wettbewerb um möglichst sparsame Fahrzeuge eintreten könnten.

Gleichzeitig müsse flächendeckend ein gutes Angebot im öffentlichen Personenverkehr und eine bessere Auslastung von Bus und Bahn realisiert werden. *Kürzungen der staatlichen Mittel in Milliardenhöhe, wie sie die neue Bundesregierung in diesem Bereich vorsieht, sind völlig unverantwortlich“, kritisiert Gehrman. Vielmehr gelte es, dafür zu sorgen, dass die Gelder gezielter und effizienter für öffentlichen Verkehr eingesetzt würden.

Besonders problematisch seien die hohen Zuwachsraten im Flugverkehr. Schon heute trage er

mit mindestens vier Prozent zur globalen Erwärmung bei. Einige Klimaforscher veranschlagten seinen Anteil sogar auf bis zu zwölf Prozent. Daher fordert der VCD, jegliche Steuervergünstigungen und Subventionen zu streichen. Allen voran müsse die Befreiung des Kerosins von der Mineralöl- und Ökosteuern beendet und die Mehrwertsteuer endlich auch auf internationale Flüge erhoben werden.

Gerd Lottsiepen, verkehrspolitischer Sprecher des VCD: *Der motorisierte Verkehr verursacht in Deutschland rund ein Fünftel der Treibhausgasemissionen. Hier steckt erhebliches Einsparpotenzial, wie ein ungeheuerliches Beispiel aus dem Autoverkehr zeigt: Der sparsamste Golf verbraucht fünf Liter Diesel. Das entspricht 135 Gramm CO₂ pro Kilometer. Der spritschluckendste frisst 10,7 Liter Super, was 257 Gramm CO₂-Ausstoß und damit fast das Doppelte an Klimagasen bedeutet! Es ist höchste Zeit, die Sparmöglichkeiten zu mobilisieren und mit einer konzentrierten Aktion den Klimaschutz im Verkehr voranzubringen.“

***Klimatisch bedingt:
Der Schutz der Atmosphäre muß weltweit
wirkungsvoller gestaltet und kontrolliert
werden***

[Felix Ekardt, Universität Bremen 26.11.2006]
Nationalstaaten schrecken vor den Kosten des Klimaschutzes im internationalen Wettbewerb zurück. Globale Regeln können das ändern. Durchsetzen muß sie eine Weltföderation.

Am 28. November beginnt in Montreal die erste globale Klimakonferenz seit dem Inkrafttreten des Kioto-Protokolls. Dabei geht es um die Weiterentwicklung dieses Vertragswerkes für die nächsten Jahrzehnte. Das Kioto-Protokoll ist eines der meistdiskutierten internationalen Abkommen – und zugleich eines der wirkungslosesten unter den vielen wirkungslosen Völkerrechtsverträgen. Kioto gibt den Industrieländern vor, ihren Klimagasausstoß bis 2012 (gemessen an 1990) um 5 Prozent zu reduzieren. Deutschland sollte 21 Prozent beitragen, was in Wirklichkeit freilich nur etwa 7 Prozent heißt, da der Rest schon durch den Zusammenbruch der DDR-Industrie „erbracht“ wur-

de. Von jenen 7 Prozent ist bisher nur die Hälfte geschafft; aktuell steigen die Klimagasausstöße sogar wieder. In den Industriestaaten insgesamt fehlt es gar nach Angaben des UN-Klimasekretariats überhaupt an einer Reduktion. Im Rest der Welt, besonders in den Schwellenländern, nehmen die Emissionen noch stärker zu.

Doch selbst wenn das Kioto-Protokoll eingehalten würde, würde es nach Einschätzung des Wissenschaftlichen Beirats Globale Umweltveränderung der Bundesregierung in 100 Jahren allenfalls ein Zehntel Grad durchschnittliche Erderwärmung (von insgesamt denkbaren zwei bis zehn Grad) vermeiden. Das liegt auch daran, daß die Entwicklungs- und Schwellenländer in Kioto keinerlei Reduktionsverpflichtungen eingegangen sind. Sollen die u.U. drastischen Folgen eines Klimawandels bis hin zu einem Zusammenbrechen des Golfstroms (mit der gespenstischen Folge einer neuen europäischen Eiszeit bei ansonsten hohen Welttemperaturen) gebannt werden, muß die Montreal-Konferenz darum einen Kurswechsel einleiten. Und die notwendigen deutlicheren Reduktionsverpflichtungen müssen auch die Schwellenländer wie China, Indien, Indonesien, Brasilien oder Südafrika einbeziehen. Das heißt freilich keinesfalls, daß im Westen kein großer Handlungsbedarf mehr bestünde. Bisher gilt immer noch: Die im Okzident lebenden 20 Prozent der Menschheit verbrauchen rund 80 Prozent der Weltressourcen, mit entsprechenden Folgen auch für das Weltklima – weshalb auch die Rede vom „Umweltvorreiter Deutschland“ in hohem Maße irreführend ist.

Die nationalstaatliche Demokratie stößt beim Klimaschutz und bei der globalen Ressourcensicherung an Grenzen. Denn eine Politik, die etwa die Energieeffizienz steigert, indem sie Flugreisen, Autofahrten, Elektrogeräte, Südfrüchte usw. kostenmäßig unattraktiver macht und nicht nur symbolisch angeht, würde wohl umgehend abgewählt. Die kurzfristige Sicherung von Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätzen hat bis dato allemal Vorrang (wenngleich Maßnahmen wie höhere Energiesteuern bei gleichzeitig sinkenden Lohnnebenkosten sogar Arbeitsplätze schaffen könnten). Vor „kostentreibenden“ Maßnahmen schrecken die Nationalstaaten im globalisierten Wettbewerb einfach zurück. Dieses Dilemma läßt

sich letztlich nur durch globale Regelungen angehen, die einigermaßen einheitliche Umwelt- und übrigens auch Sozial- und Steuerstandards in den konkurrierenden Ländern erzwingen.

Völkerrechtliche Verträge wie das Kioto-Protokoll lösen jene Notwendigkeit aber noch nicht ein. Immer noch sind Völkerrechtsregelungen letztlich beliebige Machtentscheidungen souveräner Nationalstaaten, die ihrem realen oder vermeintlichen „nationalen Interesse“ verpflichtet bleiben. Zudem hat jedes Land aufgrund des internationalen Konsensprinzips eine Blockademacht. Und selbst wenn einmal etwas beschlossen wird, dann wird es später eben nicht vollzogen. Der Klimaschutz, wohl auch nach Montreal, ist nur ein besonders fatales Beispiel für diese generellen Defekte internationaler Politik.

Politische Institutionen müssen jedoch immer dort existieren und genau so beschaffen sein, daß sie den Menschenrechten und damit der Freiheit optimal dienen. Und wer der Freiheit verpflichtet ist, muß dabei ebenso die elementaren Freiheitsvoraussetzungen wie ein stabiles Klima im Auge haben. Wenn aber ein so verstandener Freiheitsschutz rein national oder durch eigennutzengesteuerte Völkerrechtsverträge nicht möglich ist, brauchen wir echte globale Spielregeln. Dazu gehören auch globale Institutionen, die diese Regeln setzen und effektiv vollziehen. Letztlich zwingt uns dies, für bestimmte Politikbereiche eine echte Weltföderation zu schaffen. Globale Spielregeln dürfen dabei auch die wirtschaftliche Freiheit einschränken. Denn zu unser aller Autonomie gehören auch die Grenzen in der gleichen Autonomie aller anderen, auch derjenigen, die nach uns kommen oder die in anderen Ländern dieser Welt leben. Es kann sich auch niemand damit herausreden, daß die Verursachung des Klimawandels durch den Menschen immer noch unsicher sei. Kein seriöser Klimaforscher streitet noch ab, daß Temperaturentwicklungen wie in den letzten 200 Jahren nicht als natürliche Schwankungen erklärbar sind. Im übrigen muß die Politik bei drohenden schwerwiegenden und irreversiblen Schäden auch bei Unsicherheit handeln.

Dürre im Ozean: Klimawandel schadet Plankton

[Süddeutsche Zeitung, 20.01.2006] Fische und Meeressäuger werden den Klimawandel zu spüren bekommen, weil sich ihre Nahrungsbasis verändert, sagen Forscher aus Amsterdam und Hawaii. Sie haben im Computermodell simuliert, wie sich das Band des Phytoplanktons in hundert Meter Tiefe verändern könnte (Nature, Bd. 439, S. 322, 2006). Dort ist der beste Platz für Mikroorganismen, die Licht von oben und Nährstoffe von unten brauchen. Folge des Klimawandels dürfte aber sein, dass die Vermischung höherer und tieferer Schichten im Meer und damit der Nährstofftransport nach oben abnimmt. Das führt den Forscher zufolge dazu, dass die Menge an Phytoplankton schwankt. Im Extremfall könnte eine kurze Blüte pro Jahr auf lange Zeiten geringer Planktonproduktion folgen – kaum genug um die Nahrungskette aufrecht zu erhalten.

Klimakonferenz Ansporn und Verpflichtung für Vorreiter-Rolle Deutschlands im Klimaschutz.

[Sigmar Gabriel, BMU-Pressereferat, 12.01.2005] Nach dem erfolgreichen Abschluss der Welt-Klimakonferenz in Montreal hat Bundesumweltminister Sigmar Gabriel eine konsequente Fortsetzung der deutschen Klimaschutzpolitik angekündigt. „Montreal hat das Signal für die Weiterentwicklung des Kioto-Protokolls gegeben. Das ist für uns Ansporn und Verpflichtung zugleich, unserer Vorreiterrolle im Klimaschutz auch in Zukunft gerecht zu werden“, sagte Gabriel. Er appellierte insbesondere an die deutschen Unternehmen, die Chancen aktiver Klimaschutzpolitik für die Modernisierung der Volkswirtschaft zu erkennen und offensiv zu nutzen. „Es lohnt sich, Energie effizient zu erzeugen und sparsam zu verbrauchen, denn Energieeffizienz ist Kosteneffizienz, und das steigert die Wettbewerbsfähigkeit.“

„Als eine der grössten Industrienationen der Welt wollen und müssen wir weiterhin Vorbild im Klimaschutz sein, wenn wir wollen, dass uns andere folgen“, sagte Gabriel. Deutschland verfüge wie kaum ein anderes Land über exzellente Voraussetzungen, um innovative Lösungen gegen den

Klimawandel zu finden und anzuwenden. Er appellierte an Wissenschaft, Wirtschaft, Gewerkschaften, Kommunen und Bürger, sich dieser Herausforderung zu stellen und die damit verbundenen Chancen offensiver als bisher zu nutzen.

Gabriel sagte, die internationale Staatengemeinschaft habe in Montreal „ein starkes und ermutigendes Signal“ dafür gegeben, dass sie den Weg des Kioto-Protokolls mit verbindlichen Reduktionszielen und Obergrenzen für den Ausstoss von Treibhausgasen fortsetzen wolle. Dabei komme dem weltweiten Emissionshandel und dem Mechanismus für nachhaltige Entwicklung (CDM) eine überragende Bedeutung zu.

„Es ist sichergestellt, dass die sich entwickelnden Kohlenstoffmärkte über 2012 hinaus funktionieren werden. Das schafft langfristige Planungssicherheit für Unternehmen, die sich mit Investitionen in klimafreundliche Anlagen und Projekte an diesem Handel beteiligen wollen, und es stärkt die Marktchancen der deutschen Industrie im Ausland.“ Gabriel kündigte an, das BMU werde im kommenden Jahr eine Initiative starten, um deutsche Unternehmen bei der Umsetzung von Klimaschutzprojekten in Entwicklungsländern zu unterstützen. Es herrsche eine „immense Nachfrage“ nach solchen Projekten, vor allem in Indien, China und anderen Schwellenländern. Bereits am Rande der Klimakonferenz in Montreal hatte Gabriel mit seinem mexikanischen Kollegen Luege Tamargo ein bilaterales Abkommen zur Umsetzung von CDM-Projekten unterzeichnet.

Als wichtige klimapolitische Weichenstellung bezeichnete der Bundesumweltminister die für das kommende Jahr geplante Entscheidung über die Zuteilung von Emissionszertifikaten im Rahmen des europäischen Emissionshandels. Er wies darauf hin, dass die Koalition vereinbart habe, den Nationalen Allokationsplan für die zweite Handelsperiode von 2008 bis 2012 auf der Basis der im Zuteilungsgesetz 2005/2007 festgelegten CO₂-Minderungsziele aufzustellen. Website: <http://www.bmu.de/presse>

Verwässerung des Energiepasses für den Gebäudebestand

[*Enwid, 12.2005*] Vor einer Verwässerung des Energiepasses für den Gebäudebestand warnt der VDI. „Auf den ersten Blick ist der Verbrauchspass sicherlich günstiger“, so Professor Dr. Michael Schmidt, Vorsitzender der VDI-Gesellschaft Technische Gebäudeausrüstung. „Aber bei einem verbrauchsorientierten Energiepass drohen Klagewellen, was ihn letztendlich teurer macht.“ Der Energiepass entfalte Rechtswirkungen. Eine für eine Immobilie in Verkaufspapieren ausgewiesene Energieeffizienz stelle eine zugesicherte, einklagbare Produkteigenschaft dar. Eine Immobilie, deren aktueller Verbrauch, etwa aufgrund abweichender Nutzung, nicht dem Energiepass entspreche, könnte Klagen der Eigentümer hervorrufen. Bezugsgröße müsse also der Bedarfswert sein, das heißt die berechnete Größe für den Energieaufwand, den ein angenommener Norm-Nutzer haben würde. Außerdem unterstütze ein Verbrauchspass nicht das Ziel der Bundesregierung, die Energieproduktivität deutlich zu erhöhen. Schmidt: „Nur der Bedarfswert fördert Modernisierungen, da er energetische Schwachstellen aufdeckt.“

Globalen Klimaschutz regional und lokal umsetzen

[*Bayerische Klima-Allianz, 12.2005*] Die erste Regionale Klimaallianz haben der bayerische Umweltminister Werner Schnappauf und der Vorsitzende des Bund Naturschutz Hubert Weiger gestartet. „Es droht dem Weltklima der K.O. Nicht nur auf internationaler Ebene muss gehandelt werden. Wir brauchen auch ein starkes Signal, globalen Klimaschutz regional und lokal umzusetzen“, so Schnappauf. Bei der ersten Veranstaltung der Klimaallianz ging es um Energiemanagement und energetische Gebäudesanierung. So ließen sich Schnappauf zufolge durch die Sanierung des Wohngebäudebestandes in Bayern rund 25 Prozent der für die Heizung benötigten Energie einsparen. Im Bereich kommunaler Liegenschaften könnten schon durch eine Optimierung der vorhandenen Anlagentechnik sowie ein bewussteres Verhalten der Nutzer dauerhaft Einsparungen bis 20 Prozent realisiert werden. Das zeigen Un-

tersuchungen der Energieagentur Oberfranken. „Handeln ist teuer. Aber Nicht-Handeln kommt auf Dauer noch teurer.“ Der Freistaat unterstütze die Kommunen dabei mit dem CO₂-Minderungsprogramm für kommunale Liegenschaften und einer Förderung kommunaler Energiesparkonzepte auch finanziell. Als weiterer Ansporn werde die Bayern-Liga energiesparender Kommunen ins Leben gerufen. Weitere Informationen zur Bayerischen Klimaallianz unter <http://www.klima.bayern.de>

Nachhaltigkeit im Unternehmen

[Johannes Klotz, *Süddeutsche Zeitung*, 17.12.2005] Kann sich ein Unternehmen nachhaltig entwickeln und die Grenzen der natürlichen Lebensbedingungen in Rechnung stellen? Zwar kritisieren manche die Debatte um Nachhaltigkeit als eine integrative Strategie, die letztlich nicht zum Bruch mit dem unverträglichen Maß an Umweltzerstörung führt. Sie wollen, dass sich die Unternehmen an den Prinzipien der Weltwirtschaft abkehren. Es reiche nicht, einfach nur soziale und ökologische Faktoren zu berücksichtigen, um damit unternehmerische Risiken nachhaltig zu managen. Dessen ungeachtet versuchen viele große Unternehmen, Nachhaltigkeitsziele in ihre Strategie aufzunehmen.

Die Autorin hat sieben solcher Unternehmen untersucht: ABB, BASF, DaimlerChrysler, Swiss Re, Deutsche Telekom, Tetra Pak und Unilever. Sie schildert die Kärnerarbeit engagierter Managerinnen und Manager, die sich für Nachhaltigkeit einsetzen. In den global agierenden Unternehmen dominiert die Tendenz, Nachhaltigkeit auf Ressourcen und Prozesseffizienz zu konzentrieren. So wird ein Risiko- und Reputationsmanagement entwickelt, das Schäden von den Marken, dem Image und der *licence to operate* abwendet. Doch die Arbeit einzelner Pioniere führt selten zu der strategischen Neuausrichtung, wie sie die Unternehmensperformance an ökonomischen, sozialen und ökologischen Parametern misst. Die Innovationsprämien der Nachhaltigkeit sind noch zu unattraktiv. Der Markt entscheidet die Frage, ob ein Unternehmen als Pionier der Nachhaltigkeit Chancen hat, nach eigenen Gesetzen.

Was bedeutet es also, wenn etwa die Deutsche Telekom Nachhaltigkeit ins Leitbild des Konzerns aufnimmt? Alles was die Kosten senkt, ist zunächst leichter umzusetzen, so um insbesondere den mobilitätsbedingten Energieverbrauch zu senken. Die Deutsche Telekom konnte ihren Energieverbrauch von 1995 bis 2003 von 103 000 auf 58 700 Tonnen reduziert, der Fahrzeugbestand um fast 20 Prozent von rund 48 000 auf 40 000 Fahrzeuge. Der Ressourcenverbrauch ist trotzdem immens. Die Telekom hat auch im sozialen Bereich viel getan, doch ist sie – wie auch die anderen Firmen – längst noch kein nachhaltiges Unternehmen. Ein solches, meint der bei der deutschen Telekom für Nachhaltigkeit zuständige Manager Ignacio Campino, kann es jedoch nur in einer nachhaltigen Gesellschaft geben. Gleichwohl haben die Unternehmen noch viel mehr Spielräume, als sie bereits nutzen. Das ist der eigentliche Antrieb für die Manager, die sich dem Thema Nachhaltigkeit widmen.

Der Autorin macht durch den Einbaum der Biographien des „Nachhaltigkeitsmanager“ in den verschiedenen Unternehmensbereichen deutlich, wie es in Zeiten der Globalisierung gelingen könnte, durch die Kombination aus Persönlichkeit und Kompetenz eine Idee voranzutreiben. Die Berufung Campinos in das Kuratorium des Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung und in das Deutsche Nationalkomitee zur Uno-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung 2005-2014“ macht deutlich, wie weit Einflusskanäle gezogen sind, um sich wechselseitig zu befruchten und Nachhaltigkeit zu einem Wirtschaftsfaktor zu machen.

Handbuch: Gerd Michelsen, Jasmin Godemann: „Handbuch Nachhaltigkeitskommunikation“. Grundlagen und Praxis. Ökom Verlag, München 2005.

Neuseeland gewinnt Welt-Umweltvergleich Deutschland wegen Naturschutz-Schwächen nur auf Platz 22

[Eig, NABU, 01.2005] Neuseeland ist Sieger des jüngsten weltweiten Umweltschutzvergleichs, des von den US-Universitäten Yale und Columbia er-

stellten, so genannten Environmental Performance Index (EPI). Auf den Spitzenplätzen folgen mit Schweden, Finnland, Tschechien, Großbritannien, Österreich und Dänemark gleich sechs EU-Staaten. „Alle Top-Platzierten haben erhebliche Umweltschutz-Investitionen unternommen. Das zahlt sich jetzt aus“, bewertet Daniel C. Esty vom Yale Center for Environmental Law and Policy die Ergebnisse. Die offizielle EPI-Präsentation findet am Donnerstag 26. Januar anlässlich des Welt-Wirtschaftsforums im schweizerischen Davos statt.

Unter 133 untersuchten Staaten belegt Deutschland lediglich Rang 22. Eine bessere Platzierung verhindern vor allem schlechte Noten im Naturschutz. Hier erreicht Deutschland in zwei Teilkategorien nur einen beziehungsweise zwei von je hundert möglichen Punkten. Innerhalb der EU rangiert Deutschland mit Rang 12 unter 19 bewerteten Staaten – unter anderem für die baltischen Staaten lagen nicht genügend Informationen vor – erst in der zweiten Tabellenhälfte. EU-Schlusslichter sind Polen und Belgien.

Bewertet haben die Wissenschaftler 16 Indikatoren aus den Bereichen Umweltgesundheit, Luftqualität, Wasser, Biodiversität, natürliche Ressourcen und Energie, die verschieden gewichtet wurden. Anhand vorgegebener Ziele – meist auf Basis internationaler Übereinkommen – wurden je Indikator 0 bis 100 Punkte vergeben. Der Gesamtsieger Neuseeland erreichte ein Durchschnitt von 88 Punkten, Deutschland kam auf 79,4 Punkte, die USA (Platz 28) auf 78,5 Punkte. Am Ende der Rangliste stehen ausschließlich arme Staaten wie Äthiopien, Mali, Mauretanien und der Tschad. Schlusslicht ist Niger mit 25,7 Punkten.

Besonders aufschlussreich ist ein näherer Blick in die Einzelergebnisse. So punkten fast alle reichen Länder vor allem in der Umweltgesundheit. Auch Deutschland erreicht bei den dazu gehörenden Indikatoren wie Zugang zu sauberem Trinkwasser oder Kindersterblichkeit fast durchweg die volle Punktzahl. Vielfältiger ist das Bild bei Energie und Ressourcennutzung. Hier schneiden zum Beispiel Gesamtsieger Neuseeland und auch die USA hinsichtlich der Energieeffizienz – gemessen in Energieeinsatz im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung – schlechter als die meisten EU-Staaten ab.

Die USA müssen zudem bei der Ressourcennutzung und bei der Luftqualität Federn lassen. „Vielleicht sorgen diese eindeutigen Ergebnisse ja für einen Weckruf in der Öffentlichkeit und vor allem bei der politischen Führung in Washington“, hofft EPI-Mitautor Gus Speth

Deutschland wiederum verliert unter anderem bei der Nutzung Erneuerbarer Energien Boden. Hier schlägt bei den Gesamt-Spitzenreitern wohl der hohe Wasserkraft-Anteil positiv durch – aus Naturschutzsicht ist das durchaus zwiespältig zu sehen. Ein noch dickeres Fragezeichen muss hinter der Kategorie Agrarsubventionen stehen. Hier werden, abgeleitet aus dem Welthandelsabkommen GATT und der WTO und gestützt von einer OECD-Studie aus dem Jahr 2004, Agrarsubventionen als grundsätzlich negativ für die Umwelt gewertet. Österreich und Großbritannien, sogar die Niederlande sammeln so deutlich mehr Punkte als Deutschland. Die Wissenschaftler gestehen selbst ein, dass dieser Indikator „nicht perfekt“ ist. Zwar animierten Agrarsubventionen oft zu einer weiteren Intensivierung der Landwirtschaft, aber subventionsfreie Landwirtschaft sei nicht per se umweltfreundlich. Näher läge eigentlich, den Anteil der Ökolandwirtschaftsfläche als Indikator zu nutzen. Hierzu, so die Autoren, seien Daten aber fast nur aus den Industriestaaten verfügbar.

Am dramatischsten sind die Ergebnisse im Naturschutz. Während Frankreich beim Indikator „Ecoregion Protection“ 70 Prozentpunkte erhält und Großbritannien 69, gehen an Deutschland lediglich 2 Punkte. EPI versteht darunter den Schutz der Großlandschaften, so genannter Biome. Ziel ist gemäß der Biodiversitätskonvention der Vereinten Nationen die Unterschutzstellung eines Zehntels der entsprechenden Flächen. Die Bewertung erfolgte über die Einträge in der von der Welt-Naturschutzunion IUCN und dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen errichteten World Database of Protected Areas (WDPA).

Noch schlechter sind die Werte bei der „Wilderness Protection“. Hier liegt die Messlatte auf Grundlage der im Jahr 2000 von den Vereinten Nationen beschlossenen Millenniumsziele bei einer 90-prozentigen Abdeckung durch Schutzgebiete. Deutschland hat davon laut EPI lediglich 0,9 Flächenprozent erledigt und erhält dementsprechend

einen einzigen Punkt; Datengrundlage ist wiederum die WDPA. Den Nachbarn in Polen und den Niederlanden geht es zwar nicht viel besser, doch Großbritannien legt mit immerhin 29 Punkten einen weiteren Grundstein für seinen fünften Gesamtplatz. Die Autoren betonen, dass nur die noch heute vorhandenen Wildnisgebiete herangezogen wurden, Staaten also für die Wildniszerstörung früherer Zeiten keine Abzüge erhalten. Umso ernüchternder erscheinen da die deutschen Werte.

7. ENERGIEEFFIZIENZ

Sparen mit aller Energie

[Bundesumweltminister Sigmar Gabriel, *Süddeutsche Zeitung*, 09.01.2006] Die Energiepolitik ist zu Recht ins Zentrum der öffentlichen Debatte gerückt. Hohe Kraftstoffpreise ärgern die Autofahrer, die Heizkosten werden zur zweiten Miete, trotz hoher Gewinne der Energiekonzerne steigen die Stromkosten.

Und der Streit über den Gaspreis zwischen Russland und der Ukraine macht schlagartig deutlich, wie groß unsere Abhängigkeit von billigem Gas und Öl ist. Doch es geht um mehr, denn viel spricht dafür, dass ein Umsteuern in ein Zeitalter der Energie- und Rohstoffintelligenz noch nie wichtiger war.

Weltweit nehmen die Wetterextreme zu. Sie sind zwar nicht im Einzelfall, wohl aber in Summe und Häufigkeit nicht ohne die vom Menschen verursachten Klimaänderungen zu erklären. Die Schäden ökologischer Katastrophen haben sich binnen drei Jahrzehnte um das Fünfzehnfache gesteigert. Und das ist erst das Wetterleuchten, noch nicht das Gewitter, das weltweit heraufzieht.

Erreichen die Nicht-OECD-Länder in den nächsten fünf Jahrzehnten das Pro-Kopf-Wohlstandsniveau, das Ungarn heute hat, wird sich das Weltsozialprodukt verdreifachen. Nimmt man das erwartete Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum hinzu, wird es sich versechsfachen. Damit wird der Ressourcenverbrauch schon bald die Grenzen der ökologischen Belastbarkeit überschreiten.

Die Energie- und Rohstoffpreise schnellen nach oben. Dieser Trend wird sich mit der nachholenden Industrialisierung großer Erdregionen fortsetzen.

Die absehbaren Preis- und Verteilungskonflikte geben der Parole „Weg vom Öl“ ein Ausrufezeichen, das nicht mehr erklärt werden muss. Das Ende des billigen Öls macht, wie der US-Wissenschaftler Michael Klare befürchtet, sogar Ressourcenkriege denkbar.

Auf diese Herausforderungen gibt es keine einfachen Antworten. Eine Renaissance der Atomkraft ist jedenfalls keine Lösung. Nicht nur, weil eine Verlängerung der Laufzeiten unmittelbar die Frage nach der Sicherheit der Kraftwerke stellt.

Und weil die nukleare Stromerzeugung uns von knappem Uran abhängig macht, das bei einer Verwirklichung gewünschter Ausbaupläne in nicht einmal 25 Jahren erschöpft sein würde. Dann bliebe nur die hochgefährliche Plutoniumwirtschaft. Noch wichtiger ist, dass sich die Atomkraft nur rechnet, wenn es zu einem hohen Verbrauch kommt

Das war die Logik der vergangenen Jahrhunderte. Der Zukunft gehören dagegen Energieanlagen, die das Kundenbedürfnis ins Zentrum stellt, nicht das Anbieterinteresse an hohem Energieabsatz. Kein Verbraucher „konsumiert“ Kilowattstunden, sondern erwartet einen Nutzeffekt: behagliche Raumtemperatur, gekühlte Nahrungsmittel oder schnelle Internetseiten.

Auch Unternehmen verbrauchen Energie nicht als Selbstzweck, sondern um einen wirtschaftlichen Nutzen zu erzielen. Deshalb geht es darum, ein gewünschtes Niveau an Energiedienstleistungen zu möglichst geringen Kosten zu erreichen. Energiepreise und Energiekosten sind dabei zwei Paar Schuhe. Dies ist ein wesentlicher Punkt für eine Effizienzwirtschaft.

In Haushalten und Unternehmen nimmt die Einsicht zu, in Energieintelligenz zu investieren. Der Schlüssel liegt in der Anerkennung der Energie- und Ressourcenproduktivität als Produktionsfaktor. Er wird zu einem wichtigen Wettbewerbsfaktor, auch auf dem Automarkt.

Unsere auf den Export ausgerichtete Wirtschaft kann nur mit ökologisch optimierten Produkten bestehen. Auch China erlässt bereits Höchstverbrauchsregeln, um den Durst der Autos zu bremsen. Die Energie- und Rohstoffintelligenz wird zur Basistechnologie unseres Jahrhunderts, die in einem engen Verbund mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien steht.

Sie wird zum Treibsatz für Innovationen und Investitionen, ganz im Sinne von Nikolai Kondratieffs Theorie der langen Wellen. Danach hängen Wohlstand und Beschäftigung einer Volkswirtschaft davon ab, dass langfristige Konjunkturphasen frühzeitig erkannt werden.

Eine ökonomische Schwächeperiode endet erst, wenn neue produktive Herstellungsverfahren gefunden sind. Bis heute wurden fünf derartigen Wellen ausgemacht; den Anfang machte die Nutzung der Dampfmaschine für die Textilindustrie, die zweihundertmal mehr leistete als ein Spinnrad.

Dieser Produktivitätsschub ermöglichte eine neue Infrastruktur, es kam zum Massentransport durch die Eisenbahn. Den nächsten Aufschwung brachte mit Hilfe von Stahl, Elektrizität und Chemie die Massenproduktion. Danach kam der Boom der Autoindustrie, und in den letzten zwanzig Jahren machten Internet und Mobiltelefone die Wirtschaft schneller und produktiver.

Diese Innovationszyklen sind nicht nur ein ökonomischer, sondern ein gesamtgesellschaftlicher Vorgang. Er berührt alle Bereiche von Wirtschaft und Leben, auch das Sozialverhalten der Menschen.

Diese Sichtweise von Modernisierung grenzt sich von den etablierten Denkschulen der Wirtschaftswissenschaft ab, gleichermaßen von dem Irrglauben, Vollbeschäftigung pendele sich über den Marktpreis ein wie von dem Machbarkeitswahn eines simplifizierten Keynesianismus, der allein über makroökonomische Größen wie Geldmenge und Staatsausgaben die Konjunktur zu steuern glaubt.

Die wichtigste Botschaft lautet: Wir sind der Krise, die mit der Globalisierung aufgekommen ist, nicht ohnmächtig ausgeliefert. Eine neue Kultur im Umgang mit Energie und Rohstoffen kann Wohlstand steigern und neue Arbeit schaffen. Auf

allen Ebenen stehen große Möglichkeiten für eine Effizienzrevolution bei der Nutzung von Energie und Rohstoffen zur Verfügung, die bei weitem nicht ausgenutzt werden.

Was das für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit bedeutet, machen folgende Zahlen klar: Nach dem Statistischen Bundesamt liegt die durchschnittliche Kostenbelastung durch den Faktor Arbeit bei 22 Prozent, wogegen sie aus dem Material- und Energieeinsatz bei etwa 70 Prozent und ohne den damit verbundenen Personal- und Finanzierungskosten immer noch über 50 Prozent erreicht.

Allein mit bewährten Mitteln lassen sich, so die Unternehmensberatung Arthur D. Little, diese Kosten in kurzer Zeit bis zu 20 Prozent senken. Schon eine Reduktion um zehn Prozent könnte nach Berechnungen der Prognos AG bis zu 800.000 neue Arbeitsplätze schaffen, weil Energie, Rohstoffe und Material durch Arbeit und Technik ersetzt würden.

Zugleich würde das den Druck auf die Lohnkosten dämpfen und die Wettbewerbsfähigkeit verbessern. Kurz: Die Energie- und Rohstoffintelligenz muss sich überall einnisten. So ehrgeizig sollten wir sein.

EU-Richtlinie zu Energieeffizienz:

[BUNDletter, 01.2006] Nach jahrelangen Diskussionen wurde kurz vor der Weihnachtsause die neue EU-Richtlinie zu Energieeffizienz und Energiedienstleistungen beschlossen. Der Europäische Rat hat sich in wesentlichen Punkten gegen das Parlament durchgesetzt. So wird das Einsparziel für die Mitgliedstaaten bei lediglich einem Prozent pro Jahr liegen und nicht verpflichtend sein. Forderungen nach strengeren und verbindlichen Zielen wurden damit nicht berücksichtigt. Allerdings: Die Regierungen müssen Effizienz-Aktionspläne für jeweils drei Jahre erarbeiten. Der erste Energieeffizienz-Aktionsplan muss bereits Mitte 2007 vorgelegt werden und ein nationales Energieeinsparziel bis 2011 beinhalten. Der BUND fordert: Wenn Deutschland „Energiesparweltmeister“ (Sigmar Gabriel) werden will, dann muss es mit einem ambitionierten Einsparziel und innovativen Maßnahmen voran gehen.

http://www.bund.net/lab/reddot2/pdf/eu_energieeffizienz.pdf

Erneuerbare Energien und Energieeffizienz schützen Klima

[Enwid, 12.2005] Erneuerbare Energien können den Ausstoß von klimaschädlichem Kohlendioxid in Deutschland innerhalb von 15 Jahren um rund 25 Prozent verringern. „Das wäre ein bedeutender Beitrag zum Klimaschutz, dessen Zukunft gegenwärtig in Montreal verhandelt wird“, so Dr. Simone Peters, Leiterin der Informationskampagne für Erneuerbare Energien. Grundlage sei das Ziel der Erneuerbare-Energien-Branche, den Anteil im Strom-, Wärme- und Kraftstoffbereich bis 2020 auf 20 Prozent zu steigern. Auf diese Weise würde Regenerativenergie jährlich etwa 270 Millionen Tonnen Kohlendioxid vermeiden. „Zudem kommen viele Studien zu dem Schluss, dass wir im Jahr 2020 Energie um 25 Prozent besser ausnutzen können als heute“, so Simone Peters. Auch dadurch würde der Ausstoß von Treibhausgasen deutlich sinken. „Gemeinsam könnten Erneuerbare Energien, energiesparende Produkte sowie energieeffiziente Herstellungsverfahren den Ausstoß von Kohlendioxid gegenüber heute beinahe um die Hälfte reduzieren.“

BUND: Energiesparende Neugeräte schonen die Umwelt

[Enwid, 12. 2005] Viele elektronische Geräte verbrauchen zu viel Strom. BUND-Klimaexperte Matthias Seiche fordert, den Energieverbrauch aller Geräte deutlicher zu kennzeichnen und offensiv die sparsamsten Geräte zu bewerben.

Pro Jahr werden hier zu Lande allein sechs Millionen neue Fernsehgeräte verkauft. Das bevorstehende Weihnachtsfest und die Fußballweltmeisterschaft im kommenden Jahr wird diese Zahl nach Einschätzung des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) noch ansteigen lassen. Der Kauf neuer DVD-Recorder, digitaler Satelliten-Receiver und Surround-Systeme erhöhe die Gerätezahl weiter. Wenn die Konsumenten auf Unterhaltungselektronik mit schlechter Energiebilanz zurückgriffen, würde das zu einem Strommehrverbrauch von jährlich etwa drei Terawattstunden führen. Dies entspreche rund zwei Millionen Tonnen zusätzlichem Kohlendioxidausstoß pro Jahr. „Viele elektronische Geräte verbrauchen zu viel Strom. Mit Geiz-ist-geil und

Ich-bin-doch-nicht-blöd-Sprüchen werben die Elektrohandelsketten für angebliche Schnäppchen, die dann die Stromrechnung nach oben treiben“, so BUND-Klimaexperte Matthias Seiche. Er forderte die Ketten auf, den Energieverbrauch aller Geräte deutlicher zu kennzeichnen und offensiv die sparsamsten Geräte zu bewerben. Sowohl im Stand-by-Betrieb als auch im Betriebszustand sei der Verbrauch vieler Anlagen zu hoch. Bei der jährlichen Stromrechnung könne allein der Unterschied im Stand-by-Betrieb rund 20 Euro ausmachen.

8. VERKEHR



Benzin sparen, wie schön! . . . Aber wo bleibt Ihr Beitrag zur Stabilisierung der Renten?

Cartoon: Dirk Meissner

[Aus: Dirk Meissner, Süddeutsche Zeitung]

Gabriel will über Obergrenzen beim Benzinverbrauch reden

[Hannes Koch, die Tageszeitung, 28.01.2006] Interview mit Bundesumweltminister Sigmar Gabriel:

taz: Wir möchten ein Dreiliterauto zu einem vernünftigen Preis kaufen, aber die deutschen Unternehmen bieten keines an. Gibt es nicht ökologisch sinnvolle Projekte, denen sich die Wirtschaft aus einer kurzfristigen Gewinnlogik heraus verweigert?

Sigmar Gabriel: Dann muss der Umweltminister Mechanismen entwickeln, die Anreize für ökologische Innovationen bieten und gleichzeitig den Unternehmen langfristig Gewinne bescheren.

Wenn wir dafür sorgen, dass pro produzierter Einheit die eingesetzte Energie endlich deutlich abnimmt, dann werden wir ein Standort sein, an dem man gerne investiert. Ich glaube, das ist eine kluge Strategie, die dem Klimaschutz hilft, die den Menschen hilft und den Unternehmen nützt.

Die chinesische Regierung hat Obergrenzen für den Benzinverbrauch von Autos festgelegt. Japan plant ähnliches, auch Kanada und Kalifornien. Was halten Sie von solchen Grenzwerten für Motoren?

Wir müssen hier in der Tat darüber reden, wie wir die Klimaschutzziele erreichen. Es ist mir zwar lieber, wenn die Autohersteller aus eigener Motivation und Verpflichtung den Verbrauch senken. Aber wenn man den Eindruck gewinnt, das schaf-

fen die nicht, dann muss ihnen der Staat mit solchen Obergrenzen helfen.

Für den Treibstoffverbrauch von Kraftfahrzeugen oder auch für den Ausstoß von Schadstoffen?

Für beides. Ich habe aber die Hoffnung, dass das ohne gesetzgeberische Maßnahmen gelingt. Die Industrie öffnet sich. Die Autokonzerne werden die Motoren so modernisieren, dass sie einen höheren Anteil an Biokraftstoffen vertragen. Denn sonst werden die Hersteller die europäischen Schadstoffgrenzwerte, die bereits festgelegt sind, nicht erreichen. VW hat gerade ein Joint-Venture zur Herstellung von Ethanol beschlossen - ein Schritt auf diesem Weg. Da ist Dynamik drin.

Der Trick mit dem Biosprit verhindert aber gerade die dringend notwendige Entwicklung von Benzinmotoren mit wenig Verbrauch und Abgasen. Haben Sie sich persönlich für dieses Interesse der Automobilkonzerne eingesetzt, als Sie im Jahr 2003 im Auftrag von VW bei der EU in Brüssel aktiv waren?

Meine frühere private Tätigkeit, bevor ich das Amt des Umweltministers angetreten habe, geht Sie – mit Verlaub – nichts an. Außer vielleicht mit dem Hinweis, dass es der Umweltpolitik nicht schadet, wenn man auch die andere Seite kennt.

Geht es die Öffentlichkeit auch dann nichts an, wenn sich die Grünen im Bundestag schon fragen, ob es einen Zusammenhang gibt zwischen Ihrer Arbeit für VW und dem Ziel der großen Koalition, dass mehr Biosprit in Benzinmotoren verwendet wird?

Da gibt es keinen Zusammenhang.

Wer ist denn auf die Idee gekommen, die stärkere Beimischung von Biokraftstoffen zum normalen Benzin in die Koalitionsvereinbarung aufzunehmen?

Da waren sich Union und SPD völlig einig. Entscheidend ist, wie wir den Ausstoß von Schadstoffen reduzieren. Hauptsache, es passiert.

Am besten sollten die Autokonzerne doch beides tun – sowohl sparsame und schadstoffarme Benzinmotoren entwickeln, als auch mehr Biokraftstoff einsetzen?

Völlig richtig. Die Autokonzerne müssen sich überlegen, wer ihre Autos später noch kaufen kann, wenn sie soviel teuren Sprit verbrauchen. Soll Autofahren nur noch ein Luxus für Wohlhabende sein? Das würde den Kreis der Käufer erheblich einschränken. Außerdem lassen sich Fahrzeuge mit hohem Verbrauch irgendwann auf dem Weltmarkt nicht mehr absetzen. Die deutsche Automobilindustrie sollte von der kurzen auf die lange Perspektive umschalten.

Hier finden Sie das ganze Interview: <http://www.taz.de/pt/2006/01/28/a0152.1/text>

Unions-Politiker entfachen neue Debatte über PKW-Maut

[Reuters, 31.01.2006] Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee hat Überlegungen aus der Union über eine Pkw-Maut oder eine Vignette für alle Autofahrer zurückgewiesen.

„Wortmeldungen mit der Forderung nach Pkw-Mautvignetten oder dem Einbau von Mautcomputern in jedes Auto sind abwegig“, erklärte der Minister am 31. Januar in Berlin. Für die Bundesregierung gelte unverändert: „Eine Pkw-Maut steht nicht zur Debatte“, sagte der SPD-Politiker. Der Tourismus-Beauftragte des Bundesregierung, Ernst Hinsken, hatte eine Pkw-Vignette ins Gespräch gebracht, deren Einnahmen zur Senkung der Ökosteuer genutzt werden sollten. Unions-Fraktionschef Volker Kauder hatte erklärt, dass in der nächsten Legislaturperiode die technischen Voraussetzungen für die Erhebung einer Pkw-Maut nach dem Vorbild der Lkw-Maut geschaffen sein könnten.

Der CSU-Politiker Hinsken schlug in der „Berliner Zeitung“ eine 100 Euro teure Pkw-Jahres-Vignette für Deutschland vor. Im Gegenzug könnte durch eine Senkung der Ökosteuer das Benzin um zehn Cent je Liter billiger werden. Bei den durchschnittlich 11.500 Kilometern, die deutsche Autofahrer jährlich zurücklegten, rechnet sich die Vignette schon ab 7500 Kilometer. Benzin und Diesel seien in Deutschland wegen der Ökosteuer zu teuer. Allein im vorigen Jahr seien etwa 3,5 Milliarden Euro an Steuern über den Tanktourismus an Nachbarländer verloren gegangen.

„Ich will die Ökosteuern senken“, sagte der Tourismus-Beauftragte. Für die Einnahmeausfälle müsse es einen Ausgleich geben. Die Jahresvignette müsste auch von Autofahrern aus dem Ausland gekauft werden, die durch Deutschland führen. Durch sie käme allerdings nur ein kleiner Teil in die Kassen.

Kauder sagte dem „Reutlinger General-Anzeiger“: „Das neue Maut-System soll künftig auch für die Pkw-Maut zum Einsatz kommen, denn damit kann man eine wirklich streckenabhängige Gebühr verlangen.“ Der CDU-Politiker stellte eine steuerliche Entlastung dafür in Aussicht. Die Autofahrer „tragen schon jetzt genügend Belastungen“, sagte er. Zudem müsste sicher gestellt sein, dass die Mauteinnahmen ausschließlich dem Verkehrshaushalt zufließen.

Tiefensee sprach von einer Phantomdiskussion. Die Autofahrer in Deutschland hätten die Straßen bereits durch die Mineralöl- und die Kfz-Steuer bezahlt und dürften nicht erneut zur Kasse gebeten werden, sagte der Minister.

Mehr Geld für Sprit

[Hannes Koch, die tageszeitung, 28.01.2005] Der Preis für Benzin und Diesel steigt viel schneller, als der Spritverbrauch der Autos abnimmt. Weil die deutschen Autokonzerne keine sparsamen Autos herstellen, geben die Autofahrer also mehr Geld an den Tankstellen aus. Mit zunehmender Tendenz: Der Ölpreis klettert, Benzin wird in den kommenden Jahren regelmäßig teurer.

Im Jahr 1995 verbrauchte ein durchschnittlicher VW Golf etwa 7,9 Liter auf 100 Kilometer. Im Jahr 2005 waren es immer noch 7,2 Liter. Setzt sich diese Entwicklung fort, benötigt der Wagen 2015 etwa 6,5 Liter. Seit 1995 (umgerechnet 87 Cent) hat der Preis für Super-Benzin auf gegenwärtig etwa 1,23 Euro angezogen. Geht es so weiter, kostet der Liter in zehn Jahren 1,80 Euro. 20.000 Kilometer pro Jahr bedeuteten 1995 etwa 1.374 Euro Spritrechnung, 2005 waren es 1.771 Euro, und 2015 werden es 2.340 Euro sein. Bei Diesel ist die Steigerung größer: 900 Euro (1995), 1.569 Euro (2005), 2.400 Euro (2015).

Die Konzerne investieren zwar in Motoren, die weniger Sprit verbrauchen. Doch der Verbrauch

der Wagen sinkt nur schwach, weil jede Menge Luxus dazukommt: Klimaanlage, beheizbare Sitze, Außenspiegel, clubtaugliche Unterhaltungselektronik.

„Aus“ für LKW-Mauterstattung

[EU-KOM, 26.01.2006] Das geplante deutsche LKW-Mauterstattungsverfahren verstößt gegen die Spielregeln des EU-Binnenmarkts. Dies hat die EU-Kommission am 25. Januar entschieden. EU-Verkehrskommissar Jacques Barrot begrüßte die „erfolgreiche Einführung der LKW-Maut in Deutschland. Die EU spricht sich für die streckenbezogene Nutzungsgebühr aus.“ Die Erstattung eines Teils der Mineralölsteuer über Tankquittungen aber würde ausländische Speditionen diskriminieren.

Zur Begründung führte die EU-Kommission aus, Lastwagen-Fahrer aus anderen Ländern tanken seltener in Deutschland und profitieren daher weniger von einer Mauterstattung. Hintergrund ist die geplante Erhöhung der Autobahn-Maut von 12,4 auf 15 Cent pro Kilometer. In Gegenzug sollte den Speditionen über Tankquittungen ein Teil der Mineralölsteuer bis zur Höhe von 600 Mio. m erstattet werden. Diese würde jedoch von der Zahlung von Mineralölsteuer in Deutschland abhängig gemacht werden. Die Bundesregierung hatte sich diesem Vorschlag des Bundesverbandes Güterverkehr angeschlossen.

Konfrontationskurs bringt Stillstand

Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee hatte im Hinblick auf das drohende „Aus“ für die LKW-Mauterstattung bereits erklärt, jetzt seien die Spediteure am Zuge. Sie müssten entscheiden, ob eine Klage der „Königsweg ist oder vielmehr in die Sackgasse führt“. Eins müsse jedem klar sein: Ein Konfrontationskurs gegen die EU-Kommission mit einer Klage vor dem Europäischen Gerichtshof bedeute Stillstand der Politik für mindestens zwei Jahre. „Dies kann nicht unser Interesse sein“, so Tiefensee.

Diskriminierungsfreie Alternativen gefragt

Die Bundesregierung hatte bereits im Koalitionsvertrag zugesichert: „Zur Unterstützung eines fairen Wettbewerbs werden wir das Straßengüterverkehrsgewerbe diskriminierungsfrei bei der zu

LKW-Maut entlasten.“ Jetzt sind Ansätze gefragt, wie dies im Einklag mit dem EU-Recht geschehen kann. Tiefensee schlägt vor, die Kfz-Steuer auf das europarechtlich vorgegebene Mindestmaß zurückzuführen. Das entlastet die Branche mit rund 125 Mio. m. Zudem soll der Kauf umweltfreundlicher LKW bezuschusst werden. Aus Sicht der EU-Kommission ist Deutschland damit auf dem richtigen Weg.

Website:

http://europa.eu.int/comm/dgs/energy_transport/state_aid/decisions/decisions_dg_tren_en.htm

http://europa.eu.int/comm/dgs/energy_transport/state_aid/whatsnew_en.htm

http://www.bmu.de/pressemitteilungen/pressemitteilungen_ab_22112005/pm/36565.php

Deutschland: Weniger Steuern für schwere Lkw

[*Süddeutsche Zeitung* 24.01.2006] Niedrigere Kfz-Steuern und Anreize für modernere Fahrzeugflotten sollen die deutschen Spediteure für die Autobahnmaut entschädigen. Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee (SPD) stellte am 23. Januar 2006 eine Alternative zum so genannten „Mauterstattungsverfahren“ vor. Demnach könnten für Lkw über zwölf Tonnen schon im nächsten Jahr die Kfz-Steuern auf den EU-Mindestsatz sinken. Zugleich könnte die Maut stärker nach Schadstoffklassen differieren. Über Zuschüsse — jährlich 100 Millionen Euro — wolle die Regierung ferner Spediteure anspornen, Lkw der saubersten Kategorie Euro 5 anzuschaffen.

Am 25. Januar wird die EU-Kommission über die Zulässigkeit der bisherigen Mauterstattung entscheiden. Tiefensee geht davon aus, dass Brüssel die deutschen Pläne verwirft. Demnach sollten Spediteure Tankquittungen vorlegen können und bekämen im Gegenzug einen Teil der Lkw-Maut erlassen. Grund: Da deutsche Speditionen häufiger in Deutschland tanken, zahlen sie über Mineralölsteuer schon Straßeninfrastruktur mit. Ausländische Lkw fahren dagegen oft ohne Tankstopp durchs Land.

Sollte die Kommission dies ablehnen, blieben der Regierung zwei Wege: Entweder die Klage vor

dem Europäischen Gerichtshof oder der Alternativ-Ansatz. „Ich verhehle nicht, dass ich zu den Alternativen neige“, sagte der Minister. Bisherige Pläne für die Erstattung nannte er „Bürokratismus“. Am 26. Januar wolle er darüber mit Verbänden diskutieren.

Die aber äußerten Kritik. Die geplante Mauterstattung sei mit EU-Recht konform, sagte Karlheinz Schmidt, Geschäftsführer des Spediteursverbandes BGL. Sollte Brüssel Nein sagen, sei eine Klage „sehr aussichtsreich“. Im Koalitionsvertrag hatten sich Union und SPD geeinigt, „gegebenenfalls alle rechtlichen Mittel“ auszuschöpfen. „Minister Tiefensee ist aufgefordert, diesen Weg ohne Wenn und Aber zu gehen“, sagte Unions-Verkehrspolitiker Dirk Fischer.

Dem Ministerium dürfte es aber um mehr gehen. Sollte der Bund klagen, gingen zwei weitere Jahre ins Land, in denen die Lkw-Maut nicht 15 Cent je Kilometer einspielt, sondern nur den reduzierten Satz von 12,4 Cent. Er sollte Spediteure entlasten, solange es keine Mauterstattung gibt. Auch kämen die neuen Vorschläge den Bund günstiger. Beim Erstattungsverfahren würden im Jahr 600 Millionen Euro der drei Milliarden Euro Mauteinnahmen wieder an Speditionen fließen. Steuernachlass und Förderung summieren sich auf 225 Millionen Euro.

Stockholm führt City-Maut ein

[*Tagesschau.de*, 03.01.2006] Alternative zum Auto? Nach Einführung der City-Maut in Stockholm dürften Einige wieder aufs Fahrrad umsteigen. Nach Singapur, Oslo und London hat nun auch die schwedische Hauptstadt Stockholm eine City-Maut eingeführt. Mit dem Pilotprojekt wollen die Behörden ab heute prüfen, ob sich der Autoverkehr deutlich verringert, wenn die Autofahrer zur Kasse gebeten werden. Die so genannte „Stausteuer“ soll an Wochentagen zwischen einem und zwei Euro betragen. Wagen mit ausländischen Kennzeichen, Taxis, Motorräder und schadstoffarme Autos sind von der Maut ausgenommen. Mit der Maßnahme soll der Autoverkehr im Stadtzentrum um zehn bis 15 Prozent verringert werden.

Nach sieben Monaten sollen die Stockholmer Bürger per Referendum darüber entscheiden, ob

die Innenstadt-Maut beibehalten wird. Die Zustimmung der Bürger gilt derzeit keineswegs als sicher. Erste Unmutsbekundungen wurden bereits sichtbar: So versuchten Unbekannte in der Nacht, eine der 18 Kontrollstationen zu zerstören. Rund 160 Kameras an den Stationen registrieren die Kennzeichen aller Autos und können dadurch Maut-Sünder rasch entlarven.

Großer Erfolg für die „Drängelsteuer“

[Reinhard Wolf, taz, 02.02.2006] Ein Monat Citymaut in Stockholm: Viele Autos bleiben in der Garage, die Einnahmen fallen geringer aus als erwartet 25 Prozent weniger Verkehr in der Innenstadt, kaum noch Staus, kürzere Fahrtzeiten, mehr Fahrgäste in den Bahnen und Bussen: Nach einem Monat fällt die Bilanz positiv aus bei Stockholms neuer Citymaut. Gunnar Söderholm, Chef der zuständigen kommunalen Behörde, ist „sehr zufrieden“. Zwischen 6.30 und 18.30 Uhr werden maximal 5,50 Euro fällig. Am 17. September entscheiden die Stockholmer in einer Volksbefragung, ob die Maut bleiben soll.

Anders als bei der deutschen Lkw-Maut gab es keine technischen Startprobleme. Rund 300.000 Fahrzeuge passieren täglich die Kamerabrücken; etwa 95 Prozent der Nummernschilder können automatisch abgelesen werden, der Rest muss manuell ausgewertet werden. Vor dem Mautstart hatte die Boulevardpresse die Befürchtung gestreut, die schwedischen Autofahrer würden sich einen Sport daraus machen, die Kameras zu verwirren, indem sie etwa ihre Schilder mit Dreck verschmieren, Prisma- und Spiegelfolien anbringen oder das Nummernschilder nach unten abwinkeln. Doch die unlesbaren Kennzeichen bewegen sich im Promillebereich. Eine drohende Strafe von 80 bis 100 Euro für ein unleserliches Kennzeichen rechnet sich bei höchstens 5,50 Euro Citymaut auch nicht wirklich.

200 Millionen Euro hat die Technik gekostet. Lieferant IBM hofft auf Folgeaufträge. Interesse hätten bereits Kopenhagen, Amsterdam, Rotterdam, Rom und Genua signalisiert. Auch aus einigen deutschen Städten soll es Anfragen geben.

Sollten die Stockholmer weiterhin so häufig ihr Auto in der Garage lassen, wird die Stadt wohl die erwarteten Einnahmen nach unten korrigieren

müssen. Diese Entwicklung war auch schon bei der Citymaut in London zu beobachten. Dort wurde dann einfach die Maut von 5 auf 8 Pfund erhöht, um trotz des verminderten Verkehrs die vorgesehenen Verkehrsinvestitionen vorzunehmen. Diesen Weg will man in Stockholm nicht gehen. Die Einnahmen aus der neuen Steuer sind nämlich nicht für konkrete Projekte verplant, sondern sollen erst einmal die Mauttechnik selbst und den in letzter Zeit kräftig verbesserten öffentlichen Nahverkehr finanzieren.

Elektroantrieb fürs Auto

[Hans-Josef Fell, MdB, 12.2005] Weltweit ist der Elektroantrieb auf dem Vormarsch. Bereits 1996 erklärte der Chairman von Toyota, das 21. Jahrhundert werde das des Elektrofahrzeugs sein. Der großartige Erfolg des Hybridfahrzeugs Prius, die enge Zusammenarbeit mit dem Batteriehersteller Panasonic und die vielen elektrisch betriebenen japanischen Fahrzeugmodelle zeigen, dass Japan es ernst meint mit der Entwicklung des Elektroantriebs auf batterieelektrischer Grundlage. Wenn die deutsche und europäische Autoindustrie sich diesem Trend verschließt, gefährdet sie ihre eigene Existenz und hunderttausende Arbeitsplätze. Produzenten, die den Flachbildschirm verschlafen haben und Kamerahersteller, die die Digitaltechnik nicht rechtzeitig aufgegriffen haben, sind warnende Beispiele.

China fördert den Elektroantrieb massiv, besonders bei Zweirädern. Es wird berichtet, dass die Neuzulassung bestimmter Verbrennungsmotoren erschwert ist (z.B. Zweitakter). Indien kommt mit einem Elektroauto auf den Markt. In Kalifornien tritt 2008 die Vorschrift in Kraft, die Zero Emission Vehicles vorschreibt. Zahlreiche andere Bundesstaaten haben dies übernommen. Auch bei uns drängen hochmotivierte und innovative Menschen im Mittelstand und in Entwicklungsabteilungen der Automobilhersteller darauf, die von ihnen entwickelten Technologien für eine nachhaltige Mobilität endlich in der Breite einzusetzen. Unterstützung finden sie in zahlreichen Hochschulen, Vereinen und Umweltinitiativen. Bei Eisenbahnen, S- und U-Bahnen sowie Straßenbahnen, die als allseitig anerkanntes ökologisches Verkehrs-

mittel gelten, ist der Elektroantrieb seit Jahrzehnten unangefochten im Einsatz

Auch die Brennstoffzelle erzeugt Strom für den elektrischen Antrieb des Fahrzeugs. Angesichts des langen Zeitraums bis zu ihrer Marktreife darf jedoch nicht darauf allein gesetzt werden. Auch andere Antriebstechnologien müssen entschlossen vorangetrieben werden. Insbesondere die Batterietechnik macht rasante Fortschritte. Mit der heutigen Batterietechnik können die Mobilitätsbedürfnisse in Ballungsräumen, Städten und auf dem Land bereits befriedigt werden. Das gilt insbesondere für den Lieferverkehr in den Städten und die kurzen Entfernungen, für die das Auto weit überwiegend genutzt wird. Dies ist eine große Leistung unseres innovativen Mittelstandes.

Mittelfristig werden die Batterien weniger Gewicht und Volumen haben, dafür eine hohe Energiedichte, Speicherkapazität und Lade- sowie Entladeströme. Es werden viele Ladezyklen toleriert, daher gibt es kurze Ladezeiten, große Reichweiten und lange Lebensdauer bei leichten Fahrzeugen.

Einen entscheidenden Impuls erhält der Elektroantrieb durch die Umwelt- und Klimaprobleme, die Gesundheitsbelastung durch Abgase und Feinstäube sowie die absehbare Verknappung und Verteuerung des Öls. Allein die rasant steigende Energienachfrage aus China und Indien führt zu einem zunehmenden Verbrauch, der die Lagerstätten zusätzlich erschöpft. Die Smogbelastung in den Agglomerationen besonders der Schwellenländer fordert zunehmend staatliche Eingriffe heraus.

Die EU-Verordnung zum Schutz vor Feinstäuben gibt den Kommunen Instrumente an die Hand, mit denen der Verkehr emissionsabhängig gesteuert werden kann. City-Maut mit Ausnahmen für emissionsfreie Fahrzeuge (London), autofreie Innenstädte (Beispiel Bologna), privilegierte Fahrspuren und Parkplätze mit Stromtankstellen (Park & Charge) sind Instrumente, die zu einer Verbreitung des umweltfreundlichen Elektroantriebs beitragen können. Selbst konservative Menschen werden daran erinnert, dass Kaiser Wilhelm keinen „Stinkekarren“ fahren wollte, sondern einen Mercedes Electricque der Daimler-Werke in Berlin-Marienfelde. Auch ein Gesetz nach dem Vorbild des kalifornischen Clean Air Act, das den e-

missionsfreien Antrieb vorschreibt, liegt im Bereich des Möglichen.

Der Elektroantrieb verursacht beim Betrieb des Fahrzeugs keinerlei Schadstoffe oder Abgase, auch nicht das klimaschädliche CO₂. Damit aber auch bei der Erzeugung des Stroms keine Schadstoffe entstehen, muss er vollständig aus erneuerbaren Energieträgern wie Sonne, Wind, Wasser, Biomasse und Erdwärme erzeugt werden. Bei der jetzt anstehenden Erneuerung des Kraftwerkparcs sollten keine neuen fossilen Kraftwerke errichtet werden. Vielmehr sollten wir mit einer großen gesellschaftlichen Anstrengung zur regenerativen Vollversorgung übergehen.

Ohne Zweifel müssen die Kraftstoffe weiter ökologisiert werden. Die darauf gerichteten Bemühungen der Industrie verdienen unsere Anerkennung. Sie dürfen aber nicht den Umstieg auf den zukunftsfähigen Elektroantrieb verhindern.

In Deutschland ist es vor allem der Mittelstand, der die Elektromobilität vorantreibt. Ihn beim Ausbau seiner Kapazitäten zu unterstützen und die politischen Rahmenbedingungen für den Elektroantrieb auszubauen, ist das Gebot der Stunde. Dies schafft neue zukunftsfähige Arbeitsplätze und eröffnet große Chancen auf den internationalen Märkten der Automobil- und Umwelttechnik.

Was für den Elektroantrieb bei Landfahrzeugen gilt, ist ebenso für Wasserfahrzeuge gültig. Insbesondere im Bereich der Freizeitmobilität auf dem Wasser ist der Elektroantrieb den Verbrennungsmotoren unbedingt vorzuziehen. Die zusätzlichen Argumente sind hier der aktive Gewässerschutz, die Geräuscharmheit und die Tatsache, dass im Verhältnis zur Bootsgröße viel geringere Antriebsleistungen als bei Landfahrzeugen eingesetzt werden. Damit ist die direkte Versorgung mit auf dem Bootsdach integrierten Solarmodulen möglich und sinnvoll.

Forschung und Entwicklung für den elektrischen Antrieb müssen in der Industrie, an den Hochschulen und Fachhochschulen sowie an den öffentlich geförderten Forschungseinrichtungen zielgerichtet ausgebaut werden. Sowohl Grundlagenforschung als auch anwendungsnahe Forschung sind dafür erforderlich. Ohne die Umstrukturierung der Forschungslandschaft auf die

Zukunftstechnologien hat auch der Wirtschaftsstandort Deutschland keine Chance.

Der Elektroantrieb leistet einen wesentlichen Beitrag zur Vermeidung des Verkehrslärms, der heute viele Menschen belästigt oder schädigt. Er beseitigt die Ursachen für den Sommersmog, Rußpartikel, Feinstäube und andere Schadstoffe, die Gesundheit, Umwelt und Klima belasten. Das Auto der Zukunft wird in verschiedene Informationsnetze integriert sein. Diese machen es möglich, Energieversorgung, Verkehrsfluss und Telekommunikation (Navigation, Verkehrsflussoptimierung, Ferndiagnose) in eine hochmoderne und ökologische Stadt- und Raumplanung zu integrieren und damit die Zeit- und Energieverschwendung durch Staus, Verkehrsunfälle, Umweltverschmutzung und Lärm erheblich zu reduzieren.

Flugverkehr und Entwicklungshilfe – Frankreich geht voran

Eine neue Bewegung kommt jetzt in die Diskussion um die Kerosinsteuer. Immer mehr Länder fordern eine Flugverkehrsabgabe für die Finanzierung der Entwicklungshilfe. Und Frankreich hat beschlossen, ab 1. Juli eine Flugticketbesteuerung einzuführen. Sie soll für Economy-Class-Flüge von französischem Territorium in der Höhe von 1 € anfallen.

Weitere Informationen finden in diesem Dokument:

<http://www.diplomatie.gouv.fr/en/IMG/pdf/arguments-aires-eng.pdf>

9. ERNEUERBARE ENERGIEN UND BIODIESELSTOFFE

Erneuerbare Energien haben Anstieg der Strompreise gebremst

[dpa, 31.01.06] Ohne die erneuerbaren Energien wäre der Preisanstieg des Stromversorgers Vattenfall Europe noch deutlich höher ausgefallen. Das sagte eine Unternehmenssprecherin dem 'Tagespiegel'. 'Die Beschaffungskosten für regenerativen Strom haben sich nicht so stark erhöht wie die

für konventionellen Börsenstrom', erklärte die Sprecherin. Vor allem die gestiegenen Gaspreise hätten den Strompreis an der Energiebörse EEX in die Höhe getrieben. Diese Teuerung müsse nun an die Kunden weiter gegeben werden. Der Preis für Strom aus Wind, Wasser und Sonne sei dagegen weniger stark gestiegen.

In Berlin verteuert sich deshalb der Ökostrom-Tarif 'Öko Pur' für einen durchschnittlichen Verbraucher lediglich um 2,8 Prozent. Der Standardtarif 'Berlin Klassik' soll hingegen um 5,8 Prozent teurer werden. Noch höher fällt der durchschnittliche Preisanstieg bei den Tarifen 'Klassik Plus' mit 7,6 Prozent und 'Multiconnect' mit 8,0 Prozent aus.

Vattenfall Europe hatte angekündigt, seine Preise zum 1. Mai zu erhöhen.

Rund 330 Unternehmen bei Erneuerbare-Energien-Umlage entlastet – stromintensive Betriebe zahlen zwei Drittel weniger

[Bundesministerium der Finanzen, Pressemitteilung, 30.12.2005] Rund 330 besonders stromintensive Unternehmen des produzierenden Gewerbes sowie 45 Eisen-, Strassen- und U-Bahnen in Deutschland können im kommenden Jahr erneut mit Entlastungen bei ihren Stromrechnungen rechnen. Zum Jahreswechsel hat das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) ihre Anträge nach der besonderen Ausgleichsregelung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) gebilligt und pünktlich zum Jahreswechsel die Bescheide versandt.

Stromintensive Unternehmen können Entlastungen von etwa 240 Millionen Euro erwarten. Gut 220 Millionen entfallen hiervon auf Produktionsunternehmen. Die Entlastung für 2006 entspricht damit in etwa der nach der besonderen Ausgleichsregelung im Jahr 2005 gewährten Begünstigung.

Gesetzliche Sonderregelungen bei der Ökosteuer, den Konzessionsabgaben sowie im Kraft-Wärme-Koppelungsgesetz verbilligen den Strombezug der jetzt begünstigten Unternehmen darüber hinaus in einer Größenordnung von etwa 1,5 bis 2 Milliarden Euro jährlich.

Vor dem Hintergrund des diesjährigen Bescheidverfahrens und auf Grundlage der Koalitionsvereinbarung erarbeitet das Bundesumweltministerium derzeit Vorschläge, wie sich die EEG-Kosten der besonders stromintensiven Unternehmen weiter begrenzen lassen und dadurch Kalkulationssicherheit erzielt werden kann.

Hintergrundinformationen zur Funktionsweise des § 16 EEG sowie eine erste, vorläufige Auswertung des Bescheidverfahrens für 2006 gibt es auf der Webiste: <http://www.erneuerbare-energien.de>

Zentrale Rolle für Erneuerbare Energien

[BEE, 19.01.2006] Der Bundesverband Erneuerbare Energie (BEE) in Berlin begrüßt eine neue Studie des Bundesumweltministeriums zur Entwicklung der Erneuerbaren Energien in Deutschland bis 2020. Demnach kann Strom aus Erneuerbaren Energien bis dahin einen Anteil von 25 Prozent am Elektrizitätsmarkt erreichen. Die Studie wurde vom Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) in Berlin vorgestellt.

„Die Erneuerbaren Energien werden im Jahr 2020 in der Lage sein, eine zentrale Rolle in der künftigen Energieversorgung einzunehmen“, zitiert BEE-Geschäftsführer Milan Nitzschke die Studie. Im nächsten Jahrzehnt werden die Erneuerbaren Energien dem Gutachten zufolge vielfach die Schwelle zur Wirtschaftlichkeit erreichen. So werde beispielsweise Windstrom zunehmend billiger sein als der Marktpreis für Strom aus Kohle, Gas und Kernenergie.

Die Studie prognostiziert zudem, dass Erneuerbare Energien in 2020 mehr als 110 Millionen Tonnen klimaschädliches Kohlendioxid vermeiden werden „Das sind voraussichtlich 80 Prozent der Kohlendioxid-Reduktionen insgesamt. Die Erneuerbaren Energien werden damit zum wichtigsten Klimaschutzinstrument“, sagt Nitzschke.

Die Annahmen der Studie sind nach Ansicht des BEE bewusst konservativ gehalten. „Hätten die Gutachter auch die Entwicklung an den Energiemärkten in den vergangenen zwei Jahren berücksichtigt, wäre das Ergebnis noch deutlich positiver ausgefallen“, so Nitzschke. So rechne das Gutachten beispielsweise mit einem Preis von weniger als 5 Cent pro Kilowattstunde konventionellem

Kraftwerksstrom in 2020. „Schon heute liegt der Preis jedoch fast bei 7 Cent“, so Nitzschke. Der BEE regt daher an, im nächsten Gutachten solche Entwicklungen zu berücksichtigen.

„Das Ergebnis wäre, dass die Kostenprognose für Strom aus Erneuerbaren Energien nochmals um 20 bis 60 Prozent sinken würde. Das belegen unsere aktuellen Berechnungen“, sagt Nitzschke. „Die Haushalte werden dann deutlich entlastet, die Förderung der Erneuerbaren Energien wird noch mehr Dividende bringen als heute schon“, so Nitzschke. So wirken die Erneuerbaren Energien einer aktuellen Studie der Universität Flensburg zufolge preisdämpfend auf den Strommarkt und auf den Markt für CO₂-Zertifikate. Damit verbilligen die Erneuerbaren Energien den gesamten Strompreis bereits jetzt um etwa 0,3 Cent pro Kilowattstunde.

Windenergie senkt auch 2005 die Kosten.

[Bundesverband WindEnergie e.V., 01.02.2006] Die Verbraucher müssen für die Förderung von Windstrom immer weniger bezahlen. Betrug die Mehrkosten 2004 noch 1,60 Milliarden Euro, sanken sie 2005 um 28,5 Prozent auf 1,16 Milliarden. Ursache dafür waren einerseits die jährlich sinkenden Vergütungen für die Produzenten von Windstrom und andererseits die stark steigenden Preise für Strom aus Uran, Kohle oder Gas. „Windstrom hat heute eine preisdämpfende Wirkung auf dem Strommarkt“, so Peter Ahmels, Präsident des Bundesverbands WindEnergie (BWE). Ahmels sieht sich durch ähnliche Aussagen des Energieversorgers Vattenfall in der heutigen Ausgabe des Tagesspiegels bestätigt: „Spätestens in zehn Jahren wird Windenergie eine der billigsten Stromquellen sein.“ Windstrom älterer Anlagen ist heute oft billiger als der auf der Leipziger Strombörse gehandelte Kohle- und Atomstrom. Nach Abschluss des vierten Quartals 2005 werden die bisherigen Prognosen des BWE übertroffen: Der Preis für herkömmlichen Grundlaststrom stieg an der Leipziger Strombörse EEX im vergangenen Jahr um fast 62 Prozent auf durchschnittlich 4,6 Cent pro Kilowattstunde, während die durchschnittliche Vergütung für Windstrom unter 9,0 ct/kWh sank. Im Vergleich war Windstrom damit immer noch um rund 4,4 Cent teurer. Bei 26,3 Milliarden Kilowattstunden erzeugten

Windstroms im Jahr 2005 ergeben sich so Mehrkosten von 1,16 Milliarden Euro. Doch diese Differenzkosten verkleinern sich von Jahr zu Jahr. Spätestens 2015, so Berechnungen des Bundesumweltministeriums, schließt sich die Kosten-schere zwischen Strom aus Wind und konventionellen Energien.

Hintergrund:

Windstrom wird über jährlich sinkende Mindestpreise vergütet. Diese sind im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) festgeschrieben. Die durchschnittlichen Vergütungen für Windstrom liegen derzeit noch über den durchschnittlichen Bezugspreisen für konventionell erzeugten Strom, die die Stromhändler an der Leipziger Strombörse EEX bezahlen. Die Differenz zwischen Windstrom-Vergütung und EEX-Strompreis wird jedoch immer kleiner. Sinken diese Differenzkosten für Windstrom auf Null, wäre Windstrom wettbewerbsfähig.

Da das EEG für die Windstrom-Vergütungen eine jährlich nominale Senkung von zwei Prozent vorsieht, die Preise für herkömmlichen Strom aber über die Inflation hinaus steigen (neue Kraftwerke, steigende Brennstoffpreise, Emissionshandel), verringern sich die Differenzkosten zwangsläufig.

Links:

Hintergrund Differenzkosten:

http://www.wind-energie.de/fileadmin/dokumente/Presse_Hintergrund/HG_Differenzkosten_Windstrom.pdf

Grundlaststrom EEX:

http://www.eex.de/spot_market/market_data/mcp_graph.asp?marketdaten_date=2/1/2006&area=DE

Erneuerbare-Energien-Gesetz:

<http://www.erneuerbare-energien.de/inhalt/4596/>

Windkraft wächst weltweit

[Reuters, Süddeutsche Zeitung, 18.01.2006] Die Hersteller von Windkraftanlagen gehen davon aus, dass die Branche auch 2006 stark weiterwachsen wird. 2005 sei das weltweite Marktvolumen um 23 Prozent auf mehr als zehn Milliarden Euro angewachsen, sagte der Geschäftsführer des Verbands der Maschinen- und Anlagenbauer

(VDMA) Power Systems, Thorsten Herdan. Der Export löse die Inlandsnachfrage immer mehr als treibende Kraft ab. In Deutschland wird mit rückläufigem Wachstum gerechnet. 2005 wurden laut Bundesverband Windenergie 1049 neue Windräder mit einer Gesamtleistung von 1800 Megawatt installiert. Für 2006 erwartet der Verband Neuanlagen mit einer Kapazität von 1500 Megawatt.

Erneuerbare Energien können 2020 bereits zu 25 Prozent der Stromversorgung beitragen

[Sigmar Gabriel, BMU-Pressereferat, 19.01.2006] Strom aus erneuerbaren Energien kann im Jahr 2020 bereits zu einem Viertel zur deutschen Stromversorgung beitragen und 110 Mio. Tonnen an klimaschädlichem Kohlendioxid (CO₂) einsparen — doppelt so viel wie heute. Die Kosten bleiben vertretbar. Dies zeigt eine Studie des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR), des Wuppertal-Instituts für Klima, Umwelt und Energie und des Zentrums für Sonnenenergie und Wasserstoff-Forschung Baden-Württemberg (ZSW), die Bundesumweltminister Sigmar Gabriel heute der Öffentlichkeit vorgestellt hat. Gabriel: „Erneuerbare Energien sind ein stark wachsender Bestandteil der deutschen Stromversorgung. Sie werden ihre Position weiter ausbauen — mit positiven Auswirkungen für die Unabhängigkeit der deutschen Energieversorgung, für Umwelt — und Klimaschutz und nicht zuletzt als Innovationsträger der deutschen Wirtschaft.“

Die erneuerbaren Energien werden unter den Rahmenbedingungen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) zu einer tragenden Säule im deutschen Strommarkt werden und damit den sinkenden Anteil der Atomenergie auffangen. Gleichzeitig wird sich das mit dem Ausbau der Stromerzeugung aus Biomasse, Geothermie, Photovoltaik, Wasser und Wind verbundene Investitionsvolumen in den nächsten fünfzehn Jahren auf etwa 75 Mrd. Euro summieren. Hieraus resultieren kräftige wirtschafts- und beschäftigungspolitische Impulse für die deutsche Volkswirtschaft.

Gabriel: „Der kräftige Ausbau der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien wird dabei zu vertretbaren Kosten realisierbar sein. So zeigt die

Studie, dass die monatlichen EEG-Kosten eines Durchschnittshaushalts von heute rund 1,50 Euro bis Mitte des kommenden Jahrzehnts auf lediglich 2,80 Euro ansteigen und ab 2016 dauerhaft sinken werden. Das ist ein angesichts der großen Herausforderung, den Klimawandel zu bekämpfen und unsere Energieversorgung zu sichern und umweltgerecht zu gestalten, sicher ein akzeptabler Betrag. Keineswegs kommt es, wie oft fälschlicherweise suggeriert, zu einem ungebremsten Kostenanstieg.“

Die Kosten für erneuerbare Energien werden sinken, weil die konventionelle Stromerzeugung anhaltend teurer wird, die Vergütungen nach dem EEG dagegen degressiv angelegt sind, also von Jahr zu Jahr abnehmen. Einzelne Sparten der erneuerbaren Energien — vor allem ein Teil der Windkraft — dürften Ende des nächsten Jahrzehnts bereits selbst bei betriebswirtschaftlicher Betrachtung die Wirtschaftlichkeit erreicht haben.

Einem Festhalten an der Nutzung von Atomenergie erteilte Gabriel eine klare Absage. „Rohstoffhopping, der Wechsel von Öl- auf Gas- auf Uranimporte, schafft keine Versorgungssicherheit“, so der Minister. Diese sei vielmehr durch den Ausbau erneuerbarer Energien, durch mehr Energieeffizienz und Energieeinsparung zu erreichen.

http://www.bmu.de/pressemitteilungen/pressemitteilungen_ab_22112005/pm/36487.php

RWI Essen: Völlige Steuerbefreiung von Biodiesel abschaffen

[Enwid, 12.2005] Die völlige Steuerbefreiung von Biodiesel sollte nach Meinung des RWI Essen abgeschafft werden. Sie lasse sich weder mit Beschäftigungseffekten noch durch die Ökobilanz oder Gründe der Emissionsvermeidung rechtfertigen. Ebenso kritisch sei eine Beimischungspflicht für Biodiesel zu bewerten. Stattdessen sollte die Forschung im Bereich Biotreibstoffe vorangetrieben werden, damit diese zukünftig ohne spezielle Förderung am Markt bestehen könnten.

Nach Angaben des RWI verursachte die Steuerbefreiung von Biodiesel im Jahr 2004 allein in Deutschland Steuerausfälle von rund 500 Millionen Euro. Zurzeit sei Deutschland innerhalb der EU der mit Abstand größte Produzent von Biodie-

sel. Die Steuerbefreiung werde neben Umwelteffekten auch mit positiven Beschäftigungseffekten in der Landwirtschaft gerechtfertigt. Aus ökonomischer Sicht hemme diese Subventionierung jedoch den notwendigen Strukturwandel im Agrarsektor. Um den angestrebten Biodieselanteil von 5,75 Prozent bis 2010 zu erreichen, käme es zudem zu vermehrtem Wettbewerb um Ackerland, da der Rapsanbau erheblich ausgeweitet werden müsste. Dies könnte zu höheren Preisen für landwirtschaftlich erzeugte Nahrungsmittel führen.

Bei genauerer Betrachtung aller ökologischen Wirkungen zeige sich, dass sich die Steuerbefreiung für Biodiesel auch aus der Perspektive der Umwelt nicht rechtfertigen lasse, so das RWI. So reduziere sich zwar der Ausstoß von Treibhausgasen gegenüber fossilem Diesel, jedoch nicht um 100 Prozent, sondern nur um einen Wert zwischen 41 und 78 Prozent. Dies liege sowohl am geringeren Energiegehalt des Biodiesels als auch an der energieintensiven Verarbeitung des Rapses. Darüber hinaus sei Biodiesel keinesfalls eine kosteneffiziente Strategie zur Emissionsvermeidung. Mit rund 140 bis 300 Euro pro Tonne lägen die Emissionsvermeidungskosten weit über dem mittelfristig geschätzten Preis von 30 Euro pro Tonne für CO₂-Zertifikate.

B.KWK: Dezentrale Stromerzeugung erhöht Versorgungssicherheit

[Enwid, 12.2005] Bei der Diskussion um die künftige Ausgestaltung des Energiesystems muss nach Ansicht des Bundesverbandes Kraft-Wärme-Kopplung (B.KWK) neben dem Aspekt der deutlich besseren Umweltverträglichkeit von KWK-Anlagen auch die höhere Versorgungssicherheit berücksichtigt werden. Mit einer vorwiegend dezentralen Stromversorgung durch Tausende Heizkraftwerke würde es witterungsbedingte Stromausfälle wie im Münsterland nicht geben. Nach Meinung des B.KWK stellen die Blackouts einen wesentlichen Schwachpunkt des derzeitigen Versorgungssystems bloß. Hier zeige sich ein Grundsatzproblem zentraler Stromerzeugung in großen Kraftwerken, nämlich ihre bedenkliche Empfindlichkeit gegen technische Störungen durch Wetterkatastrophen, Sabotage oder terroristische Anschläge. Unter ungünstigen Umständen

könne bereits der außerplanmäßige Ausfall eines einzigen Großkraftwerks oder einer Höchstspannungsleitung in einer Kettenreaktion eine ganze Region in Finsternis und Chaos stürzen. Dezentrale Anlagen zur gekoppelten Erzeugung von Strom und Wärme wirken hier nach Aussage von Verbandspräsident Johannes van Bergen wie Stabilisatoren. Je mehr es davon gebe, umso robuster werde das Gesamtsystem, umso sicherer die Versorgung. Außerdem eigneten sich viele KWK-Anlagen auch für eine Notstromversorgung, durch die selbst bei einem Totalausfall des Netzes in dem jeweiligen Gebäude die Stromversorgung aufrechterhalten bleibe.

Europäischer Solarpreis 2005 für innovative solare Klimatisierung

[Franz Alt, 18.12.2005] Dr. Ahmet Lokurlu, Geschäftsführer der SOLITEM GmbH, nahm am 7. Dezember 2005 den Europäischen Solarpreis 2005 von EUROSOLAR in der Kategorie „Industrielle und kommerzielle Unternehmen“ in Berlin entgegen.

Der Preis gehört zu den renommiertesten Solarpreisen und wurde unter anderem auch an Unternehmen wie z. B. SOLVIS Energie-Systeme GmbH & Co. KG vergeben. Die SOLITEM GmbH erhielt diesen Preis für das unter anderem mit dem Energy Globe Award und dem Global 100 Eco-Tech Award ausgezeichnete, innovative System zur Solaren Kühlung.

Die Jury von EUROSOLAR (Europäische Vereinigung für Erneuerbare Energien e.V.) würdigte damit die Innovation sowie die Umsetzung des Pilotprojektes zur solaren Klimatisierung, das von der SOLITEM GmbH in der Türkei in TUI-Hotel Iberotel Sarigermepark in Dalaman installiert wurde und seit knapp zwei Jahren erfolgreich betrieben wird.

Der scheinbare Widerspruch, aus Wärme Kälte zu erzeugen, fasziniert und weckt reges Interesse bei Fachleuten. Täglich gehen Anrufe von Interessenten aus aller Welt ein, die die technischen, solarthermischen Antworten der SOLITEM GmbH auf die drängenden Fragen in den Energiebereichen Klimatisierung, Prozessdampf- und Stromerzeugung wissen wollen.

„Gerade in der heutigen Zeit, in der fossile Brennstoffe immer teurer werden und die Schadstoffe aus deren Verbrennung den bereits begonnenen Klimawandel verstärken, sind alternative Lösungen mit regenerativen Energiequellen und umweltschonenden Technologien kein Luxus mehr, sondern dringende Notwendigkeit.“, so Herr Dr. Lokurlu.

Systeme zur Bereitstellung von Klimatisierung und Prozessdampf, wie das von Dr. Lokurlu entwickelte SOLITEM-System, zeigen die technischen Lösungen für die gewaltigen Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft. Sie sind nicht nur Visionen für die Zukunft, sondern werden schon rentabel in sonnenreichen Ländern genutzt.

Günstige Wärme: Heizen mit Holzpellets

[Franz Alt, 11.12.2005] Immer mehr Installateure hören morgens von ihren Kunden als erstes diese Frage: „Können Sie mir eine Heizung ohne Öl und Gas installieren?“ Ja kla, das geht - und auch noch entschieden preiswerter als mit Öl und Gas. Wer seinen alten Heizkessel ersetzen muss, sollte auch einen vergleichsweise teuren Holz-Heizkessel in den Preisvergleich einbeziehen. Denn sogenannte Pellet-Heizungen, die vollautomatisch mit kleinen Holzpresslingen befeuert werden, sind in puncto Komfort einem Öl- oder Gaskessel ebenbürtig - und sie rechnen sich wegen niedriger laufender Kosten im Vergleich zu Öl und Gas innerhalb weniger Jahre. Momentan liegen die Brennstoffkosten im Durchschnitt bei 170 Euro pro Tonnen Pellets und damit rund 40 Prozent günstiger als eine vergleichbare Menge Heizöl und sogar mehr als 50 Prozent günstiger als Erdgas. Ersparnisse von jährlich 400 Euro bei den Brennstoffkosten sind durchaus realistisch.

Die Nachfrage nach umweltfreundlichen Heizungen für Holzpellets wird sich in 2005 im Vergleich zum Vorjahr voraussichtlich verdoppeln. Dies teilte der Deutsche Energie-Pellet-Verband e.V. (DEPV) anlässlich des 1. Forum Bioenergie in Berlin mit. Trotz der massiv zunehmenden Nachfrage nach dieser umweltfreundlichen Heiztechnik, sind die Preise für Holzpellets seit Jahren stabil und tendenziell sogar leicht gefallen. Der Bund der Energieverbraucher e.V. empfiehlt den

Einsatz dieser Technik, statt sich steigenden Öl- und Gaspreisen auszusetzen.

Wurden im vergangenen Jahr rund 7.000 Pellettheizungen verkauft, werden es dieses Jahr rund 14.000 sein. Beate Schmidt, Vorsitzende des Deutschen Energie-Pellet-Verbandes e.V.: „Öl und Gas wurden die letzten Jahre immer teurer. Demgegenüber ist der Holzpelletpreis trotz massiv steigender Nachfrage stabil geblieben und tendenziell sogar leicht gesunken. Dafür sorgt auch das steigende Angebot an Pellets.“ Im Jahr 2002 lagen die Preise für eine Tonne Holzpellets zwischen 175 und 185 Euro. Trotz massiv steigender Nachfrage pendelten sie in 2005 zwischen 170 und 180 Euro. Grund ist nach Angaben des DEPV, dass in der inländischen Holzverarbeitenden Industrie jährlich rund drei Millionen Tonnen Sägemehl und Späne anfielen. Daneben würde nur ein Teil des im Wald ohnehin anfallenden Holzes genutzt. Selbst wenn die Nachfrage nach Holzpellets rund 80mal so groß wäre wie heute, gäbe es keinerlei Engpässe in der Rohstoffversorgung. Bei Öl und Gas erwarten zahlreiche Experten hingegen für die nächsten Jahre und Jahrzehnte weiter steigende Preise. Schmidt ergänzt: „Für Holzpellets muss kein einziger Baum gefällt werden. Es werden lediglich Sekundärrohstoffe wie z.B. Sägespäne genutzt, die ohne Zugabe von chemischen Bindemitteln zu Pellets gepresst werden.“

Auch Dr. Aribert Peters, Vorstand des Bundes der Energieverbraucher betonte die Notwendigkeit, sich über Alternativen beim Heizen zu informieren: „Angesichts steigender Öl- und Gaspreise ist die Nutzung von Holzpellets eine sehr sinnvolle Möglichkeit, über die jeder Verbraucher ernsthaft nachdenken muss — zum eigenen Vorteil.“

Kritik an geplanter Steuer auf Biokraftstoff: Dem einen zu hoch, dem anderen zu niedrig

[tagesschau.de, 03.02.2006] Die Pläne des Bundesfinanzministeriums zur Abschaffung der Steuerfreiheit für Biokraftstoffe ist auf Kritik bei Gegnern wie Befürwortern gestoßen. Der CSU-Umweltexperte Josef Göppel kritisierte den im Entwurf des Finanzministeriums vorgesehenen Steuersatz von 15 Cent pro Liter bei Biodiesel, der anderen Kraftstoffen beigemischt wird, als zu

niedrig: „Das entspricht nicht der bisherigen Diskussionslage in der Koalition“, sagte Göppel der „Passauer Neuen Presse“.

Im Bundeslandwirtschaftsministerium sorgt man sich dagegen um negative Folgen für Biokraftstoffe als „Ressource der Zukunft“. Um diese nicht „abzuwürgen“, komme es „auf jeden Cent an“, sagte Staatssekretär Peter Paziorek der „Berliner Zeitung“.

Die Zeitung hatte den 02. März 2006 über Details der Steuerpläne berichtet: Demnach soll ab 1. August auf reinen Biodiesel ein Steuersatz von zehn Cent je Liter erhoben werden, für beigemischten Biodiesel sollen 15 Cent je Liter fällig werden. Bislang sind Biokraftstoffe komplett von der Mineralölsteuer befreit.

„Reiner Biokraftstoff muss auch künftig von der Mineralölsteuer befreit bleiben“, forderte dagegen der SPD-Umweltexperte Hermann Scheer. Der ADAC warnte, die Steuer auf Biodiesel würde das Aus für diese Antriebsart in Deutschland bedeuten.

Die FDP-Umwelt- und Agrarexpertin Christel Happach-Kasan erinnerte daran, dass die ganze Biokraftstoff-Branche von den Neuregelungen betroffen sei. Diese habe aber erhebliche Mittel investiert und brauche Sicherheit für ihre Investitionen: „Wir möchten Vertrauensschutz für alle die, die sich in der Biokraftstoff-Branche engagiert haben.“

Der Finanzminister verspricht sich dem Bericht der „Berliner Zeitung“ zufolge Mehreinnahmen von 130 Millionen Euro im Jahr 2006. Im Folgejahr rechne Steinbrück mit einem Aufkommen von 370 Millionen Euro. Diese Detailangaben wollte der Ministeriumssprecher nicht bestätigen. Er wies darauf hin, dass die Bundesregierung Biodiesel schon aus europarechtlichen Gründen rasch besteuern müsse. Denn in diesem Bereich bestehe bereits seit 2004 eine von der EU verbotene Überkompensation; die Summe der Subventionen falle also höher aus als die Kosten für den Öko-Kraftstoff.

Zu der im Koalitionsvertrag vereinbarten generellen Abschaffung der Steuerbegünstigung von Biosprit und der Einführung einer gesetzlichen Biokraftstoffquote soll es erst zum 1. Januar 2007

kommen, wie der Sprecher weiter sagte. Dafür sei ein gesondertes Gesetz geplant.

10. LÄNDERBERICHTE

Schweiz: Neue Volksinitiative für Ökosteuer eingereicht

[Basler Zeitung, 26.01.2006] Eine ökologische Wirtschaftspartei um den Freiämter Pius Lischer hat eine neue Initiative für eine ökologische Energiesteuer gestartet. Lischer will fossile Energien besteuern und mit dem Geld die Sozialversicherungsprämien senken. Die Steuern auf Alkohol und Tabak sollen in die Krankenversicherung fließen.

Die von der Bundeskanzlei vorgeprüfte und am 24. Januar veröffentlichte Initiative sieht vor, dass der Bund zur Finanzierung sämtlicher Sozialversicherungen Steuern auf nicht erneuerbaren Energien wie Erdöl, Kohle oder Atomenergie erhebt. Das Fernziel ist es dabei, alle Prämien durch die Erträge aus dieser Steuer zu ersetzen, wie Mitinitiant Pius Lischer auf Anfrage sagte.

Laut seinen Berechnungen wäre ein Betrag von 62 Rappen pro Kilowattstunde nötig, damit alle Prämien wegfallen könnten. Man dürfe nicht länger die Arbeitnehmenden bestrafen, sondern müsse jene zur Kasse bitten, welche viel Energie verbrauchten, sagte Lischer. Zumindest von der Stossrichtung gleicht das Begehren damit der Initiative «Für eine gesicherte AHV - Energie statt Arbeit besteuern» der Grünen, welche im Dezember 2001 mit 77 Prozent Nein-Stimmen abgelehnt wurde. (...)

Lischer und seine Partei sind bei der Unterschriftensammlung vorderhand auf sich alleine gestellt und haben keine Unterstützung von Parteien und Verbänden. «Es muss einmal eine Volksinitiative wirklich vom Volk kommen», sagte der Initiant. Er erwägt, zur Sammlung von Unterschriften auch interessierte Arbeitslose einzusetzen. Bis zum 24. Juli 2007 müssen die nötigen 100.000 Unterschriften beisammen sein.

Spaniens Energiepolitik – Große Verschwendung

[Ralf Streck, Telepolis, 18.01.2006] Die Sozialisten in Spanien hatten vor dem Wahlsieg den Ausstieg aus der Atomkraft versprochen. Doch statt dem Ausstieg aus der Atomkraft bereiten sie den Ausstieg aus ihrem Versprechen vor. Der in die EU-Kommission entsandte Joaquin Almunia prescht dabei vor. Er wirbt von Brüssel aus für die Atomkraft. Am 16. Januar wurde der EU-Wirtschaft- und Währungskommissar deutlich. Es sei „Selbstmord“, die Tür zur Debatte über die Atomkraft zu schließen. Dabei schützen nur erneuerbare Energien und Sparen vor einer Abhängigkeit.

Der Sozialist Almunia wirbt immer offener für die Atomkraft. Am 16. Januar 2006 hatte er es bei einem Gespräch mit der spanischen Presseagentur Europa Press als „Selbstmord“ bezeichnet, die Zukunft der Atomkraft nicht mit Gelassenheit und mit intellektueller Aufrichtigkeit und Transparenz zu analysieren. Diesmal trieb angeblich der hohe Ölpreis von „61 Dollar“ pro Barrel den „besorgten“ Almunia vor die Mikrophone.

Die Energiepreise würden hoch bleiben oder weiter steigen, kündigte er an. Die Lage müsse unter diesen „veränderten Bedingungen neu analysiert werden“, forderte Almunia, der sich als „schweigsam“ in der Atomfrage bezeichnete.

Dabei lässt der Währungskommissar, mit dessen Ressort die Energiepolitik der EU nur marginal zu tun hat, keine Gelegenheit aus, um die Diskussion im Sinne der Atomlobby anzuleiern, von der er sich verbal aber abgrenzt. Almunia befindet sich dabei in guter Gesellschaft mit vielen Konservativen. So fordert auch der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber eine „breite gesellschaftliche Debatte“ über die Atomenergie, die „ohne ideologische Festlegungen“ geführt werden soll.

Stoiber will aus dem Ausstieg aussteigen, Almunia will nicht, dass zu Hause mit dem Ausstieg begonnen wird. Deshalb hat er sein Weisheit bewusst in Madrid verkündet. Die beiden nutzten schon den Gasstreit zwischen Russland und der Ukraine, um vor der Energieabhängigkeit Europas zu warnen, um die Atomkraft wieder verstärkt auf die Tagesordnung zu setzen (Russland sitzt am

längeren Hebel). Die Debatte um die Atomenergie sei „unvermeidlich“, meinte Almunia dazu und erklärte die Energiepolitik zur „Priorität“ und offenbar zu seiner neuen Kompetenz. Schließlich fühlt sich Almunia „unwohl“, wegen der EU-Abhängigkeit von Energieimporten.

Obwohl er von dem versprochenen Ausstieg aus der Atomkraft nichts hält, mit dem seine Sozialisten die Wahlen gewannen, verwundert seine Argumentation. Wäre Europa oder Spanien von Energieimporten über mehr Atomkraft etwa unabhängiger? Abgesehen von den Gefahren und der ungelösten Atommüllfrage wird auch Uran dann knapp werden, wenn Öl und Gas zur Neige gehen (Scheingefechte mit Argumenten von 16.01.2006).

Natürlich fehlt auch bei Almunia der Verweis auf das Klimaschutzabkommen von Kioto nicht. Auch hier findet er sich in guter konservativer Gesellschaft wieder. Schon 2002 hatte die damalige spanische ultrakonservative Vizepräsidentin der EU-Kommission versucht, die Ausstiegsdebatte ökologisch verbrämt umzudrehen: „Entweder wir wollen Kioto umsetzen und behalten die Kernenergie bei oder wir verzichten auf Kioto und auf die Kernenergie, so einfach ist das“, hatte die Atomfreundin Loyola de Palacio verkündet).

Das sagte sie ausgerechnet auf einer Konferenz, die in einer Region stattfand, die schon damals 90 Prozent seines Stroms über erneuerbare Energien deckte. Warum verketteten ausgerechnet Spanier aller Couleur die Atomkraft ständig mit Kioto? Obwohl das Land 50 Prozent seines Stroms aus AKWs bezieht, steht es an der Spitze der EU-Länder beim Verstoß gegen das Kioto-Abkommen (Spanien liegt an der Spitze beim Verstoß gegen Kioto).

Die Umweltorganisation Greenpeace hatte vor dem letzten Klimagipfel in Montreal vorgerechnet (8), dass Spanien seine Energieversorgung mehrfach aus erneuerbaren Quellen beziehen könnte. Das wurde in der umfassendsten Energiestudie festgestellt, die je für das Land erstellt wurde. Das Sonnenland, das heute nur wenige Prozent des Energiebedarfs aus erneuerbaren Quellen deckt, könnte die für 2050 berechnete Energiemenge von 280 Terawattstunden demnach gleich zehnfach

abdecken. Strom stehe sogar in 55facher Menge zur Verfügung.

Größte Energieverschwendung bei Wohngebäuden, Autos und Geschäften

Erneuerbare Energien sind die einzige Möglichkeit um Europa weitgehend unabhängig von Energieimporten zu machen und die Klimaschutzziele zu erfüllen. Spanien könnte mit seinem riesigen Potential dafür der Vorreiter sein. Doch genau das Gegenteil ist der Fall, es wird auf zweifelhafte Technologie und wieder auf Atomkraft gesetzt, bevor im April der erste spanische Reaktor vom Netz geht. Den Schrottreaktor Zorita hatte der Rat für Reaktorsicherheit (CSN) schon vor Jahren als „alt, obsolet und fehlerhaft“ bezeichnet und seine Abschaltung verlangt. Wegen mangelnder Sicherheitsvorkehrungen war es Greenpeace 2003 erstmals sogar gelungen, mit Zorita einen Atommeiler zu besetzen.

Auch das Umweltministerium stellt der eigenen Regierung schlechte Noten aus. Eine neue Wohnung in Spanien verbraucht 40 Prozent mehr Energie als eine Vergleichswohnung im Nachbarland Frankreich, räumte der Generalsekretär für Kontaminationsprävention und Klimaschutz im Umweltministerium ein. Er macht dafür die fehlende Isolierung verantwortlich, die „vollständig aufgegeben wurde“, sagte Arturo Gonzalo Aizpiri. Dies sei auch deshalb „schlimm“, weil in dem Land derzeit so viele Wohnungen gebaut werden wie in Frankreich, Deutschland und Italien zusammen, die dazu auch noch „ineffizient“ seien.

Die Regierung versagt in der gesamten Wohnungspolitik. Die Wohnungspreise steigen wegen der aufblähenden Immobilienblase enorm, obwohl so viele Wohnungen wie nie gebaut werden. Im vergangenen Jahr waren es fast 740.000 und 2006 sollen es sogar 800.000 sein. Wer eine Wohnung braucht, kann sie entweder nicht bezahlen oder muss sich bis lebenslang verschulden (Verschulden auf Lebenszeit in Spanien) und bekommt dafür schlechte Qualität. Wegen fehlender Bauauflagen wird die massive Vergeudung von Energie für Heizung im Winter und für Kühlung in den immer heißeren und trockeneren Sommern so auf lange Zeit vorprogrammiert.

Es ist klar, dass die Klimaschutzziele so weiter in die Ferne rücken. In Spanien seien vor allem die Privatwohnungen, die Autos und die Geschäfte für den steigenden Energiebedarf und den Ausstoß von Klimagas verantwortlich, auch wenn gemeinhin die Industrie dafür verantwortlich gemacht werde, stellte Aizpiri fest. Doch statt an den genannten Punkten anzusetzen, hat die Regierung schnell eine Energiesteuer eingeführt. Verbraucher werden speziell zur Kasse gebeten, wenn sie wegen der fehlenden Isolation zu viel Energie verbrauchen.

Angesichts fehlender Weitsicht und Mut ist es offenbar leichter, an der altbackenen gefährlichen Atomkraft festzuhalten. So bereitet auch Spanien den Einstieg in die neue europäische Reaktorlinie vor. In Finnland hat der Bau des ersten European Pressurized Reaktor (EPR) schon begonnen, hinter dem Siemens und die französische Framatome stehen. Ein Vorzeigereaktor für die Renaissance der Atomkraft soll auch im französischen Flamanville entstehen, hat das französische Parlament entschieden.

Während Politiker wie Almunia schon die Werbetrömmel rühren, damit aus dem Projekt auch ein europäischer Verkaufsschlager wird, mobilisieren die Atomkraftgegner zum 20. Jahrestag der Atomkatastrophe in Tschernobyl gegen das Projekt.

Website:

<http://www.telepolis.de/r4/artikel/21/21808/1.html>

British-chinesisches Abkommen über emissionsarme Kohletechnologie

[Britische Botschaft in Berlin, 12.2005] Großbritannien und China haben ein bahnbrechendes Abkommen über die Entwicklung einer sauberen Kohletechnologie unterzeichnet. Das Projekt reicht bis zum Jahr 2020 und soll die Vorteile der geologischen Bindung und Lagerung von Kohlenstoff bei der Verbrennung von Kohle zur Energiegewinnung sowohl in China als auch der EU demonstrieren. Das Abkommen ist umso bedeutender, da es zu einem Zeitpunkt abgeschlossen wird, in dem Berechnungen belegen, dass die steigende Kohleverbrennung in China zu einem rasch wachsenden Ausstoß von Kohlendioxid führt.

Das Abkommen wurde am 21. Dezember 2005 in Peking vom chinesischen Minister für Wissenschaft und Technologie Xu Guanghua und dem wissenschaftlichen Berater der britischen Regierung Sir David King offiziell unterzeichnet.

Großbritannien hat die erste Phase des Demonstrationsprojekts übernommen, das mit 3,5 Millionen GBP (etwa 5,18 Euro) aus seinem Ministerium für Umwelt, Ernährung und ländliche Angelegenheiten (Defra) und seinem Ministerium für Handel und Industrie (DTI) finanziert wird. In einer über drei Jahre gehenden Machbarkeitsstudie wird die Realisierbarkeit verschiedener technischer Verfahren für die geologische Bindung und Lagerung von Kohlendioxid in China, das bei der Verbrennung von Kohle zur Energiegewinnung ausgestoßen wird, untersucht.

Die britische Umweltministerin Margaret Beckett erklärte zu diesem Abkommen: „Dieses Abkommen beweist, dass Großbritannien und China gemeinsam etwas gegen die globale Herausforderung des Klimawandels unternehmen. Es ist ein weiteres Beispiel für die ausgezeichneten Fortschritte, die wir in diesem Jahr über unsere Präsidentschaft in der G8 und der EU erreicht haben. Der Kohlendioxidausstoß durch die Kohleverbrennung zur Energiegewinnung steigt schnell und ist ein ernsthaftes Problem für die langfristige Stabilität des Klimas. Die Technologie zur Bindung und Lagerung von Kohlenstoff ist für die Bekämpfung der Folgen dieser Form der Energieerzeugung von enormer Bedeutung, und daher begrüße ich den heutigen Abschluss dieses Abkommens mit Nachdruck.“

Den Wortlaut der Pressemitteilung des Ministeriums für Umwelt, Ernährung und ländliche Angelegenheiten Defra finden Sie unter:

<http://www.defra.gov.uk/news/2005/051221d.htm>

Weitere Informationen finden Sie auf der Defra-Website:

<http://www.defra.gov.uk/environment/climatechange/internat/devcountry/china.htm>

11. DEBATTE

Klum statt Klimakonferenz!

[Martin Unfried, taz, 28.01.2006] Der Klimaschutz muss raus aus den Nachrichtensendungen und rein in „Wetten, dass ...?“. Erst wenn Heidi Klum bei der Laudatio auf tapfere Stromrebellin weinend zusammenbricht, wird alles gut

Schluss mit dem Gequatsche über Kioto: Das ist meine Erkenntnis aus dem vergangenen Jahr. Diese gut gemeinten aufklärenden Berichte, die Auf-sager der besorgten Korrespondenten zerstören wahrscheinlich das Weltklima mehr als alle chinesischen Kohlekraftwerke zusammen. Diese harmlosen Fernsehbilder nämlich laden unentwegt negativ auf. Sie vermiesen uns den schönen Klimaschutz, also auch das faszinierende Sparauto, das Passivhaus, die Bahnfahrt und das Solarmodul.

Das funktioniert so: Kuckt man einen 90-Sekunden Fernsehbericht, zuletzt etwa zum Klimagipfel in Montreal, dann überfällt einen sofort der Weltschmerz. Es bleibt nichts als ein ungutes Gefühl der Ohnmacht. Die Sache ist ja mulilateral so verflucht verwickelt, unglaublich volkswirtschaftlich anstrengend (was das kostet!) und am Ende sowieso immer wieder amerikanisch hunds-gemein (Hummer!). Gern wird das Ganze auch noch moralisch verrührt, denn ein jeder soll sich erst mal immer selbst an die eigene Vielfliegernase fassen. Seit einem Jahrzehnt wiederholt sich das. Eine dermaßen miese Aufladung haben nicht mal Osthoff und Guantánamo zusammen.

Darum braucht der Klimaschutz dringend ein neues Marketing. Er muss elektrisieren und nicht deprimieren. Er muss raus aus den Nachrichten und rein in die Unterhaltungssendungen. Und er muss von seinen größten Gegner lernen, den Klimaschändern. Deren positives Image ist doch nicht gottgegeben! Des Volkes Liebe und Leidenschaft ist ehrlich gekauft und geschmiert.

Nehmen wir als Beispiel die Samstagabendunterhaltungssendung „Wetten, dass...?“ (heute wieder, 20.15 Uhr): Zuletzt ließ man einen VW Touareg ein Rennen gegen eine Pferdekutsche fahren. Am Steuer sitzt die sympathische Rallyefahrerin Jutta Kleinschmidt mit VW-Emblem (40 x 40cm)

auf dem Overall. Abermillionen Deutsche spüren sofort, welche positive Aufladung hier von Moderator Thomas Gottschalk und der Kleinschmidt rüberspringt zu diesem herrlichen Wüstenfahrzeug.

Das klappt auch mit Kevin Kuranyi, einem Fußballspieler, der in der neuen B-Klasse von Mercedes angekart wird. Ist doch freundlich, wie diese B-Klasse uns und den DFB zum WM-Titel fährt, oder? „Toller Wagen“, sagt der Thommy en passant, und damit steht es 2:0 für die CO₂-Monster. Man darf gespannt sein, was heute Abend alles beworben wird.

Es gilt nun, nicht zum wiederholten Mal darüber zu klagen, sondern davon zu lernen. Also, Freunde des Klimaschutzes: Wir kaufen uns auch im ZDF ein. Das DFB-Sponsoring von „Wetten, dass ...?“ übernimmt Enercon, der größte deutsche Windanlagenbauer. Leise surrt im Werbeclip eine schicke Windmühle über den Köpfen der deutschen Fußballer. Gottschalks Text lautet: „Super Anlage. erinnert mich an Pamela Anderson! „ Er muss sich sowohl für die Schönheit der neuen E 112 begeistern (Bildvorschlag: Super Slow Motion drehender Rotoren zur Musik von „Wind of Change“) als auch für die Finanzanlage am Windpark, die der ZDF-Zuschauer gewinnen kann (Gottschalk: „Wahnsinns-Rendite!“).

Dann kommt die Wette: Elektroingenieur Jürgen kann photovoltaischen Strom mit der Zunge am angenehmen Kribbeln von Stein-, Braunkohlen- und Atomstrom unterscheiden. Er trägt einen Overall von „Solarworld“, dem hoffungsvollen Shootingstar am Aktienhimmel.

Danach folgt das „Sportstudio“. Präsentiert von Twike, dem superleichten Elektrotrend-Mobil. Und am nächsten Abend ist Promigala: die Vergabe des Eurosolarpreises zur besten Sendezeit um 20.15 Uhr, diesmal in der ARD.

Heidi Klum hält eine Laudatio auf die Schönauer Stromrebellin und beginnt zu weinen, als sie vom Kampf gegen die Konzerne erzählt. Am Ende überreicht Franz Beckenbauer an den Solarpapst und SPD-MdB Hermann Scheer den Scheck für das von OBI gesponserte 1.000-Megawatt-PV-Kraftwerk auf 10.000 Fußballstadien der Republik.

Sehen Sie: Das ist es, was ich unter positiver Aufladung verstehe. Nur so kommen der Klimaschutz und seine Produkte raus aus der Sauerbierecke.

Wer braucht denn dann noch diese lächerlichen Klimagipfel mit ihren Pipifaxbeschlüssen? Die Amerikaner und Chinesen werden auf den Knien heranschrubben, um zu erkunden, warum wir hier so blühen.

Ja, wir werden blühen — im Glanze des Glückes der Effizienzrevolution und im Nirwana der ewig Erneuerbaren.

Ökosteuer-Freiheit für die Bahn!

[Franz Alt, 2005] Kein Verkehrssystem belastet die Umwelt so wenig mit Schadstoffen wie die Bahn — aber die Bahn ist der größte Ökosteuerzahler. Das ist ungerecht gegenüber dem Auto und total unfair gegenüber dem Flugzeug, wo für den Treibstoff noch immer überhaupt keine Steuer bezahlt werden muss.

Zu den grundsätzlichen Umweltvorteilen der Bahn kommt hinzu, dass die Deutsche Bundesbahn zwischen 1990 und 2004 ihren Strom- und Dieserverbrauch auf die Verkehrsleistung bezogen um 22 Prozent reduzieren konnte — Ende 2005 dürften es 25 Prozent sein.

Alle Lokführer haben in Kursen gelernt, so sanft zu fahren, das Strom oder Diesel gespart wird. Innovative Antriebstechniken sorgen außerdem dafür, dass beim Bremsen nicht nur Reibungswärme, sondern auch Strom produziert wird. So speisten ICE, S-Bahnen und E-Loks 2004 fast 600 Gigawatt Stunden Strom in die Oberleitung ein. Das entspricht der Jahresleistung von etwa 250 Windrädern. Dadurch hat die Bahn ihren Umweltvorsprung gegenüber anderen Verkehrsmitteln noch ausgebaut, den Pkw und Flugzeuge belasten heute die Umwelt mehr als 1990.

Mit ihrem „Klimaschutzprogramm 2020“ will die Deutsche Bahn bis 2020 weitere 15 Prozent CO₂ einsparen. Dafür sollte die neue Bundesregierung der Bahn endlich die Ökosteuern ermäßigen oder erlassen. Klaus Töpfer fordert schon seit 15 Jahren Steuern auf Benzinsprit: „Es ist ökologisch ein Unsinn, den Treibstoff so weit herunter zu subventionieren, dass Flüge für 10, 20 oder 30 Euro zu haben sind.“

Die Grünen und die großen Umweltverbände verlangen zurecht faire Umweltbedingungen für die Bahn und eine Kerosinsteuer für Flugzeuge. Langfristig kann Arbeit in Deutschland nur billiger werden, wenn Energieverbräuche teurer werden. Bis 2050 könnte der Flugverkehr bis zu 16 Prozent für die weltweiten CO₂-Emissionen verantwortlich sein.

Die globale Wettervorhersage ist besorgniserregend. Jeder voll besetzte ICE und jede Straßenbahn erspart der Umwelt Feinstaub, Verkehrslärm, Klimabelastung und noch mehr Parkhäuser. Jeder voll besetzte ICE holt 500 Autos von der Autobahn.

[...] Partikelaustritt seit 1990 um 86 Prozent gesenkt Die „Dreckschleudern“ sind bei der Bahn ausgestorben. Durch neue Motoren und mehr elektrisch betriebene Züge konnte der Ausstoß von Dieselpartikeln in den vergangenen 15 Jahren von 4370 auf 607 Tonnen reduziert werden, ein Rückgang um 86 Prozent. Allein im Jahr 2004 sank der Partikelaustritt um 6,6 Prozent, auch der Ausstoß weiterer Luftschadstoffe wurde gegenüber 2003 spürbar gesenkt: Stickoxide um 4,7 Prozent, Schwefeldioxid um 4,1 Prozent und Kohlenmonoxid um 5,6 Prozent. Spezifischer Energieverbrauch sinkt weiter Die Bahn befördert Fahrgäste und Güter immer effizienter an ihr Ziel. Der „spezifische Energieverbrauch“, der benötigt wird, um einen Reisenden bzw. eine Tonne Fracht über 100 Kilometer zu befördern, sank 2004 gegenüber dem Vorjahr im Personenverkehr um knapp sechs Prozent, im Güterverkehr um vier Prozent. Für 100 „Tonnenkilometer“ verbrennt ein Lkw sechs Liter Dieselpowerstoff, die Bahn umgerechnet nur 1,4 Liter.

[...] Alle 14000 Lokführer des Personenverkehrs haben in den vergangenen beiden Jahren trainiert, wie man auf der Strecke Energie spart und trotzdem pünktlich ist. Den Erfolg kann man messen: Zwischen Hamburg und München spart ein ICE mit vorausschauender Fahrweise 4000 Kilowattstunden Strom ein - so viel wie eine vierköpfige Familie im Jahr verbraucht. Weil das „Programm Energiesparen“ des DB Personenverkehrs so erfolgreich ist, werden künftig auch die Lokführer des Güterverkehrs entsprechende Kurse absolvieren.

[...] Auch Lärmschutz gehört zum Umweltschutz, darum hat die Bahn 2004 rund 30 Kilometer Lärmschutzwände errichtet und 7800 Wohnungen entlang von stark befahrenen Strecken mit Schallschutzfenstern ausgestattet. Außerdem packt die Bahn da an, wo der Lärm entsteht: In neue Güterwagen werden beispielsweise seit 2001 so genannte Flüsterbremsen mit Kunststoffsohle eingebaut, die die Lärmemission erheblich verringern.

Die Bahn lässt in Sachen Nachhaltigkeit nicht locker und hat konkrete Ziele in ihrem Umweltprogramm definiert: So soll beispielsweise bis zum Jahr 2008 die Abfallmenge um zehn Prozent reduziert werden. Und bis zum Jahr 2020 will die DB den Ausstoß des Treibhausgases Kohlendioxid ausgehend vom Jahr 2002 noch einmal um mindestens 15 Prozent verringern. Außerdem wird bis 2020 eine Halbierung des Lärms angepeilt.

Bahn zahlt fast 200 Millionen Euro Ökosteuern. Mit 192 Millionen Euro zählte die Bahn 2004 zu den größten Ökosteuernzahlern. Obwohl die Politik nicht müde wird, die Bedeutung der Schiene als besonders umweltverträgliches Verkehrsmittel zu betonen, wird die Deutsche Bahn gegenüber anderen Verkehrsmitteln weiterhin steuerlich benachteiligt: Luftverkehr und Binnenschiffe zahlen weder Mineralöl — noch Ökosteuern, Auch vom Emissionshandel sind die Konkurrenten der Bahn bisher kaum erfasst worden, während bei der Bahn hierdurch die Strompreise steigen.

Energiepolitik kompetenten Politikern überlassen:

Schluss mit dem 30-jährigen Stillstand in der energiepolitischen Debatte

[DNR Redaktionsbüro, 09.01.2006] Im Gegensatz zum hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch fordert die atomkritische Ärzteorganisation IPPNW, sich endlich aus der Atomenergie und „von dieser leidigen Diskussion darüber“ zu verabschieden. Die IPPNW kritisiert den seit 30 Jahren andauernden Stillstand in der energiepolitischen Debatte und mahnt eine rasche Umsetzung der dringend notwendigen Maßnahmen zur Umsteuerung der Energiewirtschaft an.

„Schon vor 30 Jahren wurde uns mit zwei Ölpreiskrisen die Endlichkeit von Erdöl drastisch

vor Augen geführt, und dennoch ist unser Verkehrssystem noch immer fast vollständig abhängig von diesem Rohstoff. Seit 30 Jahren belästigen uns Energiemanager und Politiker mit Vorschlägen für neue Atomkraftwerke, obwohl der Brennstoff Uran ebenso knapp ist wie Öl und niemand diese gefährlichen Anlagen will. Seit 30 Jahren ist auch die Endlichkeit von Erdgas bekannt und dennoch verrohrte die Energiewirtschaft dieses Land mutwillig mit Gasleitungen, um in der jetzt beginnenden Endphase der Erdgasnutzung exorbitante Preise von den Menschen abkassieren zu können, die im Winter ihre Wohnungen warm bekommen möchten. Wir müssen dieses vollständige Versagen der Energiewirtschaft endlich zur Kenntnis nehmen“, sagte der Energiereferent der IPPNW, Henrik Paulitz. „Seit 30 Jahren hören wir in dieser Debatte — so auch jetzt wieder — die immer gleichen Scheinargumente gepaart mit den immer gleichen inkompetenten Vorschläge.“

Die Energiepolitik gehört nach Auffassung der IPPNW zu den wenigen Politikbereichen, die bereits vor 30 Jahren „intellektuell gelöst“ worden sind. Im Anschluss an die Ölpreiskrisen der 1970er Jahre seien Energiekonzepte erarbeitet worden, die in ihren Grundaussagen auch heute noch Gültigkeit hätten. Ganze Aktenschranke seien mit Szenarien gefüllt worden und parlamentarische Ausschüsse und Kommissionen hätten sich damit befasst. Es gebe im Grunde eine sehr breite gesellschaftliche Übereinstimmung darin, dass der Energieverbrauch gesenkt und die Energieversorgung in allen drei Verbrauchssektoren Strom, Wärme und Verkehr zügig auf erneuerbare Energien umgestellt werden müsse. „Selbst die oftmals überschätzten Ratgeber aus der Energiewirtschaft und der Großbanken räumten dies in den letzten Jahren häppchenweise ein“, so Paulitz. „Doch wenn es um einzelne Anlagen wie die Atomkraftwerke geht, dann blockieren die Manager aus kurzfristigem Profitinteresse die notwendigen Entscheidungen.“ Bei den jetzt anstehenden Investitionsentscheidungen in der Energiewirtschaft muss aber nach Auffassung der IPPNW das Allgemeinwohl ausschlaggebend sein.

„Der jüngste Erdgasstreit hat uns einen kleinen Vorgeschmack darauf gegeben, welche Auseinandersetzungen in der Energiepolitik uns in Zukunft

noch bevorstehen“, so Paulitz. „Längst werden Kriege um Öl und andere knappe Rohstoffe geführt. Die Energiepreise werden in die Höhe schnellen und soziale Auseinandersetzungen zur Folge haben, weil vermutlich viele Menschen in Deutschland ihre Wohnungen bald nicht mehr heizen können. Seit Jahrzehnten leisten wir uns auch eine absurde Debatte darüber, ob Windräder schön sind oder nicht, obwohl doch allen Beteiligten klar ist, dass wir diese Anlagen schlichtweg brauchen, egal ob sie einen Schönheitswettbewerb gewinnen oder nicht.“

Nach Auffassung der IPPNW sollte man sich endlich von den falschen Ratgebern verabschieden. Wenn beispielsweise der Bundesverband der Deutschen Industrie — gestützt auf das Energiewirtschaftliche Institut der Uni Köln — eine Studie zur Atomenergie veröffentlichte, in der ein konstanter Uranpreis unterstellt werde, obwohl dieser bereits in den vergangenen fünf Jahren um 400 Prozent angestiegen sei, dann könne man diese Institutionen einfach nicht mehr ernst nehmen. „Auch darf man die Energiewirtschaft und die Großbanken nicht länger zu Rate ziehen, weil diese natürlich nur ihre Geschäftsinteressen im Sinn haben, nicht aber das Wohl der Bevölkerung“, so Paulitz. „RWE, E.ON, EnBW, Vattenfall, Ruhrgas, Siemens, Deutsche Bank und wie sie alle heißen sollten endlich ihre Lobbyisten aus Berlin abziehen.“

Die IPPNW fordert, die Energiepolitik endlich kompetenten Politikern wie zum Beispiel Hermann Scheer zu überlassen, die etwas von der Sache verstehen. „Immerhin waren es die Abgeordneten des Deutschen Bundestages, die vor Jahren gegen den Druck der Konzerne in einer parteiübergreifenden Aktion das damalige Stromeinspeisegesetz verabschiedeten und so einen wichtigen Schritt zur Energiewende vollzogen“, so Paulitz. „Die Konzerne müssen die Politiker endlich in Ruhe lassen. Und umgekehrt sollten Politiker aufhören, die Interessen der Konzerne zu vertreten.“

12. LINKS + PUBLIKATIONEN

Einfluss von Lobbygruppen zur ÖSR in Deutschland

Eine wissenschaftliche Untersuchung von Niels Anger, Christoph Boehringer und Andreas Lange vom Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung untersucht den Erfolg von verschiedenen Lobbygruppen bei der Ausgestaltung der Ökologischen Steuerreform in Deutschland.

Download (englisch): [„Differentiation of Green Taxes: A Political-Economy Analysis for Germany“](#)

Market-based instruments for environmental policy in Europe

Der neue englischsprachige *EEA Technical report 2005* über „Market-based instruments for environmental policy“ in Europa ist jetzt auf der Homepage von der EEA zu lesen und herunterzuladen. Er umfasst auch Artikel über Umweltabgaben und Steuern.

http://reports.eea.eu.int/technical_report_2005_8/en/EEA_technical_report_8_2005.pdf

http://reports.eea.eu.int/eea_report_2006_1/en/EEA_report_1_2006.pdf

Wuppertal Bulletin

Die neue Ausgabe des „Wuppertal Bulletin zu Instrumenten des Klima- und Umweltschutzes“ ist erschienen.

Sie plädiert für die Herstellung von Kostentransparenz bei der Siedlungsentwicklung, erklärt die Strategische Umweltprüfung, diskutiert den EU-Vorschlag zur Reduzierung des Klimaeinflusses im Luftverkehr, fragt, was der Clean Development Mechanism mit Verkehrsprojekten und mit Entwicklungshilfe zu tun hat, und beleuchtet das reputierliche Umfeld, das dem Irak die Erhebung von Ölabgaben ermöglichte. Im Vorwort geht Chefredakteur Hans-Jochen Luhmann auch auf das FÖS-Kurzkonzept zur Vermeidung einer nicht-ökologischen Mehrwertsteuererhöhung ein.

<http://www.wupperinst.org/wuppertal-bulletin/>

Guter Promotion-Film für die Ökologische Steuerreform

Auf der Website der Organisation Noé21 finden Sie einen interessanten Film über Umweltschutz und Ökologische Steuerreform in französisch „[Demain j'arrête](#)“ und englisch „[Tomorrow I quit](#)“.

„Die ökologische Wende der EU-Regionalpolitik“ von Philipp Schepelmann

Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für eine ökologische Wende der EU-Regionalpolitik sind scheinbar ungünstig. Dem Vorsorgeprinzip der Umweltpolitik liegt die Annahme zugrunde, dass man auf bestimmte Tatsachen reagieren muss, weil sonst Schäden entstehen. Nach dem Soziologen Niklas Luhmann entspricht dies jedoch einer allzu einfachen Alltagsvorstellung. Der Ökonom Hans-Jochen Luhmann diagnostiziert hinsichtlich der Wahrnehmung von ökologisch relevanten Informationen eine regelrechte „Blindheit der Gesellschaft“. Blockaden bei der Umsetzung von Umweltpolitik scheinen diese Befunde zu bestätigen. Der Planungswissenschaftler Arthur Benz meint in diesem Kontext, dass man bei der Durchsetzung von Planungskontrolle eben nicht mit dem freiwilligen Lernen der Akteure rechnen dürfe.

Wie lässt sich unter diesen Bedingungen eine ökologische Wende der Europäischen Regionalpolitik umsetzen? Ist der Planungspessimismus, der sich in Deutschland nach einem Planungsoptimismus der 1970er Jahre durchgesetzt hat, gerechtfertigt? Welchen Wert können zielorientierte Instrumente wie etwa Indikatoren für die Umweltplanung in der Regionalpolitik noch haben?

Vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Differenzierung beleuchtet der Umweltwissenschaftler Philipp Schepelmann die Probleme, die bei der Anwendung von Umweltindikatoren in der regionalen Wirtschaftsförderung auftauchen.

Für seine empirische Untersuchung im Ziel-2 Gebiet der EU-Strukturfonds in Nordrhein-Westfalen entwickelt er in Anlehnung an die soziologische Systemtheorie das Konzept der Resonanz. Resonanz bezeichnet die aktive Reaktion von sozialen Systemen auf Umweltprobleme als Voraussetzung

für eine zielorientierte Umweltpolitik. Die Resonanz von Policy-Netzwerken gegenüber Umweltindikatoren kann nachgewiesen und verglichen werden. Am Beispiel der umweltpolitischen Indikatoren des Lissabon-Prozesses der Europäischen Union wird die regionale Resonanz von Indikatoren in verschiedenen Policy-Netzwerken untersucht.

Das Ergebnis der Resonanzanalyse ist aus planerischer Sicht überraschend positiv: Es gibt nicht nur Blindheit und Untätigkeit gegenüber ökologischen Herausforderungen; differenzierte Policy-Netzwerke leiten in NRW erfolgreich eine ökologische Wende der EU-Regionalpolitik ein.

Philipp Schepelmann: „Die ökologische Wende der EU-Regionalpolitik“. Die regionale Resonanz von umweltpolitischen Indikatoren des Lissabon-Prozesses der Europäischen Union Studien zur Umweltpolitik, Bd. 8 Hamburg 2005, 346 Seiten ISBN 3-8300-2146-1

philipp.schepelmann@wupperinst.org

Was bedeutet der Klimawandel für die Wirtschaft?

[*Britische Botschaft in Deutschland, 31.01.2006*] Dies ist der Titel eines Vortrags, den Sir Nicholas Stern, Leiter der Untersuchung zu den ökonomischen Aspekten des Klimawandels („Stern Review“), am 31. Januar vor dem Institut für Wirtschaftspolitik in Oxford hielt.

Im Hinblick auf die Auswirkungen des Klimawandels für die Wirtschaft beleuchtete Sir Nicholas in seinem Vortrag eine Reihe zentraler Fragen: Der Klimawandel ist ein schwerwiegendes und dringendes Problem, und in der Wissenschaft herrscht übereinstimmend die Auffassung, dass menschliche Aktivitäten eine Erderwärmung verursachen. Das Problem hat globale Dimensionen, sowohl in den Ursachen als auch in den Folgen. Die Auswirkungen werden je nach Ort unterschiedlich stark sein, wobei jedoch die Menschen, die am wenigsten in der Lage sind, sich auf die Veränderungen einzustellen, am frühesten und am stärksten von den Auswirkungen betroffen sein dürften.

Der Klimawandel beeinflusst die Umwelt und damit auch wirtschaftliche und soziale Aktivitäten, was Auswirkungen auf das Wohlergehen der Menschen und mögliche Wachstums- und Entwicklungstrends haben wird.

Es gibt beträchtliche Möglichkeiten zur Minderung der Kohlendioxidemissionen durch vorhandene Technologien, und der Politik steht ein umfangreiches Instrumentarium zur Verfügung, um Erzeugungs- und Verbrauchsmuster gemäß den Prioritäten der Energiepolitik zu verändern und zu steuern.

Man hofft, mit dieser Untersuchung ein besseres Verständnis der mit dem Klimawandel verbundenen Herausforderungen zu bewirken, welches wiederum die Grundlage für weitere gemeinsame Maßnahmen auf internationaler Ebene bilden kann.

Zu Sir Nicholas Sterns Vortrag wurde auch ein kurzes Begleitpapier veröffentlicht, das auf der Webseite des Stern Review zu finden ist:

http://www.hm-treasury.gov.uk/media/213/42/What_is_the_Economics_of_Climate_Change.pdf

Das Team, das die Untersuchung durchführt, würde sich sehr über Rückmeldungen und Reaktionen zu diesem Papier freuen, entweder per E-Mail an oxonia.responses@sternreview.org.uk oder per Post an: Oxonia Responses, Stern Review, 2/35, 1 Horseguards Road, London SW1A 2HQ.

Hintergrundinformationen

Schatzkanzler Gordon Brown hatte Sir Nicholas Stern im Juli 2005 mit der Untersuchung der wirtschaftlichen Aspekte des Klimawandels beauftragt, um mehr darüber zu erfahren, welche Herausforderungen der Klimawandel für die Wirtschaft mit sich bringt und wie man ihnen begegnen kann, sowohl in Großbritannien als auch weltweit.

Die Überprüfung wird vom Kabinettsamt und Finanzministerium gemeinsam getragen. Der Abschlussbericht soll dem Premierminister und dem Schatzkanzler im August 2006 vorgelegt werden. Die Untersuchung erfolgt im Rahmen der beste-

henden nationalen und internationalen Klimaschutzpolitik.

Weitere Informationen finden Sie auf: <http://www.sternreview.org.uk>

Ökologische Transformation der Energiewirtschaft, Erfolgsbedingungen und Restriktionen

Mit Beiträgen von Dierk Bauknecht, Mischa Bechberger, Ulrich Best, Ruth Brand, Roman Buss, Matthias Corbach, Corinna Fischer, Alexander Hakenjos, Martin J. Ivanov, Uwe Leprich, Germán Massabié, Dörte Ohlhorst, Brisa Ortiz, Barbara Praetorius, Danyel Reiche, Harald Rohracher, Raphael Sauter, Maike Sippel, Annika Sohre, Philipp Späth, Ines Steinhauer und Dennis Tänzler.

Zum Inhalt:

Dieser Sammelband basiert auf einem Workshop der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU). Er umfasst Beiträge von Wissenschaftlern verschiedenster Disziplinen und stellt einzelne „Bausteine“ für einen ökologischen Transformationsprozess der Energiewirtschaft vor. Diese identifizierten Bausteine lassen sich fünf Bereichen zuordnen:

- der Frage nach den Durchsetzungsmöglichkeiten eines ökologischen Transformationsprozesses,
- ihren Trägern (Akteuren),
- ihren politischen Triebkräften im Mehrebenensystem,
- den benötigten politischen und
- technischen Rahmenbedingungen.

Bis auf die thematische Einführung folgen alle Beiträge einem einheitlichen Muster: Thematisiert werden jeweils die gewählte Methodik, der Beitrag des Untersuchungsgegenstandes zu einer ökologischen Transformation sowie die vorhandenen Realisierungshindernisse. Diese Veröffentlichung fördert damit ein besseres Verständnis der Restriktionen eines ökologischen Transformationsprozesses der Energiewirtschaft sowie der Verbreitung der Faktoren, die zu ihrer Überwindung führen können.

Bestellmöglichkeit und weitere Informationen unter:

<http://www.esv.info/id/350309313/katalog.html>

Die Ökologie des Wissens. Exkursionen in eine gefährdete Landschaft

Das allgemeinverständlich geschriebene Buch wirft einen unorthodoxen, kritischen Blick auf unsere heutige Wissenschaft, „das Land des Wissens“. Indem der Autor es behandelt, als wäre es eine reale Landschaft, kommen viele beunruhigende Parallelen ins Blickfeld.

Auf drei weit ausholenden „Exkursionen“ dorthin sieht man, dass unser nur teilweise intelligenter, tatsächlich ziemlich gefährvoller Umgang mit jener inneren Landschaft unserem oft fragwürdigen und kurzsichtigen Umgang mit den äußeren Landschaften in nichts nachsteht. Hier gibt es einen Zusammenhang: Die Verwüstungen, die wir in diesen anrichten, haben ihre Ursache in den gefährlich gewordenen Konzepten in unseren Köpfen. Leitvorstellungen aus Verwaltung, Politik und Wirtschaft überlagern in der heutigen Wissenschaft und ihren Institutionen häufig die eigentlichen Werte und Ziele des Wissens.

Das Resultat ist eine neuartige, kritische, ökologische Wissenschaftstheorie: die an vielen Einzelproblemen belegte Notwendigkeit eines deutlichen Wandels des gegenwärtigen Wissenschaftsverständnisses und seiner gängigen Wissenschaftspraxis.

Peter Finke: „Die Ökologie des Wissens. Exkursionen in eine gefährdete“ Landschaft. Freiburg/München: Karl Alber Verlag 2005, (404 Seiten, kartoniert 28,- Euro. ISBN: 3-495-48137-0.

FiFo-Newsletter Nr.2, Januar 2006

Der neue Newsletter des Finanzwissenschaftlichen Forschungsinstituts an der Universität zu Köln (FiFo Köln) umfasst die im Herbst und Winter 2005 erschienenen Arbeiten aus dem FiFo und aus dem Seminar für Finanzwissenschaft der Universität Köln.

Der FiFo-Newsletter befindet weiterhin sich in der Aufbauphase. Wir wären Ihnen sehr dankbar, wenn Sie Ihre Kolleginnen und Kollegen auf den

Newsletter hinweisen könnten. FiFo-Newsletter Nr. 2 umfasst folgende Rubriken:

- A. FiFo-Berichte
- B. Finanzwissenschaftliche Diskussionsbeiträge
- C. Weitere Arbeiten aus dem FiFo
- D. Veröffentlichungen von Angehörigen des Seminars für Finanzwissenschaft
- E. Kurzfassungen und Abstracts der FiFo Berichte

Impressum (u.a. Abonnieren und Abbestellen des FiFo-Newsletters)

FiFo Köln-Finanzwissenschaftliches Forschungsinstitut an der Universität zu Köln

Postfach 420520, D-50899 Köln

Tel.: (0)221 – 426979 oder (0)221-470-4098 (U-ni-Hausruf) Fax: (0)221-422352

Mailto: news@fiffo-koeln.de Website:

<http://www.fiffo-koeln.de>

Rechtliche Ausgestaltung einer Ticketabgabe auf den Flugverkehr

Als Air Ticket Tax (ATT) wird hier allgemein ein Aufschlag auf den Preis für Flugreisen bezeichnet, der es erlaubt, die Umweltauswirkungen des Luftverkehrs stärker in die Kostenrechnung der Verbraucher einfließen zu lassen und so eine verhaltenssteuernde Wirkung auszuüben, gleichzeitig aber auch neue Einnahmequellen für öffentliche Aufgaben erschließt. Die wirtschaftliche Belastung soll dabei jeweils den Reisenden treffen. Das Aufkommen kann anschließend für gemeinnützige Maßnahmen, etwa im Bereich des Klimaschutzes oder der Entwicklungshilfe, eingesetzt werden. Hier finden Sie eine neue Studie des Umweltbundesamtes über die rechtlichen Möglichkeiten der Einführung einer Air Ticket Tax:

http://www.umweltbundesamt.de/verkehr/downloads/Rechtliche_Ausgestaltung_einer_Ticketabgabe_auf_den_Flugverkehr.pdf

Stoibers Liebe zur Bahn

Nicht alle Exegeten sind sich einig — aber bei wohlwollender Interpretation scheint sich der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Stoiber jüngst sehr eindeutig zu den Vorzügen des Schienenverkehrs bekannt zu haben.

Nachdem wir des Öfteren schon die allzu autofreundliche Politik dieses Politikers rügen mussten, möchten wir es heute nicht versäumen, Stoibers neue Liebe zur Bahn den Lesern der ÖkoSteuerNews im Originallaut übermitteln: http://www.werbeblogger.de/radio/stoiber_rede.mp3.

Bitte sagen Sie nicht, Sie verstünden nur Bahnhof!

Wer Interpretationshilfe braucht, findet sie beispielsweise hier:

http://www.werbeblogger.de/index.php/2006/01/14/klare_kommunikation_kann_keiner
<http://www.heise.de/tp/r4/artikel/21/21735/1.html>

„Kommunale Strategien: Weg vom Öl“

Die Heinrich-Böll-Stiftung hat in ihrer kommunalpolitischen Infothek neu einen guten Schwerpunkt „Kommunale Strategien: Weg vom Öl“ zusammengestellt.

<http://www.kommunale-info.de/asp/search.asp?TP=1008700>

13. VERANSTALTUNGEN

Die E-world 2006 steht im Zeichen der aktuellen Entwicklung auf dem Energiewirtschaft, 14.-15. Februar 2006

Besonderes Augenmerk wird in diesem Jahr auf die Veränderungen auf dem Gasmarkt gelegt. Zentrale Fragen, die im Rahmen der Messe und des Kongresses beantwortet werden, sind:

- Mögliche Entwicklungslinien für einen Gas-handelsmarkt?
- Welcher Vorstellungen und Erfahrung hat die Regulierungsbehörde?
- Sind die Marktstrukturen und Rahmenbedingungen ausreichend?
- Wie verhalten sich wesentliche Player auf dem Gasmarkt?
- Werden die Stadtwerke „freie Kunden“? Gibt es dafür ausreichend Gasmengen?

Für uns Anlass, der Gaswirtschaft eine zentrale Position im Rahmen der E-world zu geben.

Nahezu alle wesentlichen Player der europäischen Gaswirtschaft präsentieren sich erstmals in der Halle 1! Der Gemeinschaftsstand des Partnerlandes Norwegens passt hervorragend in diesen Kontext und ist somit ebenfalls in dieser Halle positioniert.

Forum zur Elektromobilität, Berlin, 23.-24. Februar 2006

[..] Der Verkehrssektor leistet bekanntlich einen nicht unerheblichen Beitrag zum Treibhauseffekt und zur Luftverschmutzung, so dass hier besonderer Handlungsbedarf gegeben ist. Deshalb möchte ich Ihnen beigelegt einen Aufruf zur Elektromobilität zur Kenntnis geben, den der Bundesverband Solare Mobilität herausgegeben hat. Er beruht auf einem Workshop der Hersteller und Verbände von Solarmobilnutzern Anfang März in Kaiserslautern. Der Aufruf wird bis Ende Januar überarbeitet werden und Ihnen dann mit der Bitte um Zustimmung zugeleitet werden. Ich möchte Ihnen aber bereits im Vorfeld die Möglichkeit zur Meinungsbildung geben. Am 23. oder 24. Februar 2006 wird es in Berlin auf der Messe SolarEnergy ein Forum zur Elektromobilität geben, auf dem der Aufruf der Öffentlichkeit vorgestellt wird.

„Der Landwirt als Energie- und Rohstoffwirt“; 06.-07. März 2006, Kunstmuseum Bonn

Wie geht es weiter mit der Bioenergie in Deutschland unter der Großen Koalition? Was ist vom neuen Biomasse-Aktionsplan der Europäischen Kommission zu erwarten? Welche neuen technischen Entwicklungen lohnen sich für die Landwirtschaft als Energiewirtschaft? Diese Fragen stehen im Mittelpunkt der 8. EUROSOLAR-Konferenz „Der Landwirt als Energie- und Rohstoffwirt“ vom 06. bis 07. März 2006 in Bonn im Kunstmuseum.

http://www.eurosolar.org/new/de/LaWi2006_prog.html

Für weitere Fragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung:

EUROSOLAR e.V.
Europäische Vereinigung für Erneuerbare Energien
Kaiser-Friedrich-Straße 11
Mailto: info@eurosolar.org Webiste:
<http://www.eurosolar.org>

***Einfluss der staatlichen
Instrumente auf die Energiepreise,
8. März 2006, Konrad-Adenauer-Stiftung
Berlin***

Das Forum für Zukunftenergien diskutiert auf seiner Sitzung über staatliche Einflüsse auf die Energiepreise.

http://www.zukunftenergien.de/hp2/arbeitsformat_e/arbeitskreis/ak-programm.htm

Wind Energy in the Eastern Mediterranean Region, 10. März 2006

This seminar covers the potential of wind energy, the economic and political framework, energy politics, grid-connection costs, and financing for the wind energy industry in eastern Mediterranean countries.

The seminar assists in making new international contacts and supports the business-oriented exchange between participants.

Website:

http://www.erneuerbareenergien.com/Windkraft_Mittelmeerraum.htm

***Bundeskongress für Photovoltaik-Betreiber-
gesellschaften
mit begleitender Ausstellung
„PV-EXPO“, 20. Mai 2006***

Am 20. Mai 2006 wird der „3. Bundeskongress für Photovoltaik-Betreiber-gesellschaften“ Filderhalle in Leinfelden-Echterdingen (Stuttgart) Impulse geben, den Trend zu Betreiber-gesellschaften weiter auszubauen. Die Veranstaltung bringt die gesamte Solarbranche zusammen, vermittelt aktuelles Fach-Know-how und ermöglicht Austausch und Diskussion. Kontakt und Information:

Erneuerbare Energien Kommunikations- und Informationsservice GmbH

Mailto: redaktion@energie-server.de Website:
<http://www.energie-server.de>

***KiotoPlus: Wege aus der Klimafalle,
28.-30. September 2006, Berlin***

[...] Das Klimasystem droht aus den Fugen zu geraten: häufigere und stärkere Hitzewellen, Dürreperioden, Überschwemmungen, und Tropenstürme sind Anzeichen, dass die Menschheit es nicht nur mit einem „schleichenden“

Klimawandel zu tun hat. Extreme Klimaereignisse werden wahrscheinlicher:

das Klimachaos droht. Das ist keine Panikmache, sondern eine zunehmend realistische Einschätzung der Klimagefahr und ihrer Bedeutung für die Zukunft des Menschen.

Bisher sind die politischen Antworten zum Schutz des Klimas unzureichend. Das Kioto-Protokoll ist erst ein wichtiger Anfang. Nun muss es um KiotoPlus gehen. KiotoPlus heißt:

Neue Ziele: Heute werden mit Investitionen in Infrastruktur die Grundlagen für das Energiesystem der kommenden Jahrzehnte gelegt.

Investoren brauchen Richtungssicherheit: Daher ist es entscheidend, dass auf der Grundlage des Kioto-Protokolls neue, ambitionierte Emissionsziele für die Zeit nach 2012 vereinbart werden. Ziele, die geeignet sind, den weltweiten Temperaturanstieg unter 2°C zu halten.

Gleichzeitig muss das Protokoll weiterentwickelt werden zu einem internationalen Rechtsrahmen, der der Herausforderung angemessen ist.

Neue Technologien: Schon jetzt haben wir neue Technologien an der Hand, die es uns erlauben, die Emissionen von Treibhausgasen drastisch zu reduzieren. Ökologisch und sozial verträgliche Klimaschutztechnologien müssen weiterentwickelt und sehr viel rascher in den Markt eingeführt werden. Investitionen, Forschung und Entwicklung müssen erheblich gesteigert werden.

Neue Politik: Politische Rahmenbedingungen müssen die Bedingungen für dynamische Märkte schaffen, um die Trägheit eingefahrener Strukturen zu überwinden und den technologischen Wandel zu beschleunigen. Das Beispiel des Erneuerba-

ren Energien Gesetzes (EEG) hat gezeigt, wie die Bedingungen für neue Technologien und Energien weitreichend und effektiv verbessert werden können. Wir brauchen neue, kreative Instrumente und Programme für eine gewaltige Steigerung der Energie- und Materialeffizienz, für CO₂-freie Mobilität und Stromversorgung sowie neue Formen des Wirtschaftens.

Neue Allianzen, Akteure und Aktionsformen: Die Herausforderung verlangt auch nach neuen Akteuren und neuen Bündnissen, national und international. Die EU und China können gemeinsam dem Durchbruch zu einer neuen globalen Energieökonomie vorantreiben. Institutionelle Anleger erkennen Klimawandel als ein materielles Risiko, aber auch als Chance für zukünftige Gewinne. Subnationale Akteure wie Städte und Bundesländer übernehmen Führungsrollen im Klimaschutz. Dies sind nur einige Beispiele der neuen Allianzen, die wir für Fortschritte brauchen.

Neue Ziele, neue Technologien, neue Politik und neue Allianzen sind voneinander abhängig und befruchten sich gegenseitig zu einer neuen Dynamik im Klimaschutz. Der internationale Kongress „KiotoPlus: Wege aus der Klimafalle“ (Berlin, 28.-30. September 2006) verbindet diese Ansätze zum „magischen Viereck“ der Klimapolitik. Er bietet ein Forum für Akteure in Politik, Wirtschaft, Kultur, Kirchen und Gesellschaft.

Viel Zeit bleibt nicht, um das Klimachaos zu verhindern. Packen wir's an! Die Herausforderungen des Klimawandels sind ohne Beispiel in der Geschichte der Menschheit. Doch bietet der Wandel auch große Chancen für diejenigen, die sich der Herausforderung stellen.

Weitere Informationen:

Die angegebene Website <http://www.kiotoplus.org> ist noch im Aufbau. Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an Jörg Haas der Umweltreferent der Heinrich-Böll-Stiftung, <mailto:haas@boell.de>.

„Energiepolitik nach dem Atomausstieg“,

06. – 10. November 2006,

Georg von Vollmar Akademie e.V

Der Ausstieg aus der Atomenergie ist beschlossene Sache, nur die Umsetzung bleibt offen. Wo kommt der Strom her? Welche Alternativen zu den Monopolen der Großkonzerne sind möglich? Welche Energiepolitik ist das Modell der Zukunft? Brauchen wir dann noch Castor-Transporte, Wiederaufarbeitung und Endlager?

Themen:

Die Zukunft des Öls: Ölpreise und Ölmultis – Zukunft von Gas und Kohle – Stromversorgung, Strompreissystem und Überkapazitäten – Energiemix, Dezentralisierung und Kommunalisierung – Sonne, Wind und Biomasse – Gibt es Alternativen zu den Monopolen der Großkonzerne? – wirtschaftliche und politische Abhängigkeiten durch die Energieversorgung – Klimawirkungen – Modelle für die Energieversorgung der Zukunft.

Weitere Information finden Sie auf der Website: <http://www.vollmar-akademie.de>

14. JOBS UND PRAKTIKA

Das IÖW-Forschungsfeld sucht eine/n freie/n wissenschaftliche Mitarbeiter/in.

Das IÖW-Forschungsfeld „Ökologische Produktpolitik“ mit Sitz in Heidelberg bearbeitet produkt- und dienstleistungsbezogene Forschungsfragstellungen; zu den Themenschwerpunkten gehören: Integrierte Produktpolitik (IPP), Produkt-Ökobilanzen, Öko-effiziente Dienstleistungen, Öko- und Sozillabelling sowie Innovationprozesse von Technologien und Produkten.

Zur Aufstockung unseres Teams suchen wir eine/n freie/n wissenschaftliche Mitarbeiter/in. Wir wollen einer Person als freie/r wissenschaftliche/r Mitarbeiter/in die Chance bieten, zunächst für ein Jahr am Forschungsfeld „Ökologische Produktpolitik“ in Heidelberg mitzuarbeiten.

Was suchen wir? Wir suchen möglichst umgehend eine/n Wissenschaftler/in aus der Umwelt- und Nachhaltigkeitsforschung, mit dem fachlichen

Hintergrund Wirtschaftsingenieurwesen, Sozial- bzw. Wirtschaftswissenschaften. Thematisch sollte er/sie in der Lage sein, quantitative (und auch qualitative) Methoden der Umwelt- und Nachhaltigkeitsforschung wissenschaftlich anzuwenden und konzeptionell weiterzuentwickeln.

Neben einer hohen fachlichen Qualifikation, die durch Projektarbeit bzw. Projektakquisen, eine entsprechende Schwerpunktsetzung im Hauptstudium oder Diplomarbeit, belegt werden soll, sind für uns Einsatzbereitschaft, Kommunikationsfähigkeit, gute Englischkenntnisse und Interesse an der angewandten Forschung und Beratung im IÖW von Bedeutung.

Aufgabe wird die Mitarbeit an Projektakquisen, bei der Außendarstellung in der Fachöffentlichkeit im In- und Ausland sowie die Mitarbeit in Forschungsprojekten sein.

Was bieten wir? Ziel ist die Entwicklung einer längerfristigen wissenschaftlichen Mitarbeit im IÖW. Wir bieten die Integration als freie/r Mitarbeiter/in für ein Jahr an. In dieser Zeit würde der/die feste Freie ins IÖW integriert sein. Über gemeinsame Akquisen soll — möglichst vor Ablauf der 12 Monate — eine Anstellung möglich werden.

Der Arbeitsbeginn sollte möglichst bald, gerne umgehend, sein, die Höhe der Vergütungssumme ist Verhandlungssache. Wir wollen diese Ausschreibung bekannt machen und setzen dabei auch darauf, Empfehlungen aus dem freundschaftlich verbundenen Umfeld des IÖW zu erhalten. Bewerbungen erbitten wir zunächst per E-Mail an:

Dr. Frieder Rubik, IÖW, Büro Heidelberg, Bergstrasse 7 D, 69120 Heidelberg, Tel.: +49-(0)6221-649166, Fax: +49-(0)6221-27060

Internet: <http://www.ioew.de>

Praktikum zum nationalen Klimaschutz im UBA

Interessierte Studentinnen und Studenten relevanter Fachrichtungen mit Erfahrung in politischer Arbeit, können sich für ein Praktikum im Umweltbundesamt in Dessau bewerben. Die Tätigkeit umfasst die Zusammenfassung und Bewertung von Studien sowie die Erstellung von Kurzexper-

tisen oder konzeptionellen Texten im Themenbereich nationale Klimapolitik (Stromversorgung, Kraft-Wärme-Kopplung, Förderung kommunalen Klimaschutzes...). Die Praktikumsdauer beträgt mindestens drei Monate.

Ansprechpartner: Christoph Erdmenger.

<mailto:christoph.erdmenger@uba.de>

Elektro- und Informationstechnik verzeichnet weniger Studienanfänger

[Enwid, Dezember 2005] Trotz der guten Berufschancen und interessanten Karriereperspektiven ist die Zahl der Studienanfänger in der Elektro- und Informationstechnik im Wintersemester 2005.06 rückläufig. Trotz der guten Berufschancen und interessanten Karriereperspektiven ist die Zahl der Studienanfänger in der Elektro- und Informationstechnik im Wintersemester 2005.06 rückläufig, berichtet der VDE Verband der Elektrotechnik Elektronik Informationstechnik. Nach ersten Analysen habe sich die aktuelle Anfängerzahl der deutschen Hochschulen im Vergleich zum Vorjahr um sieben Prozent auf rund 17.700 verringert. Nach aktuellen Schätzungen würden in diesem Jahr rund 8.000 Absolventen die Hochschulen verlassen, damit könne der Bedarf an Experten in Wirtschaft und Forschung nicht gedeckt werden.

Das IFZ sucht wissenschaftliche/n Mitarbeiter /in für den Forschungsbereich „Ökologische Produktpolitik“

Das IFZ (Interuniversitäres Forschungszentrum für Technik, Arbeit und Kultur) sucht wissenschaftliche/n Mitarbeiter /in für den Forschungsbereich: „Ökologische Produktpolitik“

Folgende Anforderungen werden an BewerberInnen gestellt: Abgeschlossenes Studium (insbesondere auch aus dem nicht-naturwissenschaftlichen Bereich), Fähigkeit zum selbstständigen Arbeiten und Entwickeln eigener Projekte, Interesse an interdisziplinärem Arbeiten und Zusammenarbeit mit Partnern aus der Praxis, sehr gute kommuni-

kative Fähigkeiten, Motivation für Umweltthemen, gute Englischkenntnisse.

Kontakt:

Philipp Späth

IFZ-Schloegelgasse 2, 8010 Graz, Austria

Tel: +43/ 316/ 81 39 09 -22

Mailto: spaeth@ifz.tugraz.at, Website:

<http://www.ifz.tugraz.at>

Das IZT sucht eine/n freie/n wissenschaftliche/n Mitarbeiter/in auf Zeit.

Für unseren Forschungsbereich „Nachhaltiges Wirtschaften“ suchen wir eine/n freie/n wissenschaftliche/n Mitarbeiter/in auf Zeit zur Mitarbeit in einem Forschungsprojekt. Im Mittelpunkt des Forschungsprojektes steht die Anwendung des Sustainable Value Ansatzes (<http://www.sustainablevalue.com>) auf deutsche Unternehmen.

Zu Ihren Aufgaben gehören die Recherche von Finanz-, Umwelt- und Sozialdaten von Unternehmen, die Erstellung von Unternehmensprofilen und die Durchführung von Nachhaltigkeitsbewertungen von Unternehmen. Dabei sollen Sie sich auch in die Methode des Sustainable Value Ansatzes einarbeiten. Ihre Tätigkeit erfolgt in enger Zusammenarbeit mit dem Forschungsteam am IZT und den weiteren Forschungspartnern im Projekt.

Sie haben entweder einen wirtschaftswissenschaftlichen Hintergrund mit ausgeprägtem Interesse für Umwelt- und Nachhaltigkeitsfragen oder einen natur-, ingenieur- oder umweltwissenschaftlichen Hintergrund mit einer ökonomischen Zusatzqualifikation. Sie können eigenverantwortlich, zuverlässig und selbständig arbeiten, haben ein starkes Forschungsinteresse und Spaß an innovativem Denken und Teamarbeit und bringen Ihre Begeisterung für Nachhaltigkeitsfragen mit. Zudem verfügen Sie über sehr gute Englischkenntnisse in Wort und Schrift. Vorkenntnisse im Bereich der Nachhaltigkeitsanalyse von Unternehmen sind von Vorteil.

Als Beginn Ihrer Mitarbeit streben wir den Februar 2006 an. Aufgrund der derzeitigen Projektfinanzierung ist die Stelle jedoch zunächst auf eine freie Mitarbeit mit einer Dauer von sechs Mona-

ten begrenzt. Gegebenenfalls besteht die Option auf eine Verlängerung des Beschäftigungsverhältnisses als Angestellte/r am IZT. Zudem besteht in einem solchen Fall auch grundsätzlich die Möglichkeit zur Erstellung einer Promotion.

Sollten Sie Interesse an der Stelle haben, senden Sie Ihre Bewerbungsunterlagen (gerne auch per E-Mail) bitte an die folgende Adresse:

Dr. Tobias Hahn

IZT-Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung gGmbH

Schopenhauerstr. 26

14129 Berlin

Tel.: 030/803088-24, Fax: -88,

mailto:t.hahn@izt.de